

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pächmerende, Vierteljahr 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne, jeite oder deren Raum 60 Pfg., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (jetzt gebrauchte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vom Wettüften.

Es kann gar nicht geleugnet werden, daß gerade Deutschland das Odium auf sich zu nehmen hat, mehrfach den Anstoß zu einer außerordentlichen Verschärfung des Wettüftens gegeben zu haben. Wir erinnern nur an das Flottengesetz von 1900, nach welchem die deutsche Marine an Schlacht- und Aufklärungsschiffen 38 Linienfahrzeuge, 14 große Kreuzer und 38 kleine Kreuzer zählen sollte. Gleich nachdem diese Fünfmilliardenforderung von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit den Segen bekommen hatte, präsentierte auch die französische Regierung ihren Steuerzahlern ein Gesetz, welches bis zum Jahre 1907 den Bau von 6 Linienfahrzeugen, 5 Panzerkreuzern und 28 Torpedobootzerstörern vorsah, nebst Ausgaben für die Küstenverteidigung aber die ungeheure Summe von 800 Millionen Mark forderte. Die Vorlage wurde angenommen. Der ihr zugrunde liegende Plan war der, die französische Flotte bis zum Jahre 1919 auf 38 Linienfahrzeuge, 20 Panzerkreuzer, 6 kleine Kreuzer und 110 Torpedobootzerstörer zu bringen; sie sollte also mindestens der deutschen Marine ebenbürtig bleiben. Die Küstungen in Deutschland und Frankreich zogen alsdann die englischen Steuerzahler in Mitleidenschaft; denn England stand ja auch schon damals auf dem „Zwei-Mächte-Standpunkt“, es war also der Meinung, daß seine Flotte stets einer eventuellen Koalition der beiden nächst England seemächtigsten Staaten gewachsen sein müsse. Wollte also England seinen Prinzipien treu bleiben, so mußte es nunmehr seinen Flottenbauplänen die deutschen und die französischen Küstungen zugrunde legen. Das geschah denn auch wirklich, und die englischen Marineausgaben schnellten im Jahre 1900 um ungefähr 100 Millionen Mark in die Höhe.

Keinliche Wirkungen wird auch die neue Marinevorlage haben; denn daß es sich nur um die Verjüngung des Schiffsbestandes unserer Flotte handelt, das können doch nur Narren, nicht aber etwa die Marinebehörden fremder Staaten glauben. Der Zweck der neuen Vorlage zum Flottengesetz ist nur der, in den nächsten Jahren so viel Linienfahrzeuge als nur möglich zu bauen; spätestens im Jahre 1911 wird man dann mit einer neuen Flottenvorlage kommen, die mindestens den von der jetzigen Vorlage vorläufig geforderten Bau von jährlich vier großen Schiffen gesetzlich für längere Zeit festlegen wird. Die Wirkung der jetzigen Bewilligungen wird die sein, daß die deutsche Flotte im Jahre 1915 aus folgenden fertigen Schiffen zusammengesetzt sein wird:

35 Linienfahrzeuge	von insgesamt	547 000 Tonnen
16 Panzerkreuzer	„	228 300 „
6 Große Kreuzer	„	28 700 „
37 Kleine Kreuzer	„	110 000 „

Die deutsche Marine wird mit diesem Schiffsbestand die zweitstärkste Flotte der Welt sein, wenn nicht Amerika seine Küstungen weit über das übliche Maß hinaus steigert. Allerdings wird sich die amerikanische Regierung nicht so leicht den Rang streitig machen lassen wollen. Das geht schon aus dem vor kurzer Zeit erschienenen Jahresbericht des Marine-Sekretärs hervor, in welchem dieser für das Jahr 1908 den Bau von 4 Linienfahrzeugen, 4 kleinen Kreuzern, 10 Torpedobootzerstörern und 10 anderen kleineren Schiffen verlangt. Amerika will — das sagt auch der erwähnte Jahresbericht — unter allen Umständen den zweiten Platz unter den Seemächten behaupten; es wird daher die deutschen Küstungen zu übertreffen versuchen.

Die Flottenverstärkungen in Amerika und Deutschland haben nun die weittragendsten Folgen. Erstens wird das expansionslüstern Japan mit Amerika wetteifern wollen, dann aber müßte ja Rußland seine Hoffnung auf die Wiedergewinnung der ostasiatischen Positionen aufgeben, wenn es nicht die japanischen Küstungen zu übertrumpfen versuchte. England dagegen wird nunmehr, wenn es den „Zwei-Mächte-Standpunkt“ aufrechterhalten will, seinen Bauprogrammen die Stärke der vereinigten Flotten Amerikas und Deutschlands zugrunde legen müssen; es wird somit zu den ungeheuerlichsten finanziellen Aufwendungen getrieben!

Frankreichs Flottenpolitik wird wieder vor allen Dingen durch die Haltung Japans und durch die deutsche Marinepolitik bestimmt. Denn die Furcht um die asiatischen Besitzungen ist trotz des französisch-japanischen Abkommens nicht gewichen, und bei einem Kriege mit Deutschland fürchtet Frankreich ernsthaft für seine Kolonien. Sicher ist jedoch, daß Frankreich in dem Wettkampfe gegen Deutschland nicht als Sieger hervorgehen wird; denn selbst unter der Voraussetzung, daß Frankreich von 1908 bis 1911 12 Linienfahrzeuge und Panzerkreuzer in Bau gibt, wird es dem deutschen Geschwader nur entgegenstellen können:

25 Linienfahrzeuge	von insgesamt	427 000 Tonnen
20 Panzerkreuzer	„	281 000 „
4 Große Kreuzer	„	80 200 „
7 Kleine Kreuzer	„	21 800 „

Frankreich wird also durch die deutschen Küstungen endgültig auf den vierten Platz unter den Seemächten geworfen. Welche Veränderungen übrigens in der Stellung der einzelnen Seemächte seit der Annahme des deutschen Flottengesetzes von 1900 vor sich gegangen sind, das zeigt deutlich

die nachstehende Tabelle. Sie gibt die prozentualen Anteile der verschiedenen Nationen an der Gesamttonnage der acht größten Seemächte wieder.

Nation	1900	1907	1910	1915
England	38,7	40,3	37,7	34,0
Frankreich	17,1	14,3	12,6	11,3
Deutschland	11,3	4,6	6,2	6,5
Amerika	10,2	13,7	13,7	14,2
Japan	7,9	10,6	11,5	14,6
Italien	6,6	5,4	6,4	5,8
Japan	5,6	8,4	9,5	10,9
Oesterreich-Ungarn	2,6	2,7	2,4	3,2

Um allen Angriffen auf diese Tabelle von vornherein die Spitze abzubringen, wollen wir erläutern, wie wir bei der Berechnung der prozentualen Anteile für das Jahr 1915 verfahren sind. Wir haben unter Beobachtung der bisherigen Bautätigkeit in den anderen Ländern, unter Berücksichtigung der jetzigen fremdländischen Bauprogramme, unter Rücksichtnahme auf ein zwanzigjähriges Durchschnittsalter und eine entsprechende Durchschnittskostensteigerung angenommen, daß von 1908 bis 1911 große Schiffe in Bau geben werden: England 32, Amerika 13, Frankreich 12, Japan 11, Rußland 8, Italien 8 und Oesterreich 4.

Bemerkten wollen wir, daß die Berechnung der Tonnage kein ganz genaues Bild von der Stärke der Flotten gibt; denn beispielsweise nimmt Amerika schon jetzt den zweiten Rang unter den Seemächten ein, weil Frankreich nicht in der Lage ist, den modernen Linienfahrzeugsverbänden Amerikas auch nur annähernd gleichwertige Geschwader entgegenzustellen. Sicher wird auch Deutschland seinem westlichen Nachbar im Jahre 1910 überlegen sein, weil dessen alte, unmoderne Kampfschiffe einen Vergleich mit den neuen Schlachtschiffen der deutschen Marine nicht aushalten können.

Die aber die Tabelle ganz einwandfrei zeigt, wird Deutschland bei den vorhin erwähnten Voraussetzungen die amerikanische Nation im Jahre 1915 überholt haben. Doch sollten die Amerikaner von 1908 bis 1911 wirklich mehr als 13 große Schlachtschiffe in Bau geben, dann fällt immer noch die überlegene Stärke der deutschen Torpedoflotte zugunsten Deutschlands ins Gewicht. Die deutsche Flotte wird also der amerikanischen numerisch sicher ebenbürtig sein, sie wird jedoch durch ihre konzentrierte Kraft die Flotten aller Länder — ausgenommen England — übertreffen.

Die deutschen Flottenfanatiker haben also nicht umsonst gekämpft; sie haben die dritte Position erobert und kämpfen nun um die zweite Stelle unter den Seemächten, um dann wirklich den freilich völlig aussichtslosen Wettkampf mit England aufzunehmen. Wir sind noch nicht am Ende der Periode des Flottenwahnsinns, und haben die Marineausgaben auch schon jetzt eine außerordentliche Höhe erreicht, in den nächsten Jahren werden sie ins Uferlose wachsen.

Keine Angstmeierei.

Das „Berliner Tageblatt“ wiederholt in der Sonntagsnummer eine Verurteilung der Straßendemonstrationen. Es ist dies um so verwunderlicher, als dasselbe Blatt vor 8 Tagen, obwohl es schon damals gegen Demonstrationen war, ihre Bedeutung und Wirkung ganz richtig geschilbert hatte, als es schrieb:

„Eerst der Sturm der öffentlichen Meinung hat die freisinnigen Vertreter im Landtage, die ja eine verhältnismäßig sehr zahme und noch mehr verschüchterte liberale Spielart darstellen, aufgeschreckt. Die Presse mußte ihnen sagen, daß mit einer Regierung, die in dieser Rücksichtslosigkeit die fundamentalste Lebensbedingung des liberalen Programms verneint, nicht mehr paktiert werden kann. Die sozialdemokratischen Straßenumgebungen vom vorigen Sonntag taun dann das übrige, um auch der parlamentarischen Vertretung des Liberalismus die Augen über die verhängnisvolle Wendung in unserer inneren Politik zu öffnen.“

Aber freilich, das „Berliner Tageblatt“ hat von dem deutschen Bürgertum keine gute Meinung: Es fürchtet, die Angst vor den Demonstrationen würde es der Reaktion in die Arme treiben. Aber die Reaktion ist gereizt nicht durch die Demonstrationen, sondern eben durch die starke Wirkung dieser Demonstrationen, die ja ein Ausdruck der leidenschaftlichen Erregung der Volksmassen sind. Der Widerstand der Reaktion aber wird durch die Demonstrationen keineswegs verstärkt, aus dem einfachen Grunde, weil die preussische Reaktion ihr Bollwerk, das Dreiklassenwahlrecht, ohnehin mit dem größtmöglichen Kraftaufwand verteidigen wird. Was aber die Beteiligung des Bürgertums betrifft, so wäre es eine bringende Aufgabe der entschieden wahrheitsfreundlichen Presse, dem preussischen Bürgertum etwas mehr Mut einzuflöhen, statt seine Jagdbarkeit noch mit politischen Gründen verteidigen zu wollen. An den großen Kämpfen und Demonstrationen, zu denen der Kampf gegen die Kornzölle in England geführt hat, hat gerade das englische Bürgertum sich hauptsächlich beteiligt. Ebenso haben an den Wahlrechtsdemonstrationen in Oesterreich und Ungarn auch Teile des Bürgertums teilgenommen, ganz zu schweigen von der revolutionären Vergangenheit des französischen Bürgertums. Dies sehen nachgerade Politiker ein, die durchaus nicht zur Sozialdemokratie gehören.

So führte Dr. Barth vor kurzer Zeit in einer Versammlung in Magdeburg aus:

„Nun einige Worte über die Straßendemonstrationen, nach denen ja auch einige Philister in Ohnmacht gefallen sind. In anderen Ländern denkt man sich nichts bei Straßendemonstrationen. Und nirgends ereignet sich nur auch das geringste. Es kann ja auch gar nichts passieren, wenn man unsere Arbeiter in Ruhe läßt. Nur das Verhalten der Polizei allein ist geeignet, Kravalle zu erregen. Unsere Arbeiter — und das ist ihre größte Tat — sind so diszipliniert, daß sie bei politischen Demonstrationen Ruhe zu halten wissen. Straßendemonstrationen sind ein wichtiges Mittel, um den Willen des Volkes kundzutun. Und darum: Mehr Kerben, Ihr Herren Philister, damit Ihr nicht erbeicht, wenn Ihr einmal ein paar Leute mehr als gewöhnlich auf der Straße seht!“

Ebenso schrieb kürzlich die „Frankf. Ztg.“: „Es gibt Zeiten und Situationen, in denen das Volk keine andere Möglichkeit hat, seine Stimme hören zu lassen, oder in denen es das Bedürfnis fühlt, seine Stimme mit dem Nachdruck zu erheben, der in einer öffentlichen Demonstration liegt. Und wenn es so ist, dann muß auch die Möglichkeit bestehen, „auf die Straße zu gehen“. Es fragt sich natürlich immer im konkreten Falle, ob die Demonstration zweckmäßig ist, ob sie nicht mehr Schaden als Nutzen kann, und im gegenwärtigen Augenblick kann man darüber sicherlich verschiedener Meinung sein. Aber man möge sich nicht gegen Demonstrationen überhaupt mit dem Argument wenden, daß sie den ehrsamem Bürger erschrecken. Der ehrsame Bürger soll ein Mann sein und kein Jüngerling, er soll die Dinge ruhig und vorurteilslos betrachten und nicht mit den Augen des Philisters, des alles, was nicht im täglichen Gleise läuft, außer Rand und Band bringt.“

In der Tat, es ist auch nicht im geringsten einzusehen, warum just der preussische oder deutsche Bürger nicht ertragen sollte, was in anderen Ländern längst schon ein politisches Kampfmittel nicht allein der Arbeiterklasse geworden ist! Gerade der Verlauf der Berliner Demonstrationen hat gezeigt, daß die Disziplin der Massen selbst unbefonnenen Provokationen und, wie wir fürchten, sogar gewissenlosen agents provocateurs gegenüber sich durchaus bewährt hat, und wir sind sicher, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird!

Will man keine Demonstrationen, so muß man eben die anderen politischen Ausdrucksmittel, muß man das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wollen! Das „Berl. Tageblatt“ glaubt freilich eine andere Taktik zu kennen, die Benutzung des Stimmgzettels bei den Landtagswahlen. Gewiß, die Wahllegitation wird mit allen Kräften und mit aller Energie geführt werden müssen. Aber das kann und nicht hindern, zu sehen, daß der Stimmgzettel, so lange das Dreiklassenwahlrecht besteht, in den meisten Fällen ein ziemlich wertloses Papier ist. Das Wahlergebnis steht ja im wesentlichen schon vor den Wahlen fest. Das Volk ist ja rechtlos, und eine kleine Schar Privilegiierter entscheidet allein über die Zusammensetzung. Gewiß, es ist möglich, daß die Wahlrechtsgegner einen kleinen Denkgzettel bei den nächsten Wahlen bekommen. Aber von den Wahlen selbst eine grundstürzende Aenderung zu erwarten — wäre das möglich, die Junker wären in ihr Wahlrecht nicht gar zu verbissen! Die Wahllegitation kann daher nur ein Mittel zur Aufrüttelung der Massen sein. Das Wahlrecht selbst kann nicht aus der Urne des Wahlrechts geboren werden; es kann nur errungen werden, wenn eine ausdauernde Volksbewegung die Herrschenden zum Nachgeben zwingt!

Das „Organ ersten Ranges“.

Die „Freisinnige Zeitg.“ gibt sich Mühe, ihre Verdienste um die reaktionäre Blockpolitik in Geld umzusetzen. Mit begreiflichem Schmerz empfanden es die Epigonen Eugen Richters, daß ihr Blatt nur in den Redaktionsstuben, aber so gar nicht vom Publikum gelesen wurde. Mit beifolgendem Hohne konnte unlängst das „Berliner Tageblatt“ erklären, daß die „Freisinnige Ztg.“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheine. Das warnte die Herren Müller-Sagan, Wiemer und Kopsch doppelt, erstens, weil der Hohn ins Schwarze traf und zweitens, weil der Spott gerade von dem an Abonnenten und Inserenten reich gesegneten Woffe-Blatt kam. Aber die Herren nahmen sich vor, daß es künftig anders werden sollte.

Nun gingen sie aber nicht etwa daran, den ledernen Inhalt des Blattes zu verbessern, um dadurch mehr Abonnenten und damit auch Inserenten zu erwerbden. Nein: der Geist der Müller-Sagan, Wiemer und Konforten verbreitet in den Spalten des weiland Eugen Richterschen Blattes noch immer die entsetzlichste Dede — man will es umgekehrt machen! Man will sich eine fetten Inseratenplantage zulegen, damit die Leser wenigstens etwas Lesestoff finden, bei dem sie nicht von Gähnkämpfen besallen werden.

Auch damit sie ja das Hauptorgan der Freisinnigen Volkspartei nicht aus dem Rahmen des im bürgerlichen Zeitungs-geschäft Üblichen heraus. Aber die Müller-Sagan und Wiemer fangen es noch viel — ungenierter an. Herr Müller-Sagan beruft sich auf seine Beliebtheit bei den — Reichs-behörden, und Herr Wiemer zeigt seinen Orden — diesen wahrhaftigen roten Adlerorden 4. Klasse! — vor, um den Geschäftslenten Appetit zum Inserieren zu machen. Eine bekannte Acquisitionsfirma für Inserate versendet im ganzen Lande folgendes Zirkular:

Sehr geehrter Herr!

Hierdurch geben wir uns die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß unserer Firma ab 1. Januar 1908 die alleinige Inseratannahme für die

„Freisinnige Zeitung“

übertragen wurde.

Die Zeitung ist, wie Sie ja selbst am besten wissen, was Inhalt und Einfluß betrifft, eine der angesehensten Deutschlands und gilt auch in den Kreisen der Staats- und Reichsbehörden, sowie an höchsten Stellen, als Organ ersten Ranges.

Aber auch von kaufmännischer Seite, was für uns von noch größerer Bedeutung ist, genießt die „Freisinnige Zeitung“ allseitiges Vertrauen, und wenn die Zeitung als Insertionsorgan noch nicht den ihr gebührenden Platz einzunehmen vermocht hat, so liegt dies teils an der bisherigen Vernachlässigung des Inseratenteils, teils aber auch an der Indifferenz der Parteifreunde.

Dieser letztere Umstand nun veranlaßt uns, Sie, sehr geehrter Herr, zu bitten, die „Freisinnige Zeitung“ mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in Ihren Kreisen als Insertionsorgan empfehlen zu wollen. Sie dienen damit nicht nur dem politischen Interesse der Partei an der Prosperität ihres Zentralorgans, sondern zugleich dem allgemeinen liberalen Interesse. Es bedarf ja oftmals nur der Anregung einer maßgebenden Persönlichkeit, und sofort erklären sich die in Frage kommenden Interessenten bereit, die Zeitung als Insertionsorgan für ihre Zwecke mitzubewerben.

Ebenso muß die „Freisinnige Zeitung“ in allen den Hotels und Restaurants gelesen werden, die von freisinnigen Parteifreunden besucht werden. Auch hierdurch wird dem Inseratenteil ein wesentlicher Dienst geleistet; denn je mehr die Zeitung gelesen und gelesen wird, desto mehr fällt sie den Inserenten auf und dadurch wird sie naturgemäß auch mehr und mehr von diesen als Publikationsorgan demüt.

Sie beziehen uns mit unserem heutigen Schreiben auf die Empfehlung des Herrn Abg. Dr. Müller-Sagan, der uns Ihre geschätzte Adresse vertraulich mitgeteilt hat, und bitten Sie ganz ergebenst, in dem von uns erwähnten Sinne wirken zu wollen.

Sollten Sie eine geeignete Person an der Hand haben, die unseren Zwecken dienlich sein kann, so sind wir gern bereit, der betreffenden einen hohen Provisionsfuß für uns übergebene Inseratenaufträge zuzuschicken. Wir sind aber auch ebenso gern bereit, Ihnen oder Ihrem freisinnigen Verein diese Provision zur Verfügung zu stellen, sofern wir auf Ihre Empfehlung hin ein Inserat für die „Freisinnige Zeitung“ erhalten.

Mit allen wünschenswerten Details, Bestellscheinen, Katalogen, Zeichnungen usw. usw. stehen wir gern zur Verfügung. Wir bitten Sie ganz ergebenst, uns Ihre Ansicht freundlichst mitteilen zu wollen und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

ganz ergebenst

Haasenstein u. Vogler Akt.-Ges.

Auf ihre Beliebtheit in Leserkreisen kann sich die „Freisinnige Zeitung“ beim Inseratengang nicht berufen. Aber — so versichert die Firma Haasenstein u. Vogler in Einvernehmen mit Herrn Müller-Sagan — dafür gilt die „Freisinnige Zeitung“ in den Kreisen der Staats- und Reichsbehörden, ja sogar „an höchsten Stellen“ als „Organ ersten Ranges“. Sie hat also dem „Lokal-Anzeiger“ und der „Täglichen Rundschau“ glücklich den Rang abgelassen. In der „Freisinnigen Zeitung“ zu inserieren, ist jetzt sozusagen eine „patriotische Pflicht“; ja vielleicht winnt für selbige Inserieren sogar der Postlieferanten-Titel! Soweit hat es die „Freisinnige Zeitung“ gebracht dadurch, daß sie den Jüngern politische Schuttpaperdienste leistete! Und Herr Müller-Sagan gibt der Annoncen-Firma sogar „vertraulich“ die Adressen freisinniger Männer, von denen er eine Förderung der edlen Absichten und Empfänglichkeit für die Anerkennung erwartet, die „höchste Stellen“ dem „erklaßten“ Organ der „Freisinnigen Volkspartei“ (!) zollen!

Freilich scheint es, als ob nicht alle die von Müller-Sagan mit seinem Vertrauen beehrten Freisinnigen solchen Respekt vor „höchstem“ Lob und Orden besäßen. Mehrere der mit solchen Fikturalen Begünstigten haben uns daselbe zur Verfügung gestellt und dabei mitgeteilt, daß sie der Annoncenfirma Haasenstein u. Müller-Sagan — pardon! Haasenstein u. Vogler — mit kräftigen Worten mitgeteilt hätten, daß sie als Freisinnige weniger Gewicht auf „höchste“ Werthschätzung, als vielmehr auf wahrhaft freisinnige Politik legten! Auf diesem Gebiete aber habe das Organ der Müller-Sagan und Wiener schmählich versagt!

Fürst Bülow, die Sozialdemokratie und die Londoner Presse.

London, 24. Januar. (Fig. Ver.)

Die Antwort des deutschen Reichskanzlers auf die Interpellation der Sozialdemokratie ist hier nicht ohne Kommentar geblieben. Die „Times“, die sich gegen jede Gewalttat auspricht, sagt in ihrem Leitartikel von gestern: ... Der Kanzler erklärt, daß deutsche politische Parteien es nicht nötig haben, in eine Strafagitation einzutreten. Ist es möglich, diese Behauptung gegenüber den preussischen Sozialisten aufzustellen? Welche legitimen Mittel besitzt denn die größte Partei Preußens, ihre Stimme in den Angelegenheiten des Königreiches geltend zu machen? Sie haben im Landtage keinen Vertreter. Die Debatte von gestern (22. Januar) zeigt deutlich, daß sie ihre preussischen Befürworter im Reichstage nicht vorbringen können. Wenn sie es versuchen, dort ihre Beschwerden vorzubringen, so verschanzte sich die Regierung hinter die Reichsverfassung und erklärt dem Reichstage, daß die Interessen von Hunderttausenden von Preußen das Reich gar nichts angehe.

„Die Lage ist einfach unerträglich, und nur die dunkelsten der preussischen Dunkelmänner können sich einbilden, daß diese Lage ewig dauern könne. Die preussischen Sozialisten erklären, daß sie alle legitimen Mittel erschöpft haben. Sie haben gegen die Abjudikation und Ungerechtigkeiten des Wahlrechts protestiert durch Versammlungen, durch die Presse und durch Petition. Der Kanzler antwortet, daß das von ihnen verlangte Wahlrecht sich mit dem Staatswohl nicht vertrage. Aber es dürfte sich kaum mit dem Wohle des Reiches oder Preußens vertragen, daß zwei Millionen Preußen, die das Reichstagswahlrecht besitzen, in Preußen entrechtet sein sollen.“

Die gemäßigtere liberale „Westminster Gazette“, die oft die deutschen Interessen in England verteidigt und die niemand der Sympathie mit der Sozialdemokratie zeihen kann, schließt sich ganz der Ansicht der „Times“ an! Sie sagt:

„Die Antwort des Kanzlers ist genau diejenige, die man von einem Vertreter von Gesetz und Ordnung erwarten konnte. Aber man muß bedenken, daß die Sozialdemokratie keinen einzigen Vertreter im Landtage hat. Die Lage ist, wie die „Times“ sagt, einfach unerträglich.“ Fürst Bülow sagt, die Sozial-

demokratie dürfe nicht die Straße zur Agitation benutzen. Aber das dürfte kaum ein überzeugendes Argument gegen diejenigen sein, die sich beklagen, daß sie im Landtage nicht vertreten sind. Das preussische Wahlrecht darf im Reichstage, wo es Sozialisten gibt, nicht diskutiert werden; wo es aber diskutiert werden darf, dort gibt es keine Sozialisten, um es zu diskutieren.“

Daselbe Blatt sprach von den Polizeitaxen als „Police Savagery“ (Polizei-Raerei). Würde doch Herr Prof. Schiemann, der die „Westminster Gazette“ so oft in der „Kreuzzeitung“ zitiert, auch diese Charakterisierung der preussischen Polizeitaxen in der nächsten Wochenschau seiner „großen Politik“ dem Jüngerpublikum mitteilen!

Die „Daily News“ brachte heute ein Interview mit dem Londoner Korrespondenten des „Vorwärts“ über die preussische Frage. Ebenso brachte die „Times“ gestern sein „Eingefandte“, worauf die Redaktion mit dem oben besprochenen Leitartikel antwortete, der sowohl die „Westminster“ wie die „Daily News“ zu ihren Artikeln veranlaßte. Diese Ansichten wurden heute in der Provinz verbreitet, um England über das Wesen des preussischen Kampfes aufzuklären.

Die unfehlbare Polizei.

Das Kapitel über die Unfehlbarkeit der Polizei hat eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren durch einen Prozeß, der am 20. u. 21. d. M. vor der Strafkammer in Elberfeld verhandelt wurde. Angeklagt war Genosse Hoffmann von der „Freien Presse“, er sollte die Elberfelder Polizei beleidigt haben. (Ueber den Ausgang haben wir schon telegraphisch berichtet.)

Die Behandlung der Gefangenen im Polizeigefängnis bildete seit Jahren einen Gegenstand der Kritik im Publikum. Besonders waren es die in der Nachbarschaft des Gefängnisses Wohnenden, die sich über das aus dem Gefängnis kommende nächtliche Schreien, Jammern und Stöhnen beschwerten. Im Mai v. J. wurde in einem bürgerlichen Wirtshaus diesen Klagen Ausdruck gegeben. In einer darauf erschienenen amtlichen „Aufklärung“ hieß es, daß von Mißhandlungen keine Rede sein könne, überhaupt eine unbefristetmäßige Behandlung von Gefangenen nicht zu verzeichnen sei. Das Schreien und Jammern komme von Widerspenstigen, gegen die Gewalt gebraucht werden müsse, oder von Gefangenen, die ohne jede Veranlassung brüllten. Die „Freie Presse“ wies darauf hin, wie wenig Glauben diese Darstellung im Publikum finde, die Spaten spitzen es von den Dächern, daß Mißhandlungen vorkämen. In dem System liege es, daß die Verwaltung, die vor allen Dingen ihre Beamten hört und diesen glaubt, erklären könne, es sei alles in schönster Ordnung. Der Artikel der „Freien Presse“ war durchaus objektiv gehalten und frei von jeder formalen Beleidigung.

Schon am 21. August v. J. fand eine Gerichtsverhandlung statt, zu der eine Reihe von Zeugen aufmarschierte, die alle eifrig verhört, mißhandelt, zum Teil schwer mißhandelt worden zu sein. Auf Verlangen des Polizeibeamteten Pfeiffer, der als Nebenkläger auftrat, wurde die Sache verlagert, damit er die Fälle erst untersuchen könne. Trotz der bestimmten Aussagen der Zivilzeugen machte man diese also von vornherein unglaubwürdig. Die „Bearbeitung“ des Stoffes durch die Polizeiverwaltung war eine sehr gründliche. Zu der jetzigen Verhandlung wurden jedem der Entlastungszeugen des Angeklagten 4-5 Polizisten entgegengestellt. Ueber 100 Zeugen waren geladen, die zum größten Teil vernommen wurden. In den 20 zur Verhandlung gelangten Fällen stand stetig Aussage gegen Aussage. Die Zivilzeugen erklärten mit aller Bestimmtheit, geschlagen, gestochen oder getreten worden zu sein, während die Polizeizeugen ebenso bestimmt deponierten, daß Mißhandlungen nicht vorgekommen seien.

Hier ein paar Beispiele: Der Zeuge Wüstermann: Als ich auf der Wache war, sagte der mit verhasstener Wächter: „Du Bock, jetzt habe ich Dich weit genug.“ Und dabei gab er mir einen Schlag ins Gesicht. Ich wurde hin und her geworfen und als ich dalag, wurde auf mich herumgetreten. Ich war furchtbar zugerichtet, und als ich mich des Morgens bei dem Kommissar beschwerte, empfing mich dieser mit den Worten: „Wie sieht das Schwein aus?“ — Zeuge Köpplig: Ich hatte auf dem Kopfe zwei blutende Verletzungen, die vom Schlag mit der Steife herrührten. — Zeuge Schumacher: Auf dem Wege von der Wachtstube zur Zelle erhielt ich einen Tritt an eine sehr empfindliche Stelle. Als ich protestierte, wurde ich zu Boden geworfen und getreten. Ich suchte abzuweichen und wurde dann in einer Zelle mit Hand und Fuß an die Wand gefesselt. Als man mich gegen Morgen abnahm, war ich vor Kälte erstarbt. Ich war zum erstenmal verhaftet. — Zeuge Birch: Mein Freund wurde verhaftet, weil der Wächter sich durch eine Bemerkung beleidigt fühlte. Ich intervenierte und bekam einen Stoß vor die Brust und Schläge. Obwohl ich keinen aktiven Widerstand leistete, wurde ich verhaftet und gefesselt. Der Wächter zog die Steife fest an und sagte: „Ja, das soll weh tun.“ — Zeuge Eggert: Im betrunknen Zustand war ich verhaftet worden. Als ich später an der Tür klopfte, um entlassen zu werden, bekam ich mehrere Schläge ins Gesicht. — Zeuge Wimmer: Deshalb ich verhaftet wurde, weiß ich eigentlich selbst nicht. Ich ging aber ruhig mit und auf dem Wege von der Wachtstube zur Zelle wurde mir zweimal ins Gesicht geschlagen. — Zeuge Schneider: Ich habe mir der Verhaftung nicht widersetzt. Als ich nach der Zelle gebracht wurde, schlug man mir mit einem Gegenstand ins Gesicht. Ich fiel hin, und als ich schon auf der Erde lag, wurde ich noch mißhandelt. Ich hatte mehrere Beulen am Kopf. — Ein anderer Zeuge wollte sich für einen wegen Färmens verhafteten Freund verwenden, ihm wurde gesagt: Wenn Sie nicht ruhig sind, bekommen Sie eins in die Schenkel!“ Er wurde kurz darauf tatsächlich verhaftet und nach seinen Bekundungen auf der Wache mißhandelt.

Und so fort: Die meisten der von der Verteidigung geladenen Zeugen wußten auf dem Wege von der Wachtstube zur Zelle mißhandelt worden sein. Dazu kam eine Anzahl Zeugen, die als unbefristete Zuschauer auftraten und über Mißhandlungen berichteten. Die Aussagen der Polizeizeugen modifizierten durchweg den Eindruck des Schablonenmäßigen: Mißhandlungen sind nicht vorgekommen, es ist überhaupt nichts Ungewöhnliches geschehen. Zwar waren die blutigen Köpfe und das Schreien, Stöhnen und Jammern nicht hinwegzuredigieren, aber, so bekundeten die Polizisten: manche Verhaftete brüllen ohne jede Veranlassung, und wenn geschlagen oder gestochen wurde, so geschah es, weil sich die Verhafteten widersetzen. Gegenüber Verhafteten kann man keine Höflichkeitsfloskeln gebrauchen, und wer nicht pariert, bei dem wird Gewalt angewendet.“ So sagte der Oberst der Elberfelder Polizei. Eine andere Rechtsfertigung wußte er nicht zu finden. Und über die Grenze des Zulässigen entschieden die Unterbeamten, meist Wächter, die zum großen Teile in ihrem Tagesberufe Handwerker, Schuhmacher, Schneider usw. sind. Der Wächter, welcher den Zeugen Birch verhaftet und mißhandelt hat, ist später entlassen worden, weil er bei einem nächtlichen Diebstahl Schmiere geschanden! — Mit Recht hob der Verteidiger, Rechtsanwalt Landt, hervor, daß bei den Zeuhen der Zivilzeugen, die mit der Polizei in Konflikt geraten, es sich durchweg um Kleinigkeiten handelte, wofür auch der Umstand spreche, daß sie mit kleinen Geldstrafen davongekommen sind. Unmöglich könne man deshalb diese Zeugen für unglaubwürdig erklären. Die Einzelheiten, die sie bekundeten, können sie sich unmöglich aus den Fingern gezogen haben, es sind erlebte Dinge, die sie in ihrem ganzen Leben nicht vergeßen. Anders die Polizeizeugen. Sie können jeden Einzelfall nicht jahrelang im Gedächtnis behalten und was sie vorzutragen, sei weiter nichts gewesen als eine Auffrischung der Aften. In den Aften aber stand natürlich nichts von

Mißhandlungen. Aber so bestimmten Erklärungen entspringen aus weiter nichts als dem Unfehlbarkeitsdünkel, dem Glauben, sie dürften alles tun und hätten also nichts Unrechtes getan.

Es mußte alles nichts. Die Autorität, die Unfehlbarkeit der Polizei muß gerettet werden. Zwar gab der Staatsanwalt zu, daß der Artikel zunächst einen „harmlosen und wiedererwärtigen Eindruck“ mache, aber, so meinte er, man müsse tiefer sehen“, und da ergebe sich die Absicht der Beleidigung, besonders wenn man bedenke, daß die „Freie Presse“ es auf den Kampf gegen die Polizei abgesehen habe. Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten nicht zuerkannt und doch hätte man das gerade in diesem Falle erwarten müssen. Selbst gegenüber Mißständen, wie die hier in Frage kommenden, soll die Presse berechtigtes Interesse nicht zu wahren haben.

Das Gericht schloß sich dem Staatsanwalt an, es glaubte den Polizeizeugen und erklärte somit alle die Zeugen für unglaubwürdig. Hoffmann wurde, wie schon gemeldet, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil bedeutet die Strangulierung selbst der schärfsten Kritik an polizeilichen Zuständen.

Die britische Arbeiterpartei und der Sozialismus.

London, 25. Januar. (Fig. Ver.)

Am 21. d. Mts. veröffentlichte der „Vorwärts“ bereits über den achten Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei eine Korrespondenz, in der auch die zur Diskussion gestellten wichtigsten Gegenstände erwähnt waren. Die üblichen sozialpolitischen und demokratischen Resolutionen nun sind ohne lange Diskussionen angenommen worden. Das wirkliche Interesse der Kongreßteilnehmer sowie des englischen Publikums aber war den sozialistischen Resolutionen zugewandt. Von diesen hatten zwei ganz besondere Wichtigkeit. Eine — von den Tapetenarbeitern eingebracht — verlangte, daß die Partei in ihren Satzungen, in ihrer Konstitution sich zum Ziele setze, das kapitalistische System zu stürzen und den Sozialismus einzuführen. Die andere — von den Mechanikern (Engineers) eingebracht — verlangte, daß die Partei für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, für die Herstellung der sozialen Gleichheit wirken soll.

In der Fassung war die Resolution der Mechaniker fortreffer als die der Tapetenarbeiter. Dennoch war letztere wichtiger, da sie die Konstitution der Partei sozialistisch machen wollte, während die der Mechaniker nur eine allgemeine Erklärung für den Sozialismus verlangte. Die Annahme der Resolution der Tapetenarbeiter würde den Ausschluß aller nichtsozialistischen Arbeiterelemente zur Folge gehabt haben, während die Annahme der Resolution der Mechaniker im besten Falle nur eine erzieherische Wirkung und symptomatische Bedeutung haben kann. Darüber war sich der Kongreß klar, und deshalb war die Debatte über die konstitutionelle Resolution länger, lebhafter und entscheidender. Wir wollen sie daher in ihren wesentlichen Zügen wiedergeben.

Begründet wurde die Resolution vom Genossen Atkinson, dem Delegierten der Tapetenarbeiter. Er sagte: Die gegenwärtige Taktik der Partei ist zaubernd und langwierig, weil ihr das Ziel fehlt. Nicht nur die Grundherren besitzen ein Monopol, sondern auch die Kapitäne der Industrie. Die Vergesellschaftung muß daher alle Produktionsmittel umfassen.

Atkinson wurde unterstützt vom Genossen Davis, dem Delegierten der Eisenarbeiter, der die Politik der Arbeiterpartei für furchtbar, unklar und deshalb für ungerechtfertigt hielt. Die Partei solle, so verlangte er, klipp und klar sagen, wozu sie steuert.

Genosse Grayson hielt eine längere Rede für die Resolution. Er meinte: Die Partei darf nicht länger ohne Kompromiß umherstreifen. Sie verlangt und erwartet von der gegenwärtigen Gesellschaft eine Lösung der Arbeitslosenfrage und Versorgung der Veteranen der Arbeit (siehe „Vorwärts“ vom 21. d. Mts.), und es muß doch jedem klar sein, daß die Lösung dieser Fragen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraussetzt. Aber auch die Annahme der Resolution genügt nicht. Erst die Erziehung der Arbeiter zu intelligenten Demokraten und Sozialisten kann uns zum Ziele bringen.

Genosse Duich sprach mit bitterer Ironie für die Resolution: Die Arbeiterpartei in England hält sich für nichtsozialistisch, und sie erscheint auf internationalen sozialistischen Kongressen! Gegenwärtig befinden wir uns in demselben Boote, aber jeder rudert nach verschiedener Richtung. Das mag belustigend sein, aber es ist nicht erbaulich und auch nicht praktisch.

Gegen die Resolution sprachen: Genosse Glasier, der Redakteur des „Labour Leader“, der erklärte: Meine Partei (die Independent Labour Party) ist sozialistisch, und unsere einzige Hoffnung liegt im Sozialismus. Ich gehöre zu den ältesten Agitatoren des Sozialismus in Großbritannien. Und wenn ich trotz alledem gegen die Resolution spreche, so geschieht dies im Interesse der Erhaltung der Arbeiterpartei. Wir müssen mit den Arbeitern zusammenbleiben und Hand in Hand mit ihnen wirken. Dies ist gegenwärtig die einzig richtige Taktik. Die Annahme der Resolution würde aber die Arbeiterpartei spalten. Deshalb bin ich gegen ihre Annahme.

Im gleichen Sinne sprachen die Arbeiterabgeordneten und Genossen Clynes und Curran. Letzterer sagte: Die rote Flagge ist die einzig siegreiche; die sozialistischen Grundzüge sind alles für mich. Allein wir müssen vorläufig mit den Trade-Unions zusammengehen, obwohl diese noch nicht ganz sozialistisch sind.

Die Resolution wurde sodann mit 951 000 gegen 91 000 Stimmen abgelehnt.

Die Ablehnung galt nicht dem Sozialismus, sondern einer unzeitgemäßen Resolution. Die Partei war der Ansicht, daß man die Bewegung nicht forcieren darf; ihr Programm soll vorläufig in den nächstliegenden sozialpolitischen Forderungen bestehen.

Anders war das Schicksal der Resolution der Mechaniker. Genosse Stephenson begründete sie, indem er sagte, daß auch die weiteste Sozialreform nicht instande sein wird, die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus dem System des Privateigentums ergeben. Die Gründer der Gewerkschaft der Mechaniker legten vor 56 Jahren folgenden Grundsatz nieder: Die Interessen der Arbeiter sollen durch die Trade-Unions beschützt werden, bis sich ein allgemeineres Prinzip der Genossenschaftlichkeit in der Gesellschaft geltend gemacht haben wird, das jedem die Kräfte seiner Arbeit gewährt.

Genosse Kell (Mechaniker) unterstützte die Resolution und sagte: Die Arbeiter überzeugen sich mit jedem Tage mehr und mehr, wie gering ihre Fortschritte sind. Man will nicht glauben, daß die Annahme dieser Resolution die Arbeiterpartei schädigen würde. Ich frage die Textilarbeiter, ob sie einen entsprechenden Anteil an dem Aufschwunge ihrer Industrie erhalten haben! Manche unserer Berufe haben 90 Prozent ihrer Mitglieder organisiert, und doch sind wir nicht imstande, Lohnherabsetzungen vorzubeugen. Das wird andauern, solange die Unternehmer die Produktionsmittel besitzen, deren Gebrauch sie uns entziehen können, wenn dies ihre Interessen gebietet.

Schadleton sprach gegen die Resolution: Es wäre unglücklich, diese Resolution anzunehmen, nachdem die der Tapetenarbeiter abgelehnt worden sei; die Annahme der Resolution würde der Bewegung schaden.

Die Resolution wurde mit 560 000 gegen 412 000 Stimmen angenommen.

Dies ist das erste Mal, daß die Arbeiterpartei den Sozialismus ernstlich diskutierte.

Die nächstwichtigste Resolution betraf das Frauenwahlrecht. Der Kongreß sprach sich mit 784 000 gegen 257 000 Stimmen dahin aus, daß nur das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einen Fortschritt bedeuten würde; das beschränkte Wahlrecht, wie es die Independent Labour Party verlangt, wäre reaktionär und seine Einführung würde nur den wohlhabenden Frauen zugute kommen. — In der Vorstandswahl erhielt Genosse Stephenson die höchste Stimmenzahl.

Der nächste Kongreß soll in Portsmouth stattfinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar 1908.

Zu wichtigen politischen Kundgebungen

Am 26. Sonntagabend in der Zweiten badischen Kammer. In der fortgesetzten Budgetdebatte ergrieffen zwei Regierungsvertreter, der neue Finanzminister Honssell und Herr von Bodman, der nachfolgende des Polizeiministers Schenkel, das Wort. Der erstere bezeichnete in seinem Exposé die Finanzsituation des Reiches als völlig unhaltbar. Die Finanzreform von 1906 habe sich als völlig ungenügend erwiesen, der Reichshaushalt für 1908 bringe mit seinem Fehlbetrag von 170 Millionen trotz 200 Millionen neuer Anleihen für Baden fast 6 Millionen ungedeckte Materialbeiträge, eine Belastung, die das Land auf die Dauer nicht ertragen könne. Von direkten Reichsteuern will Herr Honssell natürlich nichts wissen, weil die Einzelstaaten dabei „verklümmerten“. Nur die Erschließung neuer indirekter Steuerquellen könne dem Reichsfinanzbedarf abhelfen. Alkohol und Tabak seien bei uns weit weniger belastet als in den übrigen europäischen Staaten, und speziell der Tabak „schreie förmlich nach härterer Belastung“. Die Form der Zigarettenbanderolesteuer mit starker Progression nach oben halte die Regierung für durchaus annehmbar. Was die Branntweinbesteuerung betreffe, so solle das Reich die Reinigung des Branntweins kostenlos bewirken und den Branntwein an die Händler verkaufen; der Erlös fliehe in die Reichskasse. Den bestehenden Brennerreien bleibe das Brennrecht, es solle also kein Monopol errichtet, sondern lediglich der Zwischenhandel von der Regierung übernommen werden. Was den Anschlag Badens an die preussische Klassenlotterie betreffe, so werde die Regierung die Angelegenheit im Auge behalten. Vorläufig sei mit Preußen eine Einigung noch nicht erzielt worden, da Badens Gewinn nur 150 000 M. betragen hätte.

Für die weitere Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Badens wichtiger war das, was am Sonntagabend der Minister des Innern, Herr v. Bodman, zu sagen hatte. Seine Rede war im großen ganzen eine Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie und eine Verurteilung der liberalen Großfiskalität, der Methode des bürgerlichen Liberalismus, zum Zwecke der Verhinderung einer Neutralisationsmehrheit mit der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen zusammenzugehen. Sein Versuch, bei den jüngsten Kammerpräsidentenwahlen die entscheidenden vier konservativen Stimmen für den liberalen Vorschlag zu gewinnen, habe lediglich bezweckt, die Sozialdemokratie auszuscheiden, da er der Ansicht sei, der erste Präsident hätte dem bürgerlichen Block, der zweite dem Zentrum, der dritte den Konservativen gehört. Damit hat der Minister den Grundsatz proklamiert, die Sozialdemokratie sei in der Zweiten Kammer rechtlos, nehme eine Ausnahmestellung ein und habe keinen Anspruch auf das, was jeder anderen Partei von gleicher Stärke zukomme. Anders kann man es sich wenigstens nicht erklären, wie er ihr als der drücktesten Partei in der Zweiten Kammer, jede Vertretung in deren Vorstand abspricht. Dabei brachte es Herr v. Bodman fertig, wenige Sätze später zu versichern, es liege ihm fern, die Sozialdemokraten als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln, da sie auf dieselben Rechte wie jede andere Partei einen Anspruch hätten. In einer Hinsicht allerdings müsse die Regierung einen Unterschied machen: ein Sozialdemokrat könne nicht Staatsbeamter sein, und es sei tief bedauerlich, wenn bürgerliche Parteien sich zur Wahl von Sozialdemokraten in den Landtag entschließen, sei es auch nur aus taktischen Gründen und zur momentanen Abwehr einer drohenden Gefahr von rechts. Und nun hub eine Philippika des Ministers gegen die „vaterlandslose“, antimonarchische, militärfreundliche und „antinationale“ Sozialdemokratie an, wie sie ein Commis voyageur des Reichslügenverbandes nicht „schöner“ halten könnte.

Von der Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg von 1870/71 und ihrem Urteil über die Emser Depesche bis zu der neuesten Rede Herdes gegen den Militarismus mußte alles herhalten, um den Spießer vor der „vaterlandsfeindlichkeit“ der deutschen Sozialdemokratie gruselig zu machen. Und doch graute dem Herrn offenbar vor den politischen Konsequenzen, die sich daraus für die Regierung ergeben müßten; denn er meinte zum Schluß seiner Rede, wenn er den Sozialdemokraten — wie sie ihm — auch mit Mißtrauen begegne, so wolle er sie doch nicht anders behandeln wie andere Staatsbürger. Er betrachtete sie als seine Mitbürger und Brüder, von denen schon manche vernünftige Anregung gekommen sei und deren Wünsche und Anträge er auch fernherhin ohne Vorurteil prüfen werde.

Wenn man auch weiß, daß das Programm der Herr v. Bodman gegen die Sozialdemokratie vor allem auf die Angst vor dem Zentrum zurückzuführen ist, dessen Gunst er sich gewinnen will, indem er eine Erneuerung des Großblocks für die Wahlen von 1909 unmöglich macht, so wird sich die badische Sozialdemokratie seine Kriegserklärung trotzdem merken. Der Herr Minister täuscht sich, wenn er glaubt, und damit zu schreien, oder und gar Eintrag zu tun. Sein Kampfruf wird unsere Anhänger im Gegenteil zu umso engerem Zusammenschluß und energischerer Betonung ihrer Forderungen veranlassen, und Herr v. Bodman wird die Erfahrung machen müssen,

daß das Ende dieses Kampfes kein anderes sein wird als das, welches der Kampagne beschieden war, die Bismarck vor 30 Jahren mit weit größeren Machtmitteln gegen die Sozialdemokratie unternommen hat.

Wahlrechtsdemonstration in Solingen.

Solingen, 27. Januar.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In einer überaus stattlichen Versammlung der Genossen des Wahlkreises Solingen wurde gestern beschloffen, an die Stelle der bisherigen losen Volksvereine einen sozialdemokratischen Zentralverein für den Wahlkreis zu konstituieren. An die Versammlung schloß sich eine großartige Straßenkundgebung für das gleiche Landtagswahlrecht. Mehrere tausend Demonstranten durchzogen unter dem Gesang der Arbeitermarkeisen, unter Ausrufen: „Nieder mit Wilow! Hoch das gleiche Wahlrecht!“ die innere Stadt unter großer Bewegung der Einwohner. Ein starkes Polizeiaufgebot rief den Zug mehrmals auseinander, doch fanden immer wieder Neuanfassungen statt. Ernsthafte Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Demonstranten waren von großer Begeisterung erfüllt, die für die Fortführung des Kampfes das Beste verspricht.

Wahlrechtskampf in Elsaß-Lothringen.

Am Sonntag haben in allen größeren Orten des Reichslandes Massenversammlungen stattgefunden, die das gleiche Wahlrecht zur Landesvertretung forderten und zugleich gegen den Reichsvereinsgegenschwurf protestierten. Von überall her wird über starken Besuch dieser Versammlungen berichtet.

Zu StraßenDemonstrationen kam es in Mülhausen. Viele tausend Versammlungsbesucher zogen unter Gesang durch die Straßen und brachten vor dem Hause des Reichstagsabgeordneten Genossen Emmel Hufeisen auf das gleiche Wahlrecht aus. Die Polizei und die Gendarmen suchten vergeblich die Demonstration in gewohnter Weise zu verhindern. Das Militär war in den Kasernen konfiguriert.

In einer zu Anfang der letzten Woche tagenden Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mülhausen war einstimmig die folgende Resolution des Genossen Martin angenommen worden:

Der Sozialdemokratische Verein Mülhausen begrüßt die Genossen Preußens und insbesondere das Kampfproletariat Berlins zu den nachstehenden Versammlungs- und Straßenkundgebungen für das allgemeine Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus. Die auswendigen Genossen geben den Entschluß kund, hier, wo die indirekte Wahl der Landesparlamentarier durch Gemeinderatswahlkollegien und Bezirkstage den Volkswillen in der Landesvertretung ebenfalls nicht zur Geltung kommen läßt, in Zukunft nachdrücklicher denn je mit allen erfolgversprechenden Mitteln und Schritten an Schuler mit den Genossen Preußens den Wahlrechtskampf führen zu wollen.

Liberaler Arbeiter gegen den Freisinn.

Der liberal-demokratische Arbeiterausschuß in Düsseldorf, dessen Anhang vorwiegend aus Hirsch-Dunderschen Gewerbetreibenden besteht, hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Ausschuss bedauert lebhaft die schmählige Haltung der freisinnigen Abgeordneten im Landtage gegenüber der Erklärung des Fürsten Wilow in der Wahlrechtsfrage. Er sieht nicht an zu erklären, daß durch ein solches Verhalten die letzten Reste der liberal-demokratisch denkenden Arbeiterschaft geradezu in die Arme der Sozialdemokratie getrieben werden. Insbesondere protestiert der Ausschuss gegen die Haltung des sich linksliberal nennenden Abgeordneten Heßler, der trotz der Verhöhnung der liberalen Wähler durch Wilow, diesem im Reichstage noch sein Vertrauen ausspricht.“

Der Ausschuss richtet zum Schluß an die liberal-demokratische Arbeiterschaft Deutschlands die Aufforderung, sich politisch zu organisieren und bei den Wahlen zukünftig nur noch für solche Kandidaten zu stimmen, die die völlige Garantie für eine liberal-demokratische Politik geben. Zugleich beruft der Ausschuss auf Sonntag, den 28. Februar, nach Essen einen fortschrittlichen Arbeitertag für Rheinland und Westfalen ein mit der Tagesordnung: Die fortschrittlich-freie Arbeiterschaft, ihre Forderungen und die politischen Parteien; Wahl eines fortschrittlichen Arbeiterausschusses.

In dem Aufruf heißt es: „Die preussisch-deutsche Regierung hat der außerhalb der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterschaft eine schwere Enttäuschung bereitet. Zum Dank dafür, daß diese bei den letzten Reichstagswahlen national stimmte, lehnt sie fast jedes Entgegenkommen an die Arbeiterschaft — Wahlrechtsfrage, Vereinsgesetz usw. — ab. Aber auch einige linksliberale Politiker haben der Regierung gegenüber eine so schwächliche Haltung beobachtet, daß sie eine scharfe Kritik herausfordert.“

Wie der Aufruf mitteilt, sind die drei linksliberalen Parteien zu der Tagung eingeladen und haben ihr Erscheinen bereits zugesagt.

Gegen den Reichsvereinsgegenschwurf.

Mainz, 27. Januar.

Gestern vormittag fand hier eine Rieserversammlung statt, in der nach Reden der Genossen Eichler, Frankfurt a. M. und Reichstagsabgeordneter Ulrich eine scharfe Protestresolution gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes angenommen wurde. Genosse Ulrich hatte ausgeführt, mit der Annahme des Entwurfs werde die Vereins- und Versammlungsfreiheit in Hessen beseitigt. Er wies ferner auf die glänzenden Demonstrationen der Berliner Arbeiter für das gleiche Landtagswahlrecht hin; die heftigen Genossen verfolgten diesen Kampf der preussischen Brüder mit warmer Anteilnahme und Sympathie.

Nach der Versammlung zogen einige Tausend Demonstranten im Zuge durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Kundgebung verlief in bester Ordnung, da die Polizei sie nicht störte.

Der Kampf um die Schule.

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ gibt Rat schläge, das Volksschulgesetz möglichst zur Merkalisierung der Schule auszunutzen. Vor allem müsse eine zielbewusste Kommunalpolitik getrieben werden, das sei der Punkt auf den alle anderen Bemühungen hinausläufen. Das Schulgesetz aber sei, wie kaum etwas anderes, geeignet, den Zentrumswählern über die Bedeutung der Kommunalpolitik die Augen zu öffnen. Denn:

„Das Schulgesetz beruht auf der Gemeinde. Nur vom Gemeinderat können Anträge auf Simultanisierung gestellt werden. Es muß also überall die erste Sorge sein, daß der Gemeinderat in einer sichern Mehrheit auf dem Boden der Konfessionskunde stehe. Und hier ist auch der Punkt gegeben, wo gläubige Christen, die nicht auf dem Boden des Zentrums stehen, Katholiken wie Protestanten, sich zu gemeinsamem Handeln mit dem Zentrum finden können. Wo irgendwo Zweifel darüber herrschen, ob der Gemeinderat bei einer Neuwahl in seiner Mehrheit auf positivem Boden stehen wird, da stelle man die Schulfrage in den Vordergrund und mache sie unter allen

Umständen mit zum Kriterium für die Bestimmung eines Kandidaten, ganz besonders bei Kompromißkandidaten.“

Das Zentrum gründet seine Hoffnungen für die Verwirklichung der Volksschule auf die Gemeinden, deren Vertretung sich in Preußen bekanntlich nach dem Dreiklassenwahlrecht zusammensetzt. Man erkennt daraus die Gründe, die das Zentrum veranlassen, sich in der preussischen Wahlrechtsfrage untätig zu verhalten. Eine reaktionäre Politik, wie die des Zentrums, bedarf des reaktionären Wahlrechts.

Es wird Licht.

Die Befürchtungen, die wir bei der Annahme der Wucherzölle vorausgesagt haben, sind eine Zeitlang durch die Hochkonjunktur verhüllt worden. Die beginnende Krise zeigt aber, wie recht wir mit unseren Voraussagungen hatten, und fast scheint es, daß auch die Kleinen und mittleren Landwirte einzusehen beginnen, daß es nur die Großgrundbesitzer sind, die aus der allgemeinen Teuerung hohen Gewinn ziehen. Der mittlere und gar der kleine Landwirt leidet durch die Schutzzölle doppelt. Einerseits muß er selbst einen Teil seines Bedarfs, Futtermittel und dergleichen, zu erhöhten Preisen ankaufen, andererseits war der Agrarzoll nur durchzuführen in Verbindung mit hohen Industriezöllen, unter deren Schutz die Kartelle ihren Preismacher treiben. Was der kleine Landwirt als Produzent gewinnt, verliert er doppelt als Konsument. Diese Erkenntnis zeigt deutlich das Schreien eines niederschläglichen bäuerlichen Besitzers an den Woten a. d. Riesengebirge.

Im Anschluß an die Nachricht, daß die deutschen Landwirte im letzten Jahre allein 350 Millionen mehr für Getreide eingenommen haben als in den vorhergehenden Jahren, heißt es da:

„Sie vergessen auszurechnen, was den Landwirten davon geblieben ist. Wir alle haben mehr eingenommen im letzten Jahre, aber auch viel mehr ausgegeben als in früheren Jahren, und wer zu rechnen versteht, wird finden, daß ihm schließlich in dem guten Jahre noch weniger bleibt als früher. Ob den großen Besitzern von 1000 und mehr Morgen Getreide etwas bleibt, weiß ich nicht, möchte es aber glauben. Und mittleren Besitzern aber bleibt von dem Mehrerwerb von 300 Millionen der deutschen Landwirtschaft nicht ein Pfennig. Wir haben noch Schaden. Es ist ganz schön, wenn man für den Saft einige Groschen mehr erhält. Das Ende kommt nach. Alles will mehr Lohn. Leute kriegt man fast gar nicht mehr, und die man hat, verlangen mehr Lohn. Der Karrer, der Stellmacher, der Schmirer, der Sattler, alle fordern sie mehr. Und wenn ich einen Spaten, eine Kette oder eine Säge gebrauche, alles war teurer geworden. Für Butter und Eier hat meine Frau mehr eingenommen, aber wenn sie Kühlung, Fädeln oder Schürzen kaufte, mußte sie auch mehr wieder ausgeben. Geblieben ist nichts. Weibmädchen erst konnte ich meinen Schaden so recht besehen. Wie ich für die Leute Sachen einkaufen ging, da rollten die Taler nur so hin, und für uns selbst blieb nichts. Ebenso ging es meiner Frau. Ihre Gänse wurde sie nur mit Schaden los. Mein Mensch wollte laufen bei den Zeiten, und schließlich mußte meine Frau alles, was sie für ihre Weibhandarbeiten gebrauchte, um vieles teurer kaufen wie im vorigen Jahre.“

Das Ende eines Skandalprozesses.

Der Verleumdungsprozeß des Präsidenten der württembergischen Staatseisenbahnen, Erzengel v. Balz, gegen den Regierungsbaumeister Hoffmann ist zu Ende. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr abends sprach die Strafkammer Stuttgart das Urteil. Der Angeklagte Hoffmann wurde zu 500 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. Die Differenz zwischen Strafverurteilung und Urteil bildet den wirksamsten Kommentar zu den Ergebnissen des Prozesses.

Gewiß sind dem Präsidenten keine kraßeren Handlungen nachgewiesen worden. Er hat nur für etwa 100 000 M. Aktien begeben von einem Werk, das mit der Staatseisenbahnverwaltung Geschäfte zu machen pflegt. Es hat ein Teil der Aktien, weil er dem Unternehmen näher komme, wie gesagt worden sein soll, zu einem Ausnahmepreis überlassen worden ist, darüber kann man verschiedene Meinungen sein. Wie es überhaupt sehr schwer hält, in solche verwickelten Finanzgeschäfte klaren Einblick zu gewinnen. Daß aber das Stuttgarter Gericht die Geschäfte des Herrn v. Balz für einen so hohen Beamten als nicht ganz unbedenklich erachtet hat, geht aus dem Urteil hervor. Damit ist auch die auffallend rasche und unter eigenartigen Umständen erfolgte Pensionierung des Präsidenten der württembergischen Staatseisenbahnen verständlich geworden. Ein Podbielski ist als Mitglied der Regierung in Württemberg mit seinem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht auch nicht einmal in hundertfach verdünnter Lösung möglich!

Liberaler Erzeugnis. Bankier Ludwig Delbrück, in Firma Delbrück, Leo u. Co., ist gelegentlich des heutigen Geburtstages des Kaisers auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen worden.

Christlichsozialer Arbeiter über die preussische Wahlrechtsfrage.

„Die Arbeit“, ein Wochenblatt der christlichsozialen Arbeiter im Westen, äußert sich zu der preussischen Wahlrechtsfrage. Es erklärt, daß nach den heutigen Verhältnissen das Reichstagswahlrecht für Preußen als das ideale zu betrachten und mit aller Entschiedenheit im wohlverstandenen Interesse des Staatswohls an dieser Forderung festzuhalten sei.

Zu der Erklärung Wilows in preussischen Abgeordnetenhaus schreibt das Blatt: „Den 10. Januar haben wir als einen nationalen Unglückstag. Die ruhige Entwicklung ist jetzt in Frage gestellt. Die preussische Regierung hat am 10. Januar die Fernhaltung breiter Massen von der Gesetzgebung sanktioniert. Wir sind der Meinung, daß nur Gerechtigkeit ein Volk erhöht. Im heutigen Wahlrecht zum Landtag ist für den vierten Stand auch nicht ein Funken von Gerechtigkeit.“

Weiter erinnert das Blatt an die Februarerlasse aus dem Jahre 1890, wo der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung anerkannt wird. Im heutigen Wahlrecht sei aber von der gesetzlichen und praktischen Gleichberechtigung der Arbeiter keine Spur. „Können wir etwa mit ruhigem Gemute vor die Waffen hintreten und sagen: Ja, es ist wahr, ihr seid gleichberechtigt? Nein, das können wir nicht.“

Auf dem Berliner Kongreß der christlichsozialen Arbeiter habe die Regierung erklärt, es sei die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die Arbeiterschaft in den Staatsorganismus einzuliefern. „Wie denkt sich dies der leitende Staatsmann? Ohne Mitarbeit der Arbeiter an der Gesetzgebung wird dieses Ziel nie erreicht werden. In der Gesetzgebung für Preußen kommen Arbeiter kaum zur Geltung. Nach unserer Ansicht hat die preussische Regierung am 10. Januar eine große Schuld auf sich geladen.“

Massenproteste gegen den Reichsvereinsgegenschwurf.

In Herzogtum Sachsen-Altenburg fanden am letzten Sonntagabend und Sonntag in den Städten und größeren Orten Protestversammlungen wider den Reichsvereinsgegenschwurf statt. Der Entwurf bedeutet nämlich keinen Fortschritt für das Land; vielmehr wird der § 7 die Agitation unter der fremdsprachlichen Bevölkerung beträchtlich erschweren. In den letzten Jahren sind im Braunschweigkreis Altenburg-Neudorf zahlreiche Beken, Aocoten und Slovonen eingewandert, die auf die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiterschaft drücken. Aus diesem Grunde wehrt sich die Altenburger Arbeiterschaft gegen den § 7 des Entwurfs. Die Versammlungen erstreckten sich sämtlich auf starken Besuch.

Was ist die Todesursache? Der Musikant **Dümann** des 170. Infanterieregiments zu Offenburg (Baden) starb im dortigen Garnisonlazarett. Als Ursache seines Todes wurde in der Amtspreffe Genickstarre angegeben. Bald darauf brachte die Redaktion die Mitteilung, daß die Sektion mit Sicherheit festgestellt habe, daß **Wiliartuberkulose** die Todesursache war. Nun hat dieser Mann, der Sohn des Heinrich Dümann in Ortholz (Kreis Schle), bis etwa 10 Tage vor seinem Tode den Dienst getan und ist nicht in der Kompagnie als krank behandelt worden. Wie erklärt man sich den raschen Tod an Tuberkulose? Nach den Aussagen seiner Kameraden soll Dümann sich seit einigen Wochen über heftige Schmerzen infolge eines Ohrschwürs beklagt haben, sei aber vom nächsten Vorgesetzten für einen simulierenden Drückerberger gehalten und im strengen Dienst behalten worden.

Oesterreich-Ungarn.

Die auswärtige Politik behandelte der Minister des Aeußern, Freiherr v. Aehrenthal, am Montag nachmittag in der zu Wien abgehaltenen Sitzung der Kommission der Ungarischen Delegation für die auswärtigen Angelegenheiten:

Durch die internationalen Monarchen-Visiten und Minister-Kränzchen des Jahres 1907 soll das europäische Gleichgewicht in die richtige Balance gebracht sein. Rußland und Japan, England und England, England-Frankreich-Spanien, Deutschland und England, Oesterreich-Ungarn und Rußland, desgl. Oesterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Italien, England, Frankreich: alles ein Herz und eine Seele. . . . Nur im Reich des „ranken Mannes“ und auf dem Balkan will's nicht so recht klappen; denn der biedere Sultan nimmt die Christen noch immer nicht genügend gegen seine „heidnischen“ Türken in Schutz und die lieben Christen selber schlagen sich aus purer Bruderliebe gegenseitig die Köpfe wund. Aber das brutale Rumänien ist artig genug, um vom Herrn v. Aehrenthal einen Lobstich einzubeiseln.

Den marokkanischen Stank will Oesterreich-Ungarn vornehm ignorieren, jedoch dem russischen Farn muß es notgedrungen zu der in den Hundstagen des Jahres 1907 dank seiner „neuerlichen grozherzigen Initiative“ abgehaltenen zweiten Haager Konferenz seinen Bückling machen. Gegen eins freilich verwahrt sich der Minister: Gegen den Namen „Friedens-Konferenz“. Dieser Name ist — nach Aehrenthal — unzutreffend, er hat die „vielfach von Schlagworten beherrschte Offenheit“ hypnotisiert, so daß sie schließlich zu Unrecht enttäuscht war, als die Konferenz „die weitgehenden Erwartungen“ nicht rechtfertigte und die internationale Lösung des „unreinen Problems“ der Abrüstungsfrage nicht einmal diskutiert werden konnte!

Dies alles und was der Minister sonst noch zu sagen hatte, nennt sich Summa Summarum: ein Epöps — auf deutsch: Bericht — über die auswärtige Politik. . . .

Frankreich.

Bon guten und von schlechten Kerlen.

Das Bureau Herold meldet:

Paris, 27. Januar. Das royalistische Komitee von Paris und dem Departement der Seine beging gestern abend das Königsfest, an welchem circa 2000 Personen teilnahmen. Es wurden eine Anzahl Reden gehalten.

Die französische Republik und ihre „Denker“ — was man auch gegen sie zu sagen hat — so nervös wie die Monarchisten sind sie denn doch nicht.

Siehe Preußen!

Der Marokkointerpellation zweiter Tag.

Paris, 27. Januar. Die Kammer hat heute die Beratung der Interpellation wegen Marokko fortgesetzt. Raibert (Radikaler) erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie die durch die Algeirasakte bestimmten Reformen nicht den Verhältnissen in Marokko angepaßt habe. Man sei zu sehr nach europäischem Muster vorgegangen. Er ersucht die Regierung, bei der auf der Algeirasakte beruhenden Politik zu verbleiben, aber die Methode zu ändern und den anfänglichen Irrtum zu berichtigen. (Beifall.) Deschanel (Republikaner) spricht seine Befriedigung aus über die Annäherung zwischen England und Rußland und bedauert, daß die durch Marokko entstandenen Schwierigkeiten sich nicht vermeiden lassen. Wenn man auch nicht an eine mit der Algeirasakte im Widerspruch stehende Eroberungspolitik denke, so sei es doch unmöglich, den Schutz der französischen Staatsangehörigen durch die Truppen aufzugeben, was als ein Zeichen der Schwäche gelten würde. Deschanel befürwortet eine neutrale Haltung gegenüber den inneren Kämpfen in Marokko. Frankreich sei der Mandatar Europas, es müsse für die Sicherheit in Algerien und für seine eigene Würde Gewähr leisten. (Beifall.)

Rußland.

Aus der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die Fraktion bezieht außer ihren Gesetzentwürfen eine Interpellation über die Verfolgungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaftspresse vor. Dergleichen soll eine Interpellation über die gesetzwidrige Handlungsweise der Administration während des Hafenarbeiterstreiks in Noworossisk eingbracht werden.

Da die Fraktion nicht über die genügende Stimmenzahl verfügt, um selbständig Anträge zu stellen, so sollen Vereinbarungen mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe (Zudowitsch) getroffen werden.

„Immunität“.

Genosse **Surkoff**, Mitglied der sozialdemokratischen Dumafraktion, der dieser Tage aus der Provinz zurückkehrte, erstattete der Fraktion Bericht über seinen Aufenthalt im Kreise seiner Wähler im Gouvernement Krostoma.

Als die Arbeiter des Fabrikdorfes **Sereda** von der Ankunft ihres Dumaabgeordneten erfuhren, ersuchten sie ihn, von der Tätigkeit der Duma zu berichten. Es versammelten sich etwa dreihundert Arbeiter, worauf die Fabrikadministration die Polizei in Kenntnis setzte. Im Ru sprengten Kosaken heran und die Megelei begann. Viele Arbeiter wurden verwundet, die übrigen flüchteten. Der Abgeordnete selbst rettete sich nur durch die Flucht und mußte sich eine ganze Nacht in einem Schneehaufen versteckt halten. Am folgenden Morgen wurde er auf der Bahnstation verhaftet und erst nach Feststellung seiner Personalien auf freien Fuß gesetzt.

Marokko.

Ein Angriff der Marokkaner.

Paris, 26. Januar. Nach einer Depesche des Generals d'Amade wurden zwei französische Abteilungen, die sich am 24. von der Küste beziehungsweise aus dem Medunagebiet kommend bei Urdmellah vereinigt hatten, dort von Leuten des Medraka, Beila- und des Medali-Stammes angegriffen. Der Feind, der in beträchtlicher Stärke auftrat, wurde nach überlänglichem Gefecht mit Verlust zurückgeworfen. Auf französischer Seite waren sechs Verwundete, unter ihnen ein Leutnant.

Die französischen Kolonnen seien nach Beendigung des Gefechtes bei Anlus nach Medunah marschiert. Die von der Küste gelommene Abteilung wird nach ihrer Verproviantierung nach Casablanca zurückkehren.

Aus dem Lager **Mulay Hafids**.

Der Vertreter des Pariser „**Matin**“ im Lager **Mulay Hafids** hat seinem Blatte aus dem Seghaghagebiet an der Grenze des Schaualandes Nachrichten, die bis zum 17. d. M. reichen, senden können. Er behauptet, die Streitkräfte **Mulay Hafids** seien 20000 Mann stark. Die **Schajja** sagten dem Anführer: „Wir kennen jetzt die Kampfweise der Franzosen, wir brauchen nur noch Kanonen und Mitrailleusen. Du bringst sie uns, jetzt sind wir siegesgewiß.“ Der Führer **Naid Glawi** sagte:

„Wir werden Gefangene machen, dann Da Fremde unter ihnen haßt, verspreche ich Dir, sie freizulassen.“ Der Berichterstatter schließt: „Man will hier Frieden unter der einzigen Bedingung, daß man die **Schajja** nicht hindert, **Mulay Hafid** allein als Sultan anzuerkennen. Der Sultan verbürgt sich für die Herstellung der Ordnung. Will aber Frankreich **Marokko** **Abdul Hiss** aufzwingen, dann geht es auf Leben und Tod.“ (Voss. Ztg.)

Gewerkschaftliches.

Das Ende der Lokalorganisationen.

Als die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ ihren Kongreß am Sonnabend schloß, hielt es der Vorsitzende **Schlenker** für angebracht zu erklären:

„Diejenigen, welche den Untergang der Freien Vereinigung vorhergesagt, haben sich schwer geirrt.“

Auf den Trümmern noch pflanzt er die Hoffnung auf! — In Wirklichkeit hat die Majorität von 88 gegen 48 Stimmen, welche die Auflösung ablehnte, das Ende der Lokalorganisationen nicht abzuwenden vermocht.

Mehr als in irgend einem anderen Falle muß man hier die Stimmen wägen und nicht zählen. Die 48 Stimmen derer, die für die Auflösung in die Wagschale fielen, waren die der Vertreter der größten Gewerkschaften. Als diese notgedrungen das Verhandlungslokal verlassen mußten, bestand die „Freie Vereinigung“ nicht mehr. Die Vertreter der **Maurer**, **Zimmerer**, **Bauarbeiter**, **Fliesenleger**, **Isolierer**, **Kürschner** und **Bootsbauer** haben hinter sich mehr als 11000 Mitglieder von den etwas über 17000 der Freien Vereinigung überhaupt. Was also von dieser noch vorhanden ist, ist zurzeit der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ mit 3000 Mann und daneben ein wüster Trümmerhaufen von weiteren 3000 Mann in circa 20 Organisationen. Von diesen ist natürlich nicht eine lebensfähig. Der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ hätte also die wenig loedende Aufgabe, die noch vorhandenen anarcho-sozialistischen, anarchisistischen und syndikalistischen Gruppchen an seinem Tische zu speisen. Man kann es daher verstehen, wenn am Morgen nach der Abstimmung, nachdem nicht nur das Resultat, sondern auch der Effekt derselben zu übersehen war, ein Vertreter der Metallarbeiter seine Beyer auf die Melodie stimmte: „Der Starke ist am kräftigsten allein!“ Selbst wenn der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ herosch genug wäre, die finanziellen Lasten des Anarcho-Sozialismus in Deutschland auf seine Tasche zu nehmen, würde er an dieser Aufgabe bald verzagen müssen. Seine Mitglieder würden das nicht ertragen können und die Sozialdemokraten unter ihnen würden dagegen protestieren. Bei Strafe der Selbstvernichtung müssen also auch die 3000 Metallarbeiter der „Freien Vereinigung“ den Rücken kehren.

bleibt ein Rest von 3000 Mann, eine Ziffer, die es rechtfertigt, daß man vom „Ende des Lokalismus“ in Deutschland sprechen darf.

Wie war das verhältnismäßig so schnell nach dem Tode der alten **Kehler** möglich? Ach, schon zu seiner Zeit bestanden die Lokal-Organisationen nicht mehr aus jenen historischen Gebilden, die aus rein prinzipieller Gegnerschaft gegen die Zentralverbände an ihrer Organisationsform festhielten. Das war manch abgesprengtes Häuflein aus den Zentralisationen, die wahrlich alles andere als ein Prinzip zu den Lokallisten geführt hatte. Die Entwicklung nahm außerdem den Lokallisten Einwand auf Einwand gegen die Zentralorganisationen. Das Verbindungsverbot für politische Vereine fiel, die eigene Abneigung gegen die Tarifverträge nahm in dem Maße ab, wie man in den Kreisen der „Zentralisten“ nüchtern über diese dachte, und die erst verpönte Anstellung von Beamten wurde zur unumgänglichen Notwendigkeit. Man suchte nach neuen „prinzipiellen“ Trennungsgründen. Da kam der Friedbergische Anarcho-Sozialismus gerade recht. Aber statt die widerstrebenden Elemente zu fitten, zerprengte er sie vollends und die gewaltigen Schläge der Scharfmacher trafen das lockere Gebilde der „Freien Vereinigungen“ viel schärfer als die festgefühten Zentralorganisationen.

So fand denn der Parteivorstand endlich für seine immer wieder unternommenen Anregungen zur Einigung der Gewerkschaftsbewegung einen wohlvorbereiteten Boden. Möge diese Einigung der deutschen Arbeiterbewegung zum Segen gereichen!

Berlin und Umgegend.

Die Handwerker, Maschinisten und Heizer der Brauereien **Berlin** und Umgegend nahmen in einer Versammlung, die am Sonntag im Englischen Garten stattfand, den Bericht des Vorsitzenden **Schwittau** entgegen. Es handelte sich hauptsächlich um die Verhandlungen, die schon seit längerer Zeit im Gange sind, zum Zwecke der Vertretung der Maschinisten und Heizer im Einigungsamt und im Kuratorium des Arbeitsnachweises. Vorläufig scheint es, als würden sich die Verhandlungen noch lange hinziehen. Es lag nur ein Schreiben des Vereins der Brauereien vor, daß man sich mit der Angelegenheit noch beschäftigen werde. Die Brauereiarbeiter haben auch mit einer Opposition der Brauereiarbeiter zu rechnen, die den Uebertritt der Handwerker in Brauereien in die Sektion II des Zentralverbandes empfehlen und anstreben.

Der Vorsitzende brachte dann zur Sprache, daß die Maschinisten auf Dampfern, die den Brauereien gehören, sich unweilen eine tarifwidrig lange Arbeitszeit gefallen lassen müßten. Wer darüber Klage zu führen hat, soll sich bei **Schwittau** melden. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Handwerker verlangen müssen, daß ihnen ebenso wie den anderen Arbeitern in den Brauereien der frühe Feiertag vor den Feiertagen gegeben werde.

Ein Vortrag von **Brückner** über die sozialpolitische Gesetzgebung wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir im Interesse der historischen Richtigkeit Aufnahme gewähren: In Nr. 22 des „Vorwärts“, 5. Beilage, im Bericht über den 8. Kongreß der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ läßt der Berichterstatter den Kollegen **A. Schröder**, Metallarbeiter, folgendes sagen:

„**Wiesenthal**, der für die Auflösung gestimmt und sich auch vom Kongreß zurückgezogen hat, habe hiermit gegen den Beschluß seiner Organisation gehandelt. Die Vertreter der Metallarbeiter hätten sich vor der Abstimmung geeinigt, gegen die Auflösung zu stimmen. Damit sei auch **Wiesenthal** einverstanden gewesen. Trotzdem habe **Wiesenthal** für die Auflösung gestimmt; er habe damit nur seine persönliche Meinung und seine persönlichen Interessen vertreten.“

Diese Ausführungen hat **A. Schröder** vor dem Kongreß in meiner Abwesenheit gemacht.

Es ist nicht wahr, daß ich mich mit den übrigen Delegierten der Metallarbeiter geeinigt hätte, gegen die Auflösung zu stimmen.

Wahr ist, daß die Delegierten der Metallarbeiter am Freitag während der Mittagspause im Kongreßlokal zusammen getreten sind. Dort habe ich rückhaltlos gesagt, wie auf unserem Verbandstag in Dresden: Als Sozialdemokrat kann ich nicht mit-

machen was der Rest der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften will. Aber außerdem suchte ich zahlenmäßig nachzuweisen, warum nach dem Austritt der Einigungsfreunde die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften bedeutungslos, ja ohnmächtig zur tatkräftigen Solidarität ist.

Auch hat am Freitag nur so weit eine Verständigung unter den Delegierten der Metallarbeiter stattgefunden, daß ich meine Erklärung erst am Sonnabend abgebe. Es ist aber mit keinem Wort davon gesprochen, wie sich jeder bei der Abstimmung verhalten soll.

Es war dem Kollegen **A. Schröder** bekannt, daß ich für Auflösung der Vereinigung bin. Diesen Standpunkt habe ich in der Sitzung des Verbandsvorstandes vertreten. Trotzdem bin ich delegiert worden. Weiter habe ich diesen Standpunkt in der kombinierten Versammlung der Vertrauensleute unseres Vereins **Berlin** und Umgegend und in der Generalversammlung unseres Berliner Vereins vertreten. In den letzten Tagen hat sich auch die Agitationskommission der Kohleleger und Heizer **Berlin** und Umgegend einstimmig für Auflösung der Freien Vereinigung festgelegt. Dies alles war dem Kollegen **A. Schröder** bekannt; aber trotzdem hat er seine Ausführungen gemacht.

Hier muß ich bemerken, daß ich selbst als Vorsitzender unseres Verbandes genaue Zahlen über die Mitglieder und Klassenverhältnisse der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ erst auf dem Kongreß durch den gedruckten Geschäftsbericht erhalten habe. Diese Zahlen benutzte ich bei meiner Begründung in der Besprechung der Delegation der Metallarbeiter. Durch die namentliche Abstimmung habe ich dann mehr als recht erhalten.

Das Verhältnis ist nach dem Geschäftsbericht das folgende:

„Auscheiden aus der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ sieben Organisationen mit 11273 Mitgliedern und 174 060,97 M. Vermögen. Unser Verband hat 3010 Mitglieder und ein Vermögen von 31 065,34 M. Der Rest der Vereinigung sind 3350 Mitglieder in 21 Organisationen mit 21 333,44 M. Klassenbestand. Von den letzteren 21 Organisationen hat die kleinste 9, die größte 835 Mitglieder. Dafür braucht man eine wöchentliche Zeitung, zwei besoldete Beamte und die Unkosten für 21 Vorstände.“

Es ist ferner nicht wahr, daß ich mich freiwillig zurückgezogen habe. Ich war geschäftlich verhindert, am Sonnabend pünktlich im Kongreßlokal zu sein. Meine Kollegen, die Delegierten der Metallarbeiter, mußten aber nach der Besprechung vom Freitag mittags wissen, daß ich am Sonnabend wieder auf dem Kongreß erscheine, um die am Freitag zurückgestellte Erklärung abzugeben.

Der Kollege **A. Schröder** führt gemeinsam mit mir den Vorhitz unseres Verbandes. Deshalb war demselben meine Stellung zu der Auflösung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften aus den verschiedenen Körperschaften unserer Organisation bekannt. Er mußte also, daß dies meine Leberzeugung und nicht Wahrnehmung meiner persönlichen Interessen war.

Nach Vorstehendem haben die Metallarbeiter und die Parteigenossen die Begründung dafür, warum ich auf dem 8. Kongreß für Auflösung gestimmt und erklärt habe, ich werde meinen ganzen Einfluß geltend machen, daß die Mitglieder unseres Verbandes in einer Urabstimmung ihren Austritt aus der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erklären. **Karl Wiesenthal**.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! In Augsburg und München sind die Schuhmacher ausgeperrt. Die Unternehmer suchen in ganz Deutschland Streikbrecher. Einige Arbeitswillige sind wegen großer Enttäuschung bereits von dort wieder abgereist.

Achtung, Kordmacher! Die Firma **A. Bengler, Kopenhagen**, sucht durch Inserate Kordmacher. Die Kollegen **Kopenhagens** befinden sich in einer Lohnbewegung. Jedes Arbeitsangebot ist zurückzuweisen. Die Branchenkommission.

Soziales.

Die Krankenversicherung im Deutschen Reich im Jahre 1906.

Die Materialien über die Krankenversicherung wurden bisher immer zwei Jahre später im zweiten Quartal in den „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches“ veröffentlicht. Das kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht jetzt bereits „vorläufige Ergebnisse“ über die Krankenversicherung im Jahre 1906. Das Material erstreckt sich auf die sieben verschiedenen Krankenkassenarten, ausschließlich der Knappschaftskassen, also auf die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungsrankenkassen, eingeschriebene Hilfs- und landwirtschafliche Hilfskassen sowie auf den „Rotbeiß“, der mangels einer Zwangskasse einzutreten hat: die Gemeindefrankenversicherung. Insgesamt bestanden danach im Jahre 1906 23 215 Krankenkassen (88 mehr wie im Vorjahre) mit 11 689 697 Versicherten. Die Mitgliederzunahme betrug rund 505 000. Bei der Zunahme entfallen auf die Ortskrankenkassen 312 000, auf die eingeschriebenen Hilfskassen 26 000 und auf die Gemeindefrankenversicherung 18 000 Mitglieder.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug 4 428 793 mit 89 445 057 Krankentagen. Das ist pro Mitglied 0,38 Erkrankungsfälle mit 7,48 Krankentagen, für die Krankengeld oder Krankenauspflege geleistet wurde.

Die ordentlichen Einnahmen ergeben an Eintrittsgeldern und Beiträgen 276 659 833 M., während die Gesamteinnahme (Zinsen usw.) 293 820 905 M. beträgt.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Verwaltungskosten usw.) betragen 283 593 888 M., darunter 241 128 952 M. für Krankheitskosten. Hiervon entfallen:

auf ärztliche Behandlung	57 228 709 Mark
„ Arznei und sonstige Heilmittel	85 259 048 „
„ Krankengelder	104 153 362 „
„ Unterstützungen an Schwangere und Säuglinge	5 082 158 „
„ Anhaltspflege	32 608 251 „
„ Fürsorge für Rekonvaleszenten	175 186 „
„ Sterbegelder	6 522 238 „

Die Krankheitskosten betragen pro Mitglied 20,63 M. Die Verwaltungsausgaben betragen abzüglich der für die Invalidentversicherung 15 328 866 M. insgesamt aber pro Mitglied bei den Ortskrankenkassen 2,01 M., bei den Innungsrankenkassen 2,40 M. und bei eingeschriebenen Hilfskassen 2,95 M. Das Gesamtvermögen aller Kassen betrug 230,4 Millionen Mark (27 Millionen mehr wie im Vorjahre), davon entfallen auf die Ortskrankenkassen 105,09 Millionen Mark, auf die Betriebskrankenkassen 97,01 und auf die eingeschriebenen Hilfskassen 18,6 Millionen Mark. So erfreulich der Aufschwung der Krankenversicherung 1906 ist, muß im Interesse der Versicherten auf das lebhafteste bedauert werden, daß durch die Reorganisation von Betriebskrankenkassen der Kassenzersplitterung geradezu Vorhub geleistet und daß insbesondere in Bayern und Preußen mit der „Gemeindefrankenversicherung“ als Ersatz für vollwertige Kassen noch nicht aufgeräumt ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In Sicherheit gebracht!

Madrid, 27. Januar. (B. S.) Nach Meldungen, die aus Lissabon hier eingetroffen sind, hat Ministerpräsident **Franco** Lissabon nachts verlassen, weil es sich bestätigte, daß republikanische Verschwörer sich seiner Person bemächtigen wollten.

Anwetter.

Alexandrien, 27. Januar. (B. Z. B.) Seit gestern herrscht hier schwerer Sturm, der viele Telegraphen- und Kabelleitungen beschädigt und auch sonst viel Schaden angerichtet hat. Der Verkehr im Suezkanal ist unterbrochen.

Rußland im Jahre 1907.

Die Wahlen für die zweite Duma standen in vollem Gange, als das Jahr 1907 seinen Anfang nahm. Zum ersten Male beteiligten sich alle Linksparteien an den Wahlen, deren Resultate ein glänzendes Zeugnis von der revolutionären Entwicklung der Volksmassen ablegten.

Nach einem Zeitraum von 5 Monaten, in denen der Terror und die Wahlfälschungstaktik der Regierung sowie die Anarchie im Lande ihren Höhepunkt erreichten, trat die dritte Duma zusammen. Das Wahlgesetz vom 16. Juni hatte den Sieg der reaktionären Parteien dadurch gesichert, daß es der Gutsbesitzerkurie in fast allen Wahlmännerversammlungen die Majorität einräumte.

Das Jahr 1907 bietet in dieser Beziehung ein Lehrreiches Bild. Dank dem Abflauen der Massenbewegung, dem Ruhebedürfnis und der Kompromisslust der bürgerlichen Opposition gelang es der Regierung im Grunde mit dem Krautjunkerturn, ihre Position äußerlich zu festigen.

Kleines feuilleton.

Der Kampf der Tenore. Eine Begebenheit, die des Heimatländes des berühmten Torarins würdig ist, wird aus Toulouse gemeldet. Dort hat ein Wettbewerb von Tenoren stattgefunden, der von den Stiergeschützern des benachbarten Spanien nicht so leicht in den Schatteln gestiftet werden dürfte.

Ein englischer Astronom über die Marsfrage. In einer Reihe von populären Vorträgen hat sich der bekannte englische Astronom David Gill auch über das Problem des Lebens auf dem Mars geäußert. Er ist bei weitem weniger optimistisch als der eifrige Verfechter der Existenz intelligenter Wesen auf dem Mars, Lowell, der zum Zweck des Studiums der Marskanäle eine eigene Expedition nach den Anden ausgerüstet hat.

ins Zuchthaus, in die sibirischen Eiswüsten geschickt. In zahllosen politischen Prozessen wurde die „Freiheitsperiode“ „liquidiert“. Die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma wurde zur Skatorga verurteilt, die Majorität der ersten Duma ins Gefängnis geschickt, die Autonomie der Universitäten vernichtet.

Die Regierungsbücher werden nicht müde, von der bölligen Niederlage der Revolution zu sprechen. Die liberalen und liberal sein wollenden Blätter feuern und spöhen in einemfort über die „Apathie“ der Bevölkerung. An der Oberfläche scheint es in der Tat, als hätten die Massen — auch die Arbeiterklasse — ihre bisherige Aktivität eingebüßt.

Das Jahr 1907 in Zahlen.

Es wurden im Jahre 1907 wegen politischer Delikte zum Tode verurteilt 1602 Personen, von denen 748 oder 42 Proz. hingerichtet und 854 oder 50,3 Proz. zu Zwangsarbeit, Zuchthaus usw. „benadigt“ wurden, während die übrigen noch der Entscheidung harren.

Des weiteren wurden von den Gerichten 9374 Personen zu verschiedenen anderen Strafen verurteilt:

Table with 3 columns: Art der Strafe, Zahl d. Verur., Auf wieviel Jahre. Includes categories like Lebenslangl. Zwangsarbeit, Sonstige, Deportation nach Sibirien, etc.

Nach den Motiven der Verurteilung steht an erster Stelle die Beteiligung an den verschiedenen Formen der politischen Massenbewegung (Arbeiterbewegung, Agrarbewegung usw.), die 5843 Opfer (36,8 Proz. aller Verurteilten) erforderte.

Musik.

Die uns bereits günstig bekannten „Jugendkonzerte“ Max Baillies haben jetzt eine Ergänzung gefunden. Die Geigenkünstlerin Julia von Linprun veranstaltete am Sonnabend, den 25. d. M., „Musik- und Melodram-Vorträge“ für die reifere Jugend (auch für erwachsene Musikfreunde).

Wesentlich anders als mit einer zum Gedächtnis hinzukomponierten Musik steht es mit Poesien, die zu einer vorhandenen Musik hinzugefügt sind. Sie stören unseren Eindruck von einer selbständigen Komik und erwecken den Anschein, als bedeute eine bestimmte Musik auch irgend einen bestimmten poetischen Inhalt.

Auf einem falschen Posten kann sich Kunstertum nicht völlig entfalten, unter Umständen jedoch erst recht gut bewähren. Der Regisseur Max Wahrammer suchte das Unnatürliche jugendlichen Melodrames besonders dadurch zu überwinden, daß er seinen Sprechern in möglicher Anpassung an die Musik ein wenig zum Singen feigerte.

Das über die Qualität der sonstigen Vorträge noch manches zu sagen war, wenn man von den vollen Ansprüchen „erwachsener Musikfreunde“ ausging, liegt uns weniger auf dem Herzen, als die Klage, daß abermals zu viel und zu vieles dargeboten wurde. Zwar belehrte das „Kurze Gesetzwort“ in dankenswerter und nächstens hoffentlich erweiterter Weise über die einzelnen Stücke.

folgen die Teilnehmer von „Expropriationen“ mit 1162 Verurteilten (10,5 Proz.).

Eine besondere Gruppe in der Chronik der Verfolgungen bilden die Repressalien gegen die Presse. Es wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen 502 Redakteure progressiver Preßorgane, und unterdrückt 413 Zeitungen und Zeitschriften, darunter durch Gerichtspruch 81, durch die Administration 332.

Eine neue, nie dagewesene Gruppe politischer „Verbrecher“ bildeten die Mitglieder der ersten, zweiten und dritten Duma. Es wurden von den Mitgliedern der ersten und zweiten Duma verurteilt: Zur Zwangsarbeit 17 auf 76 Jahre, Deportation nach Sibirien 10, Festungshaft 8 auf 8 Jahre 1 Monat, Gefängnishaft 167 auf 41 1/2 Jahre, Geldstrafe 5 mit 375 Rubel, Ausstoßung aus dem Priesterstande 4.

Im Vergleich mit dem Vorjahre weist das Jahr 1907 eine Zunahme von 1654 Verurteilten auf. Die Zahl der Todesurteile stieg um 440, und in dieses Blutmeer sind zudem noch durch die Pogroms breite Blutströme hineingeleitet worden.

Die große die Flucht aus dem europäischen Rußland im vorigen Jahre war, zeigen die folgenden Ziffern:

Im Jahre 1905 wanderten nach Sibirien 83 062 Personen aus, im Jahre 1906: 200 794, im Jahre 1907: 551 461! Das sind Zahlen, die eindringlich von der wachsenden Not, dem Land- und Arbeitsmangel sprechen.

Die Getreideausfuhr hat auch im Jahre 1907 abgenommen, und zwar in den ersten 7 Monaten um volle 76 Millionen Rubel. Unter gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen würde das als ein Fortschritt zu begrüßen sein, jetzt aber bedeutet diese Abnahme der Ausfuhrziffer keineswegs eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse der Landbevölkerung, sondern deren Verschlechterung.

Aus Industrie und Handel.

Der Holzmarkt.

Alle Holzbearbeitenden Industrien klagten in den letzten Wochen über mangelnden Absatz, und die Bautätigkeit mußte gar ihre Betriebe einschränken, weil die Lautlosigkeit ganz daniederlag. Infolgedessen und Schweigen jeder Nachfrage bildet die Signatur des Holzhandels auf allen Gebieten und so wird es vorderhand noch geraume Zeit bleiben.

bewährt sich; die Zeit von 1/2 Uhr an mag für die Jugend passen; die Preise betragen noch eine Ermäßigung.

Humoristisches.

— Müller und sein System. Ein Rentier Müller in Breslau hat der dortigen freireligiösen Gemeinde 20 000 M. vermacht. Zur Annahme dieser Zuwendung ist die Genehmigung des Landesherren erforderlich.

Waterlandlose Rögler sind wieder am Werke, die Verfügung der hohen Herren Minister als eine Unfreundlichkeit gegenüber der Gemeinde anzulegen. Das Gegenteil ist natürlich wahr. Die freireligiösen Gemeinden haben bisher ein längliches, von allem Kompromiß entferntes, aber frommes und gläubiges Dasein geführt.

Wären die Mitglieder der freireligiösen Gemeinde von Breslau Minister, dann ginge es noch an; das ist aber durchaus nicht der Fall. Die Herren Minister haben also nur das Interesse der freireligiösen Gemeinde im Auge!

Dazu kommt im Falle Müller noch eins. Müller hat keine Leibbesitzer; an die Stelle der freireligiösen Gemeinde trat also der preussische Fiskus, dessen Wahrheit bekanntlich ist: Geben ist selbster denn nehmen. Die Minister müßten eben dem Fiskus ein Opfer zu, vor dem sie die freireligiöse Gemeinde bewahren wollen.

— Rig ze handeln? Leopold (in Paris, zu einem Wölkler): „Na, mit dem Kongolstaat ist nicht mehr viel zu machen, aber was geben Sie mir für mein Königreich?“ („Jugend“).

Notizen.

— Zum Direktor des Kupferfachkabinetts der Berliner Museen ist an Stelle von Max Lehr, der nach Dresden zurückkehrt, Dr. Max F. Friedländer ernannt worden. Friedländer war bisher zweiter Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums und hat sich auf dem Gebiete der altdeutschen und altniederländischen Kunst umgeben. Welche Gründe für diese Ernennung maßgebend waren, entzieht sich bisher der Kenntnis des lokalen Unterthanen.

— Die englische Romanschriftstellerin Duida ist verstorben und im Abend in dem italienischen Seebade Viareggio gestorben. Sie war seit jungen Jahren — geboren wurde sie 1840 — tätig und hat eine ungemeine Fruchtbarkeit in spanischen und abenteuerlichen Romanen und Novellen entfaltet. Seit Jahren lebte sie in Italien, wo sie ein ziemlich absonderliches Dasein führte.

ganz auf, da nur Angebote unter der Loge einliefen. Besonders der Wallenhandel zeigt sich gänzlich lustlos. Die Preise sind auf 44 bis 45 M. gesunken, ohne daß deshalb größere Posten abgesetzt werden könnten. Dabei ist die Konkurrenz des Auslandes stärker als je und bewirkt erhebliche Herabsetzung der Preise.

Im Gegensatz zum ostdeutschen zeigt der westdeutsche Holzmarkt günstige Verhältnisse. Im Westen ist das Geschäft noch ziemlich reger. Holz und Kreise daher gut. Doch erwartet man auch hier bald einen Umschlag im Hinblick auf den drohenden Lohnkampf, der sich zu einem der größten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit ausweiten kann. Nicht man die Tatsache in Betracht, daß die Preise für Bau- und Tischlerholz außerst niedrige sind, daß also der wichtigste Rohstoff für das Baugewerbe durchweg billig ist (nebenbei bemerkt: infolge der ständigen Vantäglichkeit sind auch die Trägerpreise zurückgegangen), so wird man die Hartnäckigkeit der Bauunternehmer erst recht zu würdigen wissen. Ihre Kredite beziehen sich freilich nicht auf die Holzpreise, sondern auf den abnorm hohen Geldstand, auf die Schwere der Aufnahme ersetzlicher Hypotheken zur Freimachung der in den Neubauten stehenden Kapitalien und auf die Unmöglichkeit, zweite Hypotheken zu erlangen. Aus diesen Gründen hält sich auch die Sägeindustrie Bayerns vom Rundholzeinlauf zurück und liegt auch das sächsische Holzgeschäft danieder.

Allgemein rechnet man mit einem fortschreitenden Rückgang der Konjunktur und fürchtet, daß für die gezeichnete Ware nicht die beim Einlauf des Holzholzes kalkulierten Preise behauptet werden könnten. Dies um so mehr, als auch in Schweden und Norwegen sowie in Amerika und Rußland die Preise für Schnittholz in absteigender Richtung sich bewegen. Waren unsere Baugewerbetreibenden nicht ausschließlich auf die Niederrückbildung der Arbeiterforderungen beschränkt, sondern mit einem weiteren Blick begabt und organisationsfähig, dann hätten sie jetzt eine prächtige Gelegenheit, sich die billigen Holzpreise zunutze zu machen und für späteren Bedarf mit wohlfeilem Rohmaterial sich zu versorgen.

Berichtigung. Durch ein Versehen beim Umbrechen ist die Notiz „Wollenhandel im Jahre 1907“ in der Sonntagsnummer aus der Rubrik „Ausland“ (England) unter „Handel und Industrie“ geraten, wo sie in der vorliegenden Fassung verständlich ist.

Der Weltverkehr zur See 1888 und 1905.

Das hervorragende Interesse Englands an der Bewegung des Weltverkehrs zur See bewirkt, daß früher diese Frage von der englischen Statistik, der Board of Trade, Berichte an das Unterhaus (in den Blue Books) behandelt wurde zu dem Zwecke, den Verkehr der englischen Flagge in den fremden Staaten darzustellen. Die einzige existierende Darstellung des Weltverkehrs zur See ist von dem norwegischen Statistischen Bureau zuerst für das Jahr 1888 bearbeitet worden und danach von keiner anderen Seite fortgeführt worden. In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik hat F. Pandora Oktober 1902 eine wohl erschöpfende Veranschaulichung aller Faktoren unter dem Titel „Needereien und Ausnutzung des Schiffsmaterials im Seeverkehr in den verschiedenen Staaten“ erscheinen lassen. Neuerdings hat er die letzten Daten nach den offiziellen Angaben zusammengestellt, wonach sich der internationale Verkehr zur See zu Handelszwecken wie folgt stellt. Die angekommenen Schiffe mit Ladung und in Ballast hatten folgenden Registertonnagehalt in 1000 Registertonnen:

	1888	1905	1888=100 dann 1905=
Großbritannien	37 240	48 832	130
Frankreich	15 450	21 857	142
Vereinigte Staaten von Amerika	13 368	30 983	232
Spanien	11 974	15 769	132
Deutschland	9 442	19 130	203
Rußland	7 418	11 375	153
Italien	7 373	12 722	173
Niederlande	5 338	11 741	218
Schweden	5 022	9 113	181
Belgien	4 913	11 615	236
Portugal	3 603	14 043	390
Dänemark	3 564	3 837	107
Oesterreich-Ungarn	2 825	3 304	117
Norwegen	2 303	3 973	173
Japan	1 456	14 373	987

An der Spitze stand und steht immer noch Großbritannien, das alle anderen Länder weit hinter sich läßt. Die Reihenfolge nach Größe des Verkehrs hat sich seit 1888 stark verschoben. Frankreich ist von den Vereinigten Staaten überflügelt worden, Spanien von Deutschland, Rußland von Italien, den Niederlanden, Belgien, Portugal, Japan usw. Der Gesamtverkehr zur See war bei diesen 16 Staaten im Jahre 1888: 131 321 000 Registertonnen, 1905 dagegen 231 700 000 Registertonnen. Die Zunahme beträgt somit 100 400 000 Registertonnen, das ist 76,5 Proz. Wie äußerst verschieden die Zunahme sich bei den einzelnen Staaten gestaltet, ist am besten aus der letzten Spalte der obigen kleinen Zusammenstellung zu ersehen. Gegenüber 100 im Jahre 1888 stellte sich der Verkehr im Jahre 1905 in Großbritannien zum Beispiel auf 130. Bei Dänemark finden wir eine Abnahme um 6,4 Proz. Weitere sieben Staaten haben die durchschnittliche Zunahme (für alle Staaten zusammen) von 76,5 Proz. gar nicht erreicht, so daß mehr als die Hälfte aller Staaten in ihrem Verkehr verhältnismäßig eine Einbuße erfahren haben. Der Verkehr Großbritanniens ist in diesem Zeitraum um 46,75 Proz. zurückgegangen. Frankreich ist um 34,85 Proz. im Rückteil. Selbstverständlich kann man von einem großen Staate nicht erwarten, daß er seinen Verkehr in demselben Maße erweitert wie ein kleiner, der seinen Kleinbetrieb um ein paar hundert Prozent vergrößern kann, ohne daß diese Zunahme in Wirklichkeit gering sein kann und ohne gegen ganz große Betriebe überhaupt nennenswert in Betracht zu kommen braucht. Die Bedeutung der sehr großen Betriebe wird davon nur sehr wenig berührt, sie behalten im Weltverkehr ihre Bedeutung fast ungeschwächt bei. Das kann man am besten aus einer Aufstellung sehen, welche die Anteile der einzelnen Staaten an dem Weltverkehr angibt. Der Weltverkehr zur See stellte sich nach Prozenten in den Jahren 1888 und 1905:

	1888	1905	1888=100 dann 1905=
Großbritannien	28,4	20,85	- 7,5
Frankreich	11,8	9,4	- 2,3
Vereinigte Staaten	10,3	13,4	+ 3,3
Spanien	9,1	6,8	- 2,3
Deutschland	7,2	8,3	+ 1,1
Rußland	5,6	4,9	- 0,7
Italien	5,6	5,5	- 0,1
Niederlande	4,1	5,1	+ 1,0
Schweden	3,8	3,9	+ 0,1
Belgien	3,7	5,0	+ 1,3
Portugal	2,7	6,1	+ 3,3
Dänemark	2,7	1,4	- 1,3
Oesterreich-Ungarn	2,2	1,5	- 0,7
Norwegen	1,8	1,7	- 0,1
Japan	1,1	6,2	+ 5,1

Die Verschiebungen im Weltverkehr zeigen 15,02 Proz. Von diesen finden wir allein bei Großbritannien ein Minus von 7,51 Prozent, d. i. 50 Proz. der Gesamtveränderung. Bei Frankreich finden wir 2,33 Proz., bei Spanien 2,82 Proz. In Dänemark hat in diesem Zeitraum der Seeverkehr verhältnismäßig am fast die Hälfte abgenommen. Japan hat dagegen durch seine Modernisierung, d. i. Industrialisierung, einen gewaltigen Aufschwung gemacht, indem seine Beteiligung am Weltverkehr die größte Zunahme aufweist. Auch Portugal hat seinen Seeverkehr außerst günstig entwickelt. Von den Großstaaten im vollsten Sinne finden wir nur die Vereinigten Staaten und Deutschland, die eine Zunahme des Verkehrs zur See in ihren Häfen aufweisen. Der absoluten Zunahme nach steht Großbritannien noch immer an der Spitze, was bei dem Umfang dieses Verkehrs schon etwas heißen muß. Sein

Gesamtanteil am Weltverkehr zur See betrug früher fast 7/10; jetzt beherrscht es noch immer über 1/5 desselben.

Aus der Partei.

Der zehnte Parteitag der Polnischen sozialistischen Partei Rußisch-Polens (P. P. S.)

fand vor kurzem statt. Ein Bericht über die Verhandlungen ist vor einigen Tagen in Krakau erschienen. Danach nahmen an den Verhandlungen 83 Genossen, darunter 39 Delegierte und 14 Gäste mit beratender Stimme teil. Die Verhandlungen dauerten 10 Tage. Die wichtigste Aufgabe des Parteitages bildete die Ausarbeitung des neuen Programms, die auch selbstverständlich die meiste Zeit in Anspruch nahm. Außerdem wurde ein neues Organisationsstatut angenommen.

In dem neuen Programm wird nach dem allgemeinen prinzipiellen Teil darauf hingewiesen, daß in Rußisch-Polen der Kampf um die Demokratisierung des Staates, um die volle Garantie der politischen Freiheiten durch den Kampf um nationale Rechte kompliziert wird. Die nationale Unterdrückung lastet am härtesten auf der Arbeiterklasse. Sie hemmt die Entwicklung des ganzen Landes, sie trägt dazu bei, daß die Fiktion der nationalen Solidarität, welche die Bourgeoisie benutzte, um ihr Klassenbewußtsein zu verunkeln, genährt wird, sie hemmt den Drang nach Wissen und Kultur, der mit unwiderstehlicher Kraft aus den Bedürfnissen des Klassenkampfes emporquillt. Der Sieg des Sozialismus wird den Vätern die Befreiung von jeglicher Unterdrückung bringen, indem er alle ihre Abarten von Grund aus vernichtet. (?)

Das Postulat einer unabhängigen polnischen Republik als nächstes politisches Ziel des polnischen Proletariats wird fallen gelassen.

Die Polnische sozialistische Partei strebt im innigen Zusammenhang mit dem sozialistischen Proletariat aller Völker des russischen Reiches dessen Umgestaltung auf folgenden Grundlagen an:

1. Abschaffung der Monarchie. Umgestaltung des russischen Staates in eine demokratische Republik.
2. Abschaffung der staatlichen bürokratischen Zentralisation. Dezentralisation des Staatswesens, seiner gesetzgebenden, administrativen und Justizbehörden in Grenzen und Formen, die den vorhandenen wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Bedürfnissen entsprechen, sowie durch ihre Rolle in der allgemeinen Wirtschaft und Struktur des Staates bestimmt sind.
3. Ausgedehnte Autonomie Polens mit einem gesetzgebenden Landtag.
4. Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten (Juden, Deutschen usw.), welche keine territorialen Einheiten bilden.

In der Resolution über Zankel wird unter anderem hervorgehoben, daß für eine sozialistische Partei die Aufgabe besteht, im Einklange mit dem Wunsche der Gesamtheit der organisierten Arbeiter, nach einer Vereinigung aller sozialistischen Kräfte in Polen zu einer mächtigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu streben.

Die Resolution über den politischen Terror besagt, daß der Hauptgrund der Parteitalitäre darin liegt, daß einzig und allein die Massenbewegung und der Klassenkampf der Arbeiterklasse sowohl zu partiiellen wie auch bedeutenderen Siegen führen kann. Der Terror legt sich dem Grundgedanken des Klassenkampfes entgegen, vermindert die Kampfbereitschaft der Massen, indem er sie daran gewöhnt, auf Richter zu vertrauen und so ihre Passivität steigert. Der Terror als ein durchaus schädlicher Faktor, welcher zu keinem Ziele führt, wird ganz entschieden verworfen.

Die Konstellation der Staatsgelder, technische Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstand, die Bildung von Kampforganisationen werden ebenfalls verworfen. Die Partei stellt sich zur Aufgabe die Erhaltung und Stärkung der Massenbewegung, eine ausgedehnte Agitation in Bezug auf alle Erscheinungen des politischen und sozialen Lebens, Ausnutzung aller durch die Revolution erreichten Zugeständnisse — Duma, Selbstverwaltungskörperchaften, Gewerkschaften, Genossenschaften, Presse, Vereine usw. — zum Zwecke der Aufklärung und der Organisation des Proletariats in Stadt und Land.

In Bezug auf die dritte Duma erklärt der Parteitag, daß die sozialdemokratische Fraktion als die Vertreterin der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationalitäten zu betrachten ist.

Der Parteitag fordert alle Arbeiter auf, sich, ungeachtet der nationalen religiösen und parteipolitischen Unterschiede, in neutralen, unparteiischen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und zur völligen Befreiung des Proletariats streben, zusammenzuschließen.

Kerner fordert der Parteitag die Arbeiter auf, zur Gründung von Genossenschaften zu schreiten, die zur Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse beitragen und die Säule der Solidarität bilden. Aber zugleich warnt sie die Arbeiter davor, etwa glauben zu wollen, daß die Genossenschaftsbewegung die soziale Frage lösen kann.

Die Beschlüsse und der Geist des Parteitages haben gezeigt, daß nunmehr die Unterschiede zwischen der Polnischen sozialistischen Partei und der Sozialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens keine allzu großen mehr sind und daß man nicht fehl geht in der Behauptung, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die beiden Parteien sich vereinigen zum Nutzen des gesamten polnischen Proletariats.

Zwei Veteranen †.

In Mittweida starb am 25. Januar der alte Parteigenosse Karl Fischer. Der Tod wurde ihm zum Erlöser von jahrelangem Leiden. Fischer hat ein Menschenalter hindurch für die Ideen des Sozialismus gewirkt und in praktischer Arbeit immer seinen Mann gestanden. Früher stand er in den vordersten Reihen der proletarischen Kämpfer des 15. sächsischen Wahlkreises und durch Verleihung von verschiedenen Ehrenämtern zeichneten ihn die Parteigenossen aus.

In Reichenbach in Schlefien ist der 72 Jahre alte Weber Benjamin Matthias gestorben. Seine Kindheit fiel in die schlimmsten Zeiten, wo der Hunger in den Weberdörfern des Culen-gebirges mit solcher Macht seine Gefel schwang, daß er selbst die völlig entmenschten Proletarier zur Empörung, zu seiner berühmten Revolte trieb, die Gerhart Hauptmann in seiner podenden Tragödie „Die Weber“ dramatisiert hat. Genosse Matthias, der noch als alter Mann im Jahre 1898 bei einer Koh-bewegung gemohregelt wurde, hat seiner Parteipflicht bis zu seinem Tode Genüge getan.

Soziales.

Kampf um Boykottposten.

In dem Kampf um die Erlangung geeigneter Versammlungsfälle haben sich unsere Spandauer Parteigenossen gezwungen, das Lokal des Herrn Seih zu sperren, der der organisierten Arbeiterklasse seinen großen Saal zu Versammlungen verweigerte. Er hatte sich durch die Androhung des Militärboykotts einschüchtern lassen. Es begann eine Treibjagd auf Boykottposten. Zivil- und Strafrichter wurden mobil gemacht. Strafrechtliche Freisprechungen erfolgten. Bei den Zivilrichtern hatte Herr Seih mehr Erfolg. Am Sonntagabend beschäftigte sich der 18. Zivilsenat des preussischen Kammergerichts als Berufungsinanz in einer Sache Seih kontra Kurzmann und Genossen (8 oder 9 Beklagten). Es handelte sich um eine Gruppe der vielen einseitigen Verfügungen, die dieser Kampf schon gezeitigt hat. Die auf Antrag Seih vom Landgericht III getroffenen Verfügungen ergingen dahin, daß den Empfängern untersagt werde, weitere Zettel (Druckschriften) zu verteilen, in denen zum Boykottieren des Seihischen Lokals aufgefordert werde, sowie ferner untersagt werde, in der Nähe des Lokals von Seih (Schäfer-, Schäfer- und Reuendorfer Straße) sich aufzuhalten und Posten vor dem Lokal zu stehen oder aufzustellen. Bei Vermeidung einer Haftstrafe von 3 Tagen. In den Beklagten Nahrung, der auf Sperrzeiteln als Verleger bezeichnet war, wurde noch besonders verfügt,

daß ihm untersagt werde, Druckschriften herstellen zu lassen oder herauszugeben, wonach das Seihische Lokal zu meiden sei. Das Landgericht hatte in seinem Erkenntnis ausgesprochen, es sei „unfreiwillig unter den Parteien, daß die Beklagten Sperrposten waren und Sperrzettel verteilt haben“. Dabei ausgehend, nahm das Landgericht unzulässige Handlungen im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs an, gegen die solche Einhaltsbefehle statthaft wären. Namentlich wurde § 826 angezogen: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorzüglich Schaden zufügt, ist dem andern zum Erfolge des Schadens verpflichtet.“

Vor dem Kammergericht nun machte Rechtsanwalt Dr. Sander zur Begründung der Berufung unserer Genossen zunächst prinzipiell geltend, daß von einer unzulässigen Handlung nicht die Rede sein könne. Zum Beispiel komme unter anderen Gründen doch wesentlich in Betracht, daß es sich bei diesem Boykott um eine Gegenmaßregel der Arbeiterklasse handele. Es werde behauptet, daß Herr Seih unter dem Drucke, den die Kommandantur mit der Drohung des Militärboykotts ausübte, der Arbeiterklasse den großen Saal verweigerte. Es wäre doch nur etwas natürliches, wenn sich die Leute dann sagten: „Wir sind um diesen großen Saal gekommen, unser Ehrgefühl muß uns zwingen, den Mann nichts verdienen zu lassen, wenn er uns den Saal nicht gibt.“ Es müsse als ein Recht der Sozialdemokratie anerkannt werden, aus der Verteidigungsstellung heraus so zu handeln. Hervorzuheben sei noch, daß man sich nur an die Beteiligten gewandt habe, nämlich an die organisierte Arbeiterklasse, wie ein bei den Alten befindlicher Boykottzettel beweise. Der Anwalt bestritt, daß die hier in Betracht kommenden Leute überhaupt etwas anderes getan hätten, als zu kontrollieren, ob Organisierte in das Lokal gingen. Die „Feststellungen“ der Vorinstanz müßten auf ungenügender Basis beruhen. Eine Reihe eidesstattlicher Versicherungen werden beigebracht.

Rechtsanwalt Ruer für Seih vertat den entgegengesetzten Standpunkt.

Der 18. Zivilsenat des Kammergerichts fällt nach langer Beratung folgendes Urteil: Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Landgerichts III wird zurückgewiesen. Es handele sich hier nicht um einen Boykott zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern zu dem Zwecke, den Kläger durch Vergabe seines Saales für eine Partei dienstbar zu machen. Das sei einerseits ein Eingriff in seinen Gewerbebetrieb, andererseits in die freie Bewegung, die jedem gestattet sein müsse. Er verstoße gegen § 826 und auch gegen § 823 Bürgerlichen Gesetzbuchs, welcher lautet: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Erfolge des daraus entstehenden Schadens verpflichtet usw.“ Gegen den einzelnen, der freie Disposition in seinem Gewerbebetriebe haben müsse, dürfe nicht ein derartiger Zwang ausgeübt werden, daß man ihn nötige, sein Lokal für bestimmte Kreise, politischer oder anderer Art, bereit zu halten, und mit solchen Zwangsmitteln komme, wenn er es nicht tue. Das gehe weit hinaus über das, was nach allgemeinen Anschauungen im öffentlichen und privaten Leben zulässig sei. Es wären hier nun auch Entscheidungen des Reichsgerichts erwähnt worden. Die aber behandelten Lohnkämpfe und hätten Boykotts nur soweit gestattet, als sie den berechtigten Zweck verfolgten, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Darum handele es sich hier nicht. — Das Postensuchen möge nun ja vielleicht nicht strafbar sein. Hier aber handele es sich um zivilrechtliche Fragen. Wenn sich Leute aufstellten in der der Allgemeinheit erkennbaren Absicht, andere Leute abhalten zu wollen vom Besuch des Lokals, in einer Weise, die über den Kreis der Sozialdemokratie offenbar hinausgehe, so sei das ein vorsätzlicher widerrechtlicher Eingriff in das Erwerbssleben. Es frage sich, inwieweit sich die Beklagten beteiligt hätten. Auf Grund der Feststellungen des Vorderrichters sei der Senat zu der Uebergzeugung gekommen, daß sich die Beklagten alle ihrerseits an dem Treiben beteiligt hätten, das der Vorderrichter so kennzeichnet: „Sperrposten gingen vor dem Lokal und den Zugängen, meist in Trupps, auf und ab und verteilten Zettel, in denen zum Boykott aufgefordert wurde.“ Zum Schluß heiße es, das sei unstrittig, und an anderer Stelle: „Der Sachverhalt ist unstrittig.“ Deshalb habe der Senat trotz der eidesstattlichen Versicherungen angenommen, was der erste Richter annehme. Der Senat nehme an, daß die Sperrzettel, die in Massen gedruckt seien, ihre Verbreitung durch die Sperrpostenbildung finden sollten und die Beklagten sich in ganzen daran beteiligt hätten. Somit seien die einseitigen Verfügungen aufrecht zu erhalten.

Das Urteil steht keineswegs in Uebereinstimmung mit der vom Reichsgericht wiederholt bestätigten Judikatur. Es ist schlechterdings nicht zu verstehen, wie die v. a. h. r. c. Mitteilung, daß der betreffende der Arbeiterklasse den Saal zu Versammlungen verweigere und die daran geknüpften Bitten, deshalb den Zettel nicht zu besuchen, gegen die guten Sitten verstoßen solle. Umgekehrt ließe sich eher aus einem Verschweigen des Wirts dem Gast gegenüber, daß er seinen Saal nicht für politische oder gewerkschaftliche Versammlungen herbeige, ein Verstoß gegen die guten Sitten herleiten. Sollte aber wider Erwarten die kammergerichtliche Deduktion die Billigung der letzten Instanz finden, so müßte danach erst recht einer Schadensersatzklage gegen den Militärkassier seitens der Wirtin statzugeben sein, deren Lokal vom Militär boykottiert oder mit Boykott bedroht ist.

Boykott von Gestütswegen.

Gegen den Geschäftsdirektor von Engel zu Rückraß hatte der Rückraßer Gastwirt Franz Kersch beim Zivilgericht geklagt mit dem Antrage, daß v. Engel es zu unterlassen habe, bei Vermeidung einer gerichtlichen Geldstrafe, unter seiner Autorität Dritte von der klägerischen Wirtschaft zurückzuhalten, sowie daß v. Engel ihm den entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen habe. Zunächst 70 M. Von Engel bestritt, durch Mißbrauch seiner staatlichen Autorität aus persönlichen Gründen Beamte des Gestüts abgehalten zu haben, als Wirtschafts- und Logisgäste zu gehen. Allerdings gebe er zu, mit dem Tierarzt Hartwig und einigen Sattelmessern darüber gesprochen zu haben, daß er es im Interesse des Dienstes nicht gern sehe, wenn sie dort verkehrten, bezüglich des Tierarztes wegen des gleichzeitigen Verkehrs eines Sattelmessers R. bezüglich der Sattelmesserei wegen des gleichzeitigen Verkehrs junger Gestütswärter. Bevor es zu einer Entscheidung kam, erhob der Landwirtschaftsminister Konflikt zugunsten v. Engels und meinte, der Geschäftsdirektor handele in Ausübung seines Amtes, wenn er einen Einfluß auf seine Beamten in dienstlichen Interesse ausübe. Somit er die Leute veranlaßt habe, die Wirtschaft zu meiden, sei es lediglich aus Disziplinrücksichten gesehen.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Zivilverfahren endgültig einzustellen ist. Ausgeführt wurde: Es möge dahingestellt bleiben, welche Konflikte zwischen v. Engel und dem Gastwirt bestehen. Jedenfalls liege es innerhalb der Amtsbefugnisse des Geschäftsdirektors, den Untergebenen bestimmte Lokale zu verbieten. Wenn Kläger persönliche Motive behauptet, so heiße dem das Anerkenntnis der vorgelegten Dienstbehörde entgegen, daß vorliegende Gründe der Disziplin maßgebend waren. Dadurch werde erwiesen, daß v. Engels sich innerhalb seiner Amtsbefugnisse gehalten habe.

Arbeiter werden wegen Boykottverhängung verfolgt, wenn sie nicht gebieten, sondern bitten, ein Lokal nicht zu besuchen, das zur Abhaltung von Versammlungen nicht zu haben ist. Das Oberverwaltungsgericht anerkennt aber, ein Boykott könne im Interesse des Gestüts erfolgen.

Eingegangene Druckschriften.

Deutschland und Amerika in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zu einander. Von Andrew Carnegie. 3 B. — Die deutsche Volksschule. Von Johannes Lenz. 3 B. Verlag von Nequardt u. Co., Verlagsanstalt, Berlin W. 50.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 28. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Kida.
Königl. Schauspielhaus. Die Nabensteinerin.
Deutsches. Die Klüber.
Kammerstücke. Hochzeit. (Anf. 8 Uhr.)
Leipzig. Kaiser Karls Gefell.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Der Peter.
Vaterland. Bäume.
Berliner. Baudart.
Neues. Baccarat.
Garten. O. (Ballner-Theater.)
Der Revisor.
Schiller Charlottenburg. Der Richter von Zalameda.
Komische Oper. Die verkaufte Braut.
Leipzig. Das Glöckchen des Eremiten.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. König Heinrich.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hochzeit.
Alteins. Der Unsihere.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Reichshallen. Bibi.
Luisen. Des Mädchens Lebenswege.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.

Thalia. Janner oder auf.
Bernhard Rose. Der Kaufmann von Venedig.
Bürgerl. Schauspielhaus. Hochzeit.
Metropol. Das muß man seh'n.
Elysée. La belle Alexia. Hymne.
Gentes.
Folies Caprice. Was was andré.
Dumke Dumke. Eine anständige Frau.

Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.
Kasino. Die Freuden der Glückseligkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Parodie. Nachhoh. Lammhauer.
Monna Vanna. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Festtage. Kuboch Wälder. Spezialitäten.
Borussia Variété. Adlerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl-Sauerland-Theater. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 49/49.
Theater 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Berliner 8 Uhr: Dr. G. Thesing: Weitere Beweise für die Abstammungslehre.

Berliner Theater.
Dastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Blaubart
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Heraus: Maud Allan.
Vision der Salome.
Mittwoch und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Unsihere.
Mittwoch: Wandragola.
Donnerstag: Der Unsihere.
Freitag: Wandragola.
Sonabend: Wandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
König Heinrich.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: König Heinrich.
Donnerstag 3. 1. R.: Sein Brinzen.
Lustp. n. Schiller-Barafini.
Freitag: Sein Brinzen.

Leipzig-Oper.
Belle-Alliance-Strasse 7/8.
Abends 8 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen.
Donnerstag: Das Glöckchen des Eremiten.

Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
8 Uhr.
„Bibi.“
Schwan in 3 Akten von de Goffe und de Maron.
Deutsch von R. Schönan.
Berliner. Richard Alexander.
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 49/49.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörmal 8 Uhr: Dr. G. Thesing: Weitere Beweise für die Abstammungslehre.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Gebel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Berns. Scham.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebenswege.
Theater an der Spree
Königsplatz, 68, dicht am Bahnhof Jansowitzerbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus“
Neueste Berliner Spezialität.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der
Kaufmann von Venedig
Anfang 8 Uhr. Wochenpreis.
Mittwoch: Operabend. Mit Genehmigung der Intendantur der kgl. Schauspiele:
Der Trompeter von Säckingen.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Reuss in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonabend, den 1. Februar:
II. Gr. Metropol-Theater-Ball.
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

WINTERGARTEN
Letzte Woche!
Ruth Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reisende Radfahrkünstlerinnen.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Hymack, der Mann mit den Handschuhen.
Du Groß-Trio, komische Akrobaten am hängenden Barren mit fern. Operprobe.
Siegwart Gentes, mit Mary u. Alfred Harquard.
Walzerwahn

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang: Montag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Lustspiel in 3 Akten v. Nikolai Gogol.
Deutsch von G. v. Schabert.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Hermannsschlacht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
Charlottenburg.
Dienstag 8 Uhr: Pieder-Abend.
Clara Gerhardt (Gesang), Paula Hegner (Klavier).

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalameda.
Schauspiel in 3 Akten v. Calderon de la Barca.
Deutsch von Adolf Wilbrandt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Philtster. Hieraus: **Die Lore.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Gegr. 1879. — Chormeister Alexander Weisbaum. — M. d. A.-S.
Dienstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr,
im „Blüthner-Saal“, Lützowstraße:
KONZERT.
Mitwirkende: Frau Paula Weisbaum (Alt);
Herr Alfred Wittenberg (Violine).
Eintrittskarten (numerierte Plätze) à 1 M. und 75 Pf.
an folgenden Stellen erhältlich: Bote & Bock, Leipziger Straße;
Wertheim, Leipziger Straße; Musikalienhandlung Stahl, Potsdamer Straße 89; Horsch, Gewerkschaftshaus und bei den aktiven Mitgliedern. 65/3

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche große Vorstellung.
Aus dem Riesensprogramm hervorgehoben:
Klein Family, 6 Personen, unerreicht in ihren phänomenalen Leistungen.
Um 9 1/2 Uhr zum 37. Male, Ende gegen 11 Uhr:
Amerika
Das vollständigste auf dem Gebiete der Ausstattungs-Parasiten.
Großer Sklavenmarkt.
Dampfspritze in voller Tätigkeit. Wasser- und Lichteffekte.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche große Vorstellung.
Aus dem Riesensprogramm hervorgehoben:
Klein Family, 6 Personen, unerreicht in ihren phänomenalen Leistungen.
Um 9 1/2 Uhr zum 37. Male, Ende gegen 11 Uhr:
Amerika
Das vollständigste auf dem Gebiete der Ausstattungs-Parasiten.
Großer Sklavenmarkt.
Dampfspritze in voller Tätigkeit. Wasser- und Lichteffekte.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern

Walhalla-Variété-Theater
Wolbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
nur noch wenige Tage.
Das große Programm.
Phänomenal!
Der Krattjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsstück.
Infolge gr. Erfolges prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12. Mestrum, Komiker.
Sonabend, den 1. Februar:
Gänzlich neues Programm aufsehend Ball.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

Palast-Theater
Burgstrasse 24.
Gente 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Mal was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Genußvolle Neuheit.
Manöverliebe, Burleske.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Dienstag, den 28. Januar 1908, abends 7 1/2 Uhr prächtige:
Gala-Vorstellung.
Zum 125. Male:
Auf der Hallig.
Gr. Ausst.-Baut. d. Zirkus Busch in 4 Bildern.
Das Phänomen der tauchenden Sirenen. Die Wunder der Tiefsee. The Kramo-Family, 10 Personen. Bros. Clarkoniaks aus Amerika. Das Phänomenalste auf d. Gebiete der Luftgymnastik. Herr Kommissar Gustav Stensbeck. Die des Berliner Zirkus als Gast.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 29. Januar 1908:
Gastspiel von Auguste Thierry vom Stadt-Theater in Düsseldorf.
Die Braut von Messina
Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Vorverkauf von 11—2 Uhr.
Abends 8 Uhr:
Papa Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

W. Noacks Theater
Direction: Rob. Ditt. Brunnenstr. 16.
Zum 20. Male:
In der Feire.
Schauspiel nach dem „Folgenpost“-Roman.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Chen- und Vorgangsplanen gültig!
Donnerstag: Der Viconte von Botoribed.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowskij.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialist.

Freie Volksbühne
Freitag, den 7. Februar, 8 1/2 Uhr:
Lortzing-Theater:
23. (III.) Abend-Abteilung.
Die Entführung aus dem Serail.
Luisen-Theater:
21. (I.) Abend-Abteilung.
Der eingeheilte Kranke.
Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.
Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater | **Neues Schauspielhaus**
3./4. Abteilung: | 6./8. Abteilung:
Ledige Leute. | **Iphigenie auf Tauris.**

Mittwoch, den 29. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:
Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus.
Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.
Tagesordnung: Vortrag Herr Dr. David über:
Das moderne Schul- und Bildungsideal.
Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren, Diskussion und Verschiedenes.
240/5 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Biogr-Theater „Westend“ **Neu! Elegant! Interessant!**
Täglich Vorstellung von 6—11 Uhr.
Sonntag von 3—11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Steiler Eingang von Neubabeln.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbach-Trubel.

Kasino-Theater.
Polstergasse 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni wohnt — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hieraus das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennocquin.
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 113.
Dienstag, den 28. Januar 1908:
Ein Blickmädel.
Feste mit Gesang in 4 Akten von Karl Colpa.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachtsyl.
Zum 90. Mal:
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Galtens Kranen.

Sustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Kouskaintra - Truppe. Rumänisch-herbige Gefänge u. Tänze. 4 Per.
Skandal im Theater.
Sollstüb mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskas Kinetograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Kouskaintra - Truppe. Rumänisch-herbige Gefänge u. Tänze. 4 Per.
Skandal im Theater.
Sollstüb mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskas Kinetograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Kouskaintra - Truppe. Rumänisch-herbige Gefänge u. Tänze. 4 Per.
Skandal im Theater.
Sollstüb mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskas Kinetograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Kouskaintra - Truppe. Rumänisch-herbige Gefänge u. Tänze. 4 Per.
Skandal im Theater.
Sollstüb mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Duskas Kinetograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
Direction: Wilhelm Köhler.
Heute Dienstag:
Bogensfestlichkeit geschlossen.
Beg. Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns World-Sänger Tanz.

Neue Welt
Hofenstraße 109—114.
Größtes und originellstes
Bockbierfest
Berlins.
Baron Nucks Orig.-Bauernkapelle
30 bayerische Wadl.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Nächsten Donnerstag:
Ein lustiger Federkrieg
in der Neuen Welt.
Prämierung der besten Vier-
XXXX zeller. XXXX
5 Preise: 60, 40, 30, 20, 10 Mark.

Biggerhagen
Montzplatz
im Theatersaal täglich

Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Beder, Wegwardt, Bösch, Reumann, Offener, Häufig.

Happold's
Neuer Konzertsaal.
Dienstag:
Kloßscher u. Birkovitch, Abend.
Zeltung: Graf.

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Voger in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltoren, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstat. Liefer. f. Dr. u. Hülfs-Krankenanstalten
Berlin N., 14602*

Jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm u. weich am Körper.

Überraschende Neuheit
garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben
vollständig ungefährlich
kein Waschbrett
kein Bürsten
Persil
Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.
Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 28. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der Wahlvereine.

I. Kreis

in Dräfels Fest-Sälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.

II. Kreis

in der Viktoria-Brauerei, Lützowstraße 111-112.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Anträge resp. Resolutionen. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten.

III. Kreis

im Gewerkschaftshaus, Engeluxer 15.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Bericht der Preis-, Agitations- und Lokalkommission. 3. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Verschiedenes.

IV. Kreis

in Kellers Fest-Sälen (Inhaber Freyer), Kopenstraße 29.

Tagesordnung: 1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und Kommissionsmitglieder. 4. Verschiedenes.

V. Kreis

im „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5.

Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

VI. Kreis

im Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24.

Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht, Bericht der Kommissionen, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier besoldeter Beamter. 4. Wahl des Gesamtvorstandes.

Rixdorf

in Hoppes Fest-Sälen, Hermannstraße 49.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung.

Die Kontrolleure sind angewiesen, niemand ohne Mitgliedsbuch den Saal betreten zu lassen.

In allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische mit Farbenbleiern habilit. Niederlage Große Frankfurterstraße 9, part. kein Laden. Mauerhof. 11

Gardineband Große Frankfurterstraße 9, part. kein Laden. Mauerhof. 11

Stieppdecken billig Habilit Große Frankfurterstraße 9, part. kein Laden. Mauerhof. 11

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 ter Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Polsterer genügt. Franke, Frankfurter Allee 101, Laden. 29768*

Leppische! (lederhülle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischer Schuh. Gabelsberger Markt 4, Bahnhofs Böcke. 264/11*

Möbelfabrik, Dramenstraße 58, direkt Markt. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganteiten. Besondere Gelegenheit bietet ich in vertriehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Ausfallend billig verkaufe ich: Chaiselongues 20, Schlafsofa 33, Sattelkutschensofa 45, Bancal sofa 55, hochlegante Garnitur 70, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 15, Kuschelstuhl 18, Kuschelstuhl, Berlin 30. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Markt. Auch Sonntags geöffnet. Kauterbach gratis. 2892K*

Geschäftsabretrad, superst Stahl, 50,00. Holz, Blumenstraße 96b. 145

Herrnfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 96b. 948*

Möbelfabrikant liefert gebiegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Kissen. Auch Kutschensofa. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, nahe Kottbuscher Tor. Gewissen erhalten 3 Prozent. *

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, gebrauchte, zurückgekauft. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Dennowstraße). 638*

Winterpaletts, Gebrochene, Kassettenzüge, Bettdecken, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Mäntelverkauf, Verschiedenes (spottbillig). Pfandleihanlage, Weidenweg neuzecht. 11

Möbelspeicher Brunnenstraße 182. Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stücke. Säulentrumeau, Tischensofa, Kuschelbetten, Englische Betten, Kuschelverleis, Leppische, Kuschelstuhl 23, Spiegel, Spiegelständer, Kammern, moderne Küchen, Kaminofen, Kuschelstühle, Sofa, etc. etc., alles spottbillig. 998*

Leihhaus Bringenstraße 28, I. Ede. Mitternacht: perfekte Mäntel, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten (spottbillig zu jeder Gelegenheit). 29058

Gasofenhaus!!! Extra große Gaspartocher!!! 2,00. Gasplättchen! Gasbrennapparate! Schneidemaschinen! billige Gaslampen! 1/2, Wollwäcker, Ballerplatzstraße 22. 1518*

Meiers Veriton, 2. Auflage, vollständig, 16 Bände, gut erhalten, für 15 Mark veräußert. G. H. Langenbrun. 1608*

Seltener Kauf! Damenjacketts, Giletts, Kostüme, Mäntel (Reisemäntel), teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 1738*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Wäsche, Decken, Winterpaletts, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren (spottbillig). Pfandleihanlage, Kauterbachplatz 7. 1728*

Nähmaschinen. Zahl hohe Vergütung. Hauptlager aller Krüger-Hofmann-Systeme. Druda, Kottbuscher Allee 19. 2868*

Restaurateuren besorgt Bräuer-Verleer-Einrichtung, Kauterbachplatz. Offerte Bierperle Postamt 22. 2868*

Krankheitsbücher verkaufe meine Möbel zu spottbilligen Preisen. Kauterbachplatz 72. 146

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Leppischer Schuh. Emil Lehner, Dramenstraße 158. Extraliste gratis. 1078*

Nähmaschinen kaufen Sie immer 20 Mark billiger, Woche 1 Mark, im großen Nähmaschinen-Verkaufsgeschäft G. Kump, Kottbuscher Allee 127, 2634*

Wegen Umbau. Die großen Lagerorräte zu räumen, verkaufe Kleiderständer, Berlin, feuerfest, 38, Trumeau 27, Bettstellen, Matrassen, ganze Einrichtungen für jeden Preis. Hirschowitz, Brunnenstraße 30. 2766

Pianino, hohes, freigelegt, 150,00 Mark. Lützowstraße 8 I. 11

Vorwärts! Zur allerbilligsten Einkaufsquelle! Hermannplatz 6. Pfandleihanlage. Mäntelverkauf, Mäntelverkauf! Extrabillige Winterpaletts, Herrenanzüge, Spottbilliger Bettdeckenverkauf, Brautbetten, Vermietungs- und Verleer-Einrichtung, Gardinenverkauf, Leppischer Schuh, Mäntelverkauf, Stieppdecken, Uhrenverkauf, Kleiderverkauf, Nähmaschinen. 150*

Waldporelle, Osten, eingezäumt, 1400,00. Kottbuscher Allee, Blumenstraße 9. 2760

Gobelbänke verkauft Bayer, Weberstraße 11. 2760

Pringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe Kuschelverleis, Kuschelverleis 28 Mark, Kuschelverleis, Kuschelverleis 12, Säulentrumeau 36, Bettstelle mit Matratze, Kammern, Kuschelverleis 50, Bancal sofa, Kuschelverleis, Schlafsofa 36, Küchenmöbel, geschmückte Kutschensofa, Kuschelverleis 80, Federbetten Stand 20. Auch Teilzahlung. Wallstraße 81 I. 11

Geschäftsverkäufe. Restaurant Kauterbachplatz sofort billig zu verkaufen. Vermis, Alexanderstraße 103. 2767

Gelegenheitskauf. Exrestaurant, Arbeiterverleis, 11 Jahre bestehend, wegen Krankheit der Frau sehr billig zu verkaufen. 30/2, viel Schnaps, Brauereibühne. Zu erfragen Hagenbergstraße, Kottbuscher Allee 27. 2768

Schankgeschäft, große Räume, Wohnung anschließend, guter Kuchenschank in Bier und Spirituosen 2000,00 veräußert, Miete 1800,00, passend für Parteilagen, Brauereibühne. Ausfallend billig. Kauterbachplatz 21 II. 2769

Restauration, 30 Jahre bestehend, solide Existenz 1800,00, Brauerei 700,00, Miete 1500,00. Kottbuscher Allee 102. 2767

Restauration, billig veräußert. Zu erfragen Kottbuscher Allee 49, Rixdorf, Buchhandlung. 2313

Seifengeschäft, gutgehendes, verkauft Kottbuscher Allee 127. 175

Eisholz, Komler, Gropiusstraße 6. 2695*

Baronanwalt Josef, Gropiusstraße 21a. 2555*

Verstärkte Mutterprache beherrschend! Erfolgreich, leicht fassliche Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Besondere Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. 11

Kunstkopiererei von Frau Hofstaedt Charlottenburg, Gropiusstraße 84. 11

Gesellschafts-Anzüge verleiht. Billig! Kauterbachplatz für Monatsgarderobe, Große Frankfurter Allee 10. 11

Tanzunterricht! Gruppe, Blumenstraße 16. Anfängerkurse. Sonntagstanz 4,00. Dienstagstanz 5,00 monatlich. Sororitätswohnern Schnellkurs 5,00. 2428*

Gesangvereine! Mitwoch frei geworden. „Vereinshaus“, Invalidenstraße 146. 181

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Eiserstraße 21, Amt 2a, 4375. 1450*

Ehrenerklärung. Die von mir ausgesprochene Beleidigung gegen Frau Hebler nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine ehrliche Frau. Frau Einolich, Hofstraße 9. 11

Wohnungen. Prachtige Zweizimmer-Wohnung, Kottbuscher Allee 103. 2767

Stube und Küche sofort zu vermieten. Kottbuscher Allee 103. 11

Zimmer. Möbliertes Zimmer für 1-2 Herren zu vermieten Kottbuscher Allee 52, IV. 2313

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Sonnenschein, Kottbuscher Allee 6 II, Bahnhof. 1894b

Keere Stube vermietet Urban, Rixdorf, Donaustraße 103. 11

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacobsen, Wicelstraße 10, III. 11

Zwei Herren finden freundliche Schlafstelle Kottbuscher Allee 36, vorn IV rechts. 2768

Schlafstelle, separat, vermietet Kottbuscher Allee 6, Duergebäude III. 11

Bessere Schlafstelle, 10 Mark, Kottbuscher Allee 11, vorn IV links. 11

Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Frau Daise, Kottbuscher Allee 6, 4 Treppen. 11

Schlafstelle, möbliert, für 2 Herren, Kottbuscher Allee 24, Seitenflügel I. 11

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Kottbuscher Allee 12, vorn III, Grünberg. 11

Mietsgesuche. Junger Mann sucht ruhiges, einfach möbliertes Zimmer oder bessere Schlafstelle, allein, Nähe Bahnhof Wedding. Offerten Preis „Wedding“, „Vorwärts“, Kottbuscher Allee 12. 11

Arbeitsmarkt. Kleiner Stuhlweber bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Müller, Kottbuscher Allee 27. 1468

Stellengesuche. Mädchen für alles von anherhalb sucht Stellung. Erfragen bei Müller, Kottbuscher Allee 72 o, Seitenflügel IV. 11

Wohnungen. Prachtige Zweizimmer-Wohnung, Kottbuscher Allee 103. 2767

Wohnungen. Prachtige Zweizimmer-Wohnung, Kottbuscher Allee 103. 2767

Stellenangebote. Hausdiener für Gas und Heizung. Grottel, Kottbuscher Allee 101. 2765

Tüchtige Farbmalerei verlangt. Kauterbachplatz 11. 11

Gebüde Stoffknopfabrikerinnen bei hohem Lohn verlangt. Kottbuscher Allee 58. 2765

Botenfrauen (finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung) (Lehrer Kottbuscher Allee) Rixdorf, Kottbuscher Allee 83/84. 103/19

Redegewandte Damen gegen hohe Provision verlangt. Kottbuscher Allee 11. 146

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Kottbuscher Allee 24/25. 103/8*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Kottbuscher Allee 41, Keller. 103/20*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Kottbuscher Allee 8, Laden. 103/2*

Zu Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige Drahtzieher für Groß- und Mittelzug bei dauerndem guten Verdienste per sofort gesucht. Es werden solche bevorzugt, welche im Kupfer- und Bronzebrauziehen bewandert sind. Offerten unter F. T. 2015 an Taube u. Co., Köln a. Rh. *

Tüchtige Verkäuferin (sofort verlangt). 103/8

Kontingenzgesellschaft Berlin und Umgegend. Kottbuscher Allee 27. 11

Achtung, Gärtner! Die Firma J. C. Schmidt (Inhaber S. Stoboda) in Steglitz, Albrechtstr. 85, ist wegen Arbeitszeit-Differenzen bis auf weiteres für alle organisierten Kollegen gesperrt.

Erbsenverwaltung Groß-Berlin des Allg. deutsch. Gärtnervereins. K. H. X. Kamrowski.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Erwerbt die preußische Staatszugehörigkeit!

Deutsche, die in einem der 26 deutschen Vaterländer die Staatsangehörigkeit besitzen, können durch Aufnahme in einem anderen Länderstaat dessen Staatsangehörigkeit erwerben, ohne die Staatszugehörigkeit zu dem Staat, dessen Staatsbürger sie bereits sind, zu verlieren.

Von Wert ist die Staatszugehörigkeit für die Ausübung politischer Rechte. Zum preußischen Landtag wählen kann nur, wer Preuze ist. Ein Deutscher, der Nichtpreuze ist, kann ohne Verlust seiner bisherigen Staatszugehörigkeit die preußische Staatszugehörigkeit erwerben.

Gründe für Ablehnung der Aufnahme:

- 1. Wenn der Antragsteller Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt (weil er vorläufig entlassener Strafgefangener ist) oder unter Polizeiaufsicht steht oder sonst polizeilichen Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt.
2. Wenn der Antragsteller nicht imstande ist, sich eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen zu verschaffen.
3. Wenn der Antragsteller innerhalb der letzten 12 Monate, von Einreichung des Antrages zurückgerechnet, wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden ist.

Verlangt wird, daß der Antragsteller seine deutsche Reichsangehörigkeit nachweist. Zu diesem Behufe ist es zweckmäßig, vor der Stellung des Antrages um Aufnahme in den preußischen Staatsverband den Staatsangehörigkeitsausweis des sächsischen, bayerischen usw. Heimatstaates zu besorgen.

Ausstellung des Staatsangehörigkeitsausweises

in Preußen: die Regierungspräsidenten, an deren Stelle in Berlin der Polizeipräsident tritt; in Bayern: die Kreisregierungen zu München, Landshut, Speyer, Regensburg, Bayreuth, Ansbach, Würzburg, Augsburg; in Sachsen: die Kreishauptmannschaften zu Dresden, Leipzig, Zwickau und Saargau; in Württemberg: die Kreisregierungen zu Ludwigsburg, Ellwangen, Reutlingen und Ulm, außerdem sämtliche Oberämter; in Baden: die Bezirksämter; in Hessen: das Ministerium des Innern und der Justiz zu Darmstadt; in Mecklenburg-Schwerin: das Ministerium des Innern zu Schwerin; in Mecklenburg-Strelitz: die Landesregierung zu Neu-Strelitz; in Sachsen-Weimar: die Bezirksdirektoren zu Weimar, Apolda, Eisenach, Dornbach und Neustadt a. D.; in Oldenburg: das Staatsministerium, Departement des Innern, zu Oldenburg, die Regierung zu Gutin und die zu Varel; in Braunschweig: die Kreisdirektionen zu Blankenburg a. H., Braunschweig, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden und Wolfenbüttel; in Sachsen-Weiningen und Sachsen-Altenburg: das Ministerium, Abteilung des Innern; in Koburg-Gotha: die Landratsämter zu Coburg, Gotha, Ohrdruf und Waltershausen; in Anhalt: die Regierung, Abteilung des Innern, zu Dessau; in Schwarzburg-Sonderhausen: die Landräte zu Arnstadt, Sonderhausen und Sehra; in Schwarzburg-Rudolstadt: die Landratsämter zu Frankenhäusen, Königsee und Rudolstadt; in Waldeck: der Landesdirektor zu Krossen; in Meuß a. L.: die Landesregierung zu Greiz; in Meuß u. L.: das Ministerium, Abteilung für das Innere, zu Gera; in Schaumburg-Lippe: die Regierung zu Völsburg; in Lippe: die Regierung zu Detmold; in Lüneburg: das Stadt- und Landamt; in Bremen: für die Stadt: die Polizeidirektion, für das Landgebiet: der Landherr zu Bremen; für die Hafenstädte Bremerhaven und Vegesack: die Kommandantur zu Bremerhaven und Vegesack; in Hamburg: für die Landherrschaft Ritzbüttel: der Amtsverwalter in Ritzbüttel; für das übrige Stadtgebiet: die Aufsichtsbehörde für die Standesämter in Hamburg; in Elbisch-Löhringen: die Bezirkspräsidenten zu Stralsburg, Colmar und Neß.

An diese Behörde ist gleichzeitig mit dem Antrag auf Erteilung des Staatsangehörigkeitsausweises einzufügen die Geburtsurkunde. Auch ist anzugeben, wo der Vater oder bei unehelich Geborenen, wo die Mutter geboren ist.

Der Antrag auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in den übrigen Preußen an den Regierungspräsidenten zu richten. Dem Antrag ist der Staatsangehörigkeitsausweis und irgend ein Nachweis dafür beizulegen, daß der Antragsteller sich in Preußen niedergelassen habe, z. B. polizeiliche Anmeldung, Mietvertrag, Anstellungsvertrag, Arbeitsbescheinigung. Als Antrag in Berlin genügt z. B. folgendes Schreiben an den Polizeipräsidenten:

Ich bin württembergischer Staatsangehöriger, habe mich ausdrücklich anliegender polizeilicher Anmeldung in Berlin niedergelassen, füge meinen württembergischen Staatsangehörigkeitsausweis bei und beantrage, mich in den preußischen Staatsverband aufzunehmen.

Datum. Name. Wohnung.

Da Landtagswahlberechtigt nur ist, wer Preuze ist und vom Antrag bis zur Erteilung der Aufnahmeurkunde an Arbeiter in der Regel Monate vergehen, so stelle, wer bislang die Aufnahme nachsuchen unterlassen hat, schleunigst einen Aufnahmeantrag. Die Aufnahmeurkunde ist kostenfrei.

Um Nichtpreußen bei der Erwerbung der Staatsangehörigkeit befähigt zu sein und Auskunft zu erteilen, damit sie bei kommenden Wahlen als Steuerzahler auch ihr Wahlrecht ausüben können, haben sich folgende Genossen zu unentgeltlicher Hilfe bereit erklärt:

1. Wahlkreis.

- Georg Weismacht, Grünstr. 21,
Jakob Ege, Neue Hofstr. 12,
G. Glaue, Krausenstr. 18.

2. Wahlkreis.

- Rohse, Urdamstr. 86,
Len, Voedstr. 7,
Scholz, Postener Straße 1,
Schroder, Hagenberger Straße 27,
Bernert, Gneisenaustr. 72,
Witte, Arndstr. 16,
Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14.

3. Wahlkreis.

- Parteiexpedition, Prinzenstr. 81,
Willy Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 15,
Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz,
P. Horst, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

4. Wahlkreis.

- Paul Kupfer, Petersburger Straße 56,
Ernst Voder, Große Frankfurter Straße 34,
G. Gries, Kottbuser Str. 2,
W. Mann, Zeitungspedition, Petersburger Platz 4,
Zeitungspedition, Langfurter Platz 14/15,
Wahlvereinsbureau, Stralauer Platz 1/2 II,
Paul Hoffmann, Oppelner Straße 47,
D. Klamm, Reichsberger Straße 115,
D. Gerte, Kottbuser Straße 21.

5. Wahlkreis.

- Fritz Nauß, Windstr. 12,
Gustav Albrecht, Grenadierstr. 12,
Christian Thorup, Oranienburger Straße 50.

6. Wahlkreis.

- G. Pinner, Trescowstr. 86,
Willy Klauß, Schönhauser Allee 156,
Dobroslaw, Schliemannstr. 39,
Richard Henschel, Bolliner Straße 51, II,
Paul Dolz, Muppiner Straße 11, III,
Hense, Bohenstr. 19,
Gustav Achilles, Wickestr. 24,
Gustav Renz, Wilhelmshabener Straße 61,
Albert Werth, Wickestr. 38,
Georg Pieleke, Waldstr. 8,
Hermann Gump, Prinz-Eugenstr. 25,
Paul Britsch, Drontheimer Straße 4,
Hermann Nieß, Fehmann Straße 7,
Fritz Trapp, Steitiner Straße 10.

Teltow-Beeskow.

- Charlottenburg: Parteiexpedition, Sefenheimer Straße 1.
Rixdorf: Parteiexpedition, Redarstraße 2.
Schöneberg: Martin-Luther-Straße 51.
Steglitz: G. Ahmann, Vahustr. 6, und G. Winkelmann, Schloßstraße 104.
Treprow: Robert Gramenz, Kiehlholzstraße 412.
Baumjulenweg: Max Widley, Marienthaler Straße 22, vorn II.
Köpenick: Fr. Wolf, Nieber Straße 6.
Wilmerdorf: Parteiexpedition, Berliner Straße 46.

Nieder-Barnim.

- Lichtenberg: Otto Seikel, Kronprinzenstr. 50.
Pankow: Georg Freiwaldt, Mühlenstr. 73.
Ober-Schöneweide: Dieleweg, Edinowstr. 48.
Rummelsburg: Otto John, Karlsborster Straße 1.
Stralau: Wessel, Markgrafendam 7.
Weißensee: H. Fuhrmann, Sebanstr. 105.
Reinickendorf-Ost: Köhling, Provinzstraße 59 I. Müller, Restaurateur, Seestraße, Ecke Regierstraße. Kantor der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei, Wickestr. 62, Quergeb. I.

Partei-Angelegenheiten.

Berband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute Dienstag, den 28. Januar, 8 1/2 Uhr abends, finden die Generalversammlungen der Wahlvereine statt, welche sich mit den Berichten und Vorstandswahlen beschäftigen.

- 1. Kreis: Dräfels Festfale, Neue Friedrichstr. 35.
2. „ Viktoria-Brauerei, Lühowstr. 111/112.
3. „ Generschaftshaus, Engelufer 15.
4. „ Kellers Festfale, Kopenstr. 29.
5. „ Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. „ Roabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
Rixdorf, Hoppes Festfale, Hermannstr. 49.
Schöneberg, Obst Festfale, Reiningerstr. 8.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des Wahlvereins. Alles Nähere in den heutigen Annoncen. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

Zweiter Wahlkreis. Umständehalber muß unsere Generalversammlung im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Lühowstraße 111/112, stattfinden. Die Genossen aller Stadtteile werden ersucht, trotzdem pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein. Näheres siehe Inserat. Der Vorstand.

Kreiswahlverein Niederbarnim.

Am Sonntag, den 2. Februar d. J., mittags 1 Uhr, findet die Generalversammlung in Rummelsburg im Lokal der Wwe. Weigelt, Türschmidstr. 45, statt.

Tagesordnung:

- 1. Jahresabrechnung und Jahresberichterstattung.
2. Neuwahl des Kreisvorstandes.
3. Statutenberatung.
4. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand.

F. A.: G. Freiwaldt-Pankow.

Tempelhof. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Wilhelmsgarten“, Berlinerstr. 9, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre, Neuwahl derselben, Anträge, Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Köpenick. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Kaiserhof, Grünstr. 10, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Vorher den Berichten der Vereinsfunktionäre und Neuwahl derselben steht auch die Ausstellung des Kandidaten zur Stadtorordneten-Erwahlwahl in der dritten Abteilung auf der Tagesordnung. Die Parteigenossen müssen deshalb zahlreich in der Versammlung erscheinen. Der Vorstand.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Vier in Rixdorf die Monatsversammlung des Vereins statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, wird pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Weißensee. Die Wahlvereinsmitglieder werden hiermit auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Charlottenburger Straße 150, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine Köpenickiade.

Wir haben in letzter Zeit unseren Lesern fast nur über recht ernste Dinge berichten müssen; der Humor kam nicht zu seinem Recht. Die Situation war auch zum Scherzen nicht angetan. Wenn die Polizei auf ruhig ihres Weges gehende Arbeiter ohne weiteres einhaut, da verwandelt sich selbst die „Milch frommer Denksart“ in „gährend Drachengift“ und man hat keine Ursache, ob solcher Polizeitaten die Feder in Rosenwasser einzutauchen. Da ist es denn eine ganz angenehme Abwechslung, wenn wir unseren Lesern einmal eine Geschichte erzählen können, bei deren Studium selbst der sonst ernst Veranlagte Mühe haben wird, seine Lachmuskeln zu bezähmen.

Unsere Leser müssen wir zunächst bitten, mit uns einen kleinen Spaziergang zu unternehmen. Nicht nach Köpenick führt er uns, der Stadt, die durch den Geniestreich des Hauptmanns von Köpenick so berühmt geworden ist, sondern nach dem Kleineren, vor den Loren Berlins belegenen Treprow. Wer Berlin am Sonnabendabend nach Treprow zu verließ, wunderte sich, an allen Ecken und Enden Polizei zu erblicken. Staunte man schon darüber, so wuchs dieses Erstaunen, als man nach Treprow kam. Ueberall Gendarmen und Polizei. Und nicht nur am Sonnabendabend, nein, die ganze Nacht hindurch war ein starkes Polizeiaufgebot alarmiert. Königstreue Restaurateure erkundigten sich bei einem sozialdemokratischen Gemeindevertreter, ob er wisse, was im Gange sei. Der Genosse gab einer Vermutung Ausdruck, genauer wußte er auch nicht. Am Sonntag steigerte sich die Zahl der Polizeimannschaften und vor allen Dingen waren es die nach Treprow führenden Brücken, die polizeilich stark besetzt wurden, vor allen die Wiener Brücke und die Treprower Brücke. Die Gendarmerie des Teltower Kreises war zusammengezogen und „arbeitete“ mit der Berliner Polizei Hand in Hand. Auf alle „Fälle“ hatte man Beamte in Reserve; so sollen in der Haase-Brauerei allein gegen 100 Schutzleute verdeckt gewesen sein. Auch auf Kohlenplätzen, in den Bahnhofgebäuden, in Kasernen, bei königstreuen Lokalführern waren Schutzleute untergebracht. Bahnzugänge waren besetzt, kurz alle Zugänge von Berlin nach Treprow. Polizeioffiziere erteilten geheimnisvoll Befehle und Radfahrpatrouillen vermittelten die Verständigung. Die Bevölkerung des Südostens war in Aufregung und die ungeheuerlichsten Gerüchte gingen von Mund zu Mund. Man frug sich, was denn eigentlich los sei, und viele Leute glaubten, es handele sich um das Einfangen eines Mörders.

Es gab sogar böswillige Menschen, die behaupteten, die unentdeckten Mörder der letzten Zeit hätten einen Verein gegründet und die Polizei sei diesem Verein der unentdeckten Mörder auf der Spur. Wieder andere zerbrachen sich den Kopf, weil gerade Treprow und die Zugänge zu Treprow so mit Polizei verbarrikadiert war, und meinten: „Hier in Treprow liegt der Hund begraben.“ Und diese Leute hatten nicht so ganz unrecht. Zwar liegt in Treprow kein kaiserliches Schloss, das gestürmt werden, auch kein Dreiklassenparlament, vor dem demonstriert werden könnte, aber es liegt ein Gebäude da, in dem Revolution getrieben wird: die Treprower Sternwarte. Auf dieser Sternwarte befindet sich ein großes Instrument, das vielleicht manche Leute in der jetzigen Zeit, in der die Polizeiphantasie so üppig blüht, als eine Kanone angesehen haben mögen, das aber in Wirklichkeit eines der größten Fernrohre der Welt ist. Und die Berliner Arbeiterschaft interessiert sich außerordentlich für dieses Fernrohr, wie für dieses Institut überhaupt. Deshalb war vor einiger Zeit der Vorstand des Wahlvereins des sechsten Wahlkreises auf den Gedanken gekommen, für seine Mitglieder 5000 Billets anzukaufen. Drei Vorstandsmitglieder wurden bestimmt, nach Treprow hinauszugehen, um mit dem Direktor des Instituts sich zu verständigen über die Lage, an welchen er bereit sei, Vorträge zu halten. Die Vorstandsmitglieder überlegten nun hin und her: Wann gehen wir zum Direktor Archenhold? Erst war der Sonnabend in Aussicht genommen, schließlich wollte man am Sonntag gehen. In einer Kneipe muß nun irgend ein Achtgroshenjunge von diesem Plan gehört haben und flugs berichtete er seiner vorgelegten Behörde mit der üblichen Polizeiphantasie von seinem großen Zuge nach Treprow. Abteilung VII setzte sich flugs mit dem Ministerium des Innern, dieses wieder mit dem Teltower Kreis in Verbindung und ein mächtiges Polizeiaufgebot tritt in Aktion, um diese drei Bösewichter von Treprow fernzuhalten. Wir wollen der Polizei verraten, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln zwei Mann den Kordon durchbrochen haben, der dritte Mann war nicht gekommen.

Das ist die wahre Geschichte, die zu der großen Polizeiaktion am Sonnabend und Sonntag Veranlassung gegeben hat. Sie hat viele Beamte um ihre freie Zeit gebracht, aber außerdem ein würdiges Gegenstück zu dem Geniestreich des Hauptmanns von Köpenick geliefert. Der Schuhmacher Voigt brachte es fertig, mit Hilfe einer alten abgelegten Hauptmannsuniform ein Duzend Soldaten sich dienstbar zu machen und hier gelang es der üppigen Phantasie eines Achtgroshenjungen, 400-500 Beamte zwei Tage in Atem zu halten.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin.

Die Rednerschule muß heute, Dienstag den 28., wegen der Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine ausfallen; die nächste wird am Dienstag, den 4. Februar, abgehalten.

Gegen das Jugendturnen der Arbeiterturnvereine

sehen die Behörden ihren Kampf mit unentwegtem Eifer fort. In Berlin richtet sich diese Aktion gegen den Arbeiterturnverein „Fichte“, der trotz der vom Provinzialkollegium angeordnete Turnhallensperre, die vor einigen Jahren über seine Schalerabteilungen verhängt wurde, den Arbeiterkindern Berlins nach wie vor ihre Stätten frohen Spieles und freier Turnerei zu bereiten gewußt hat, indem er Privatfalle mietete.

Auch das Verbot, ohne den durch Ministerialinstruktion von 1889 vorgeschriebenen Unterrichtsverlaufschein die turnenden Schüler zu beaufsichtigen und anzuleiten, das vor einigen Monaten den Jugendturnwarten des Vereins „Fichte“ zugig, hat einwweilen nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Das Verbot bedroht jeden Fall der Zuwiderhandlung mit einer Geldstrafe von je 100 M., auf Grund einer jetzt hundertjährig werdenden Verordnung von 1808.

Einer der Turnwarte hat sich den Luxus einer einmaligen Zutwiderhandlung geleistet, hat dann prompt sein Strafmandat von 100 M. gekriegt und wird nun richterliche Entscheidung herbeiführen. Die anderen Turnwarte, denen jene Strafanordnung zugegangen war, haben sich entschließen müssen, der Gewalt zu weichen, und sind durch andere Vereinsmitglieder ersetzt worden.

Der Versuch, für die Jugendturnwarte eines Arbeiterturnvereins den geforderten „Unterrichtsverlaufschein“ zu erwirken, wäre ja ausichtslos, alldieweil die Arbeiterturner zumeist Sozialdemokraten sind und Sozialdemokraten die Jugend nicht zur Hundebedeutung erziehen wollen. Inzwischen hat aber das Provinzialschulkollegium auch die neuen Turnwarte bereits mit Unterrichtsverbot und Strafanordnung beehrt, so daß diese wieder durch andere Vereinsmitglieder ersetzt werden mußten. Vermutlich will die staatliche Aufsichtsbehörde in ihrer rührenden Fürsorge für das Seelenheil turnender Arbeiterkinder dieses Verfahren so lange fortsetzen, bis sämtliche Mitglieder des Vereins ihre Strafanordnung weg haben. Wir werden sehen, wie lange das dauern wird. Es wird desto länger dauern, je mehr der turnfreundigen Arbeiter Berlins dem Verein durch Beitritt sich zur Verfügung stellen.

Die Polizei, die dem Provinzialschulkollegium in diesem Kampfe dient, hat unter anderem die Aufgabe, von Zeit zu Zeit nachzusehen, wer augenblicklich dran ist, sein Unterrichtsverbot samt Strafanordnung zu kriegen. Zu diesem Zweck gehen Kriminalpolizisten in die Turnsäle hinein, schauen dem munteren Treiben der Jungen eine Weile zu, stellen sich dann dem Leiter vor und erlauben ihm um Angabe seiner Personalien. Ein Turner teilt uns mit, daß die Besuche solcher ungeladenen Gäste in letzter Zeit recht zahlreich gewesen sind. Auch der Vater eines turnenden Jungen berichtet uns über einen solchen Gast, der im Turnsaal beobachtete, als er selber dort als Zuschauer wollte. Er weist darauf hin, daß in der Nähe der Turnhalle sich ein Etablissement befindet, das durch Automaten zum Glücksspiel verleiht und von Kindern ungehindert besucht werden darf. Und er spricht die Vermutung aus, daß durch diese polizeilich geduldeten Spielgelegenheiten schon mancher Junge angeregt worden sei, sich die nötigen Mittel auf unredliche Weise zu verschaffen. Man sieht: dieser Vorgang begreift nicht, daß es dem modernen Staat und seinen Organen eine viel größere Gefahr für den Fortbestand der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet, wenn Arbeiterkinder Kindern von Arbeitern eine fröhliche Stunde bereiten und sie in ihrer körperlichen Entwicklung fördern wollen.

In diesem Kampfe gegen das Jugendturnen der Arbeiterturnvereine darf selbstverständlich auch die Schule selber nicht fehlen. In Berlin haben die Leiter der Gemeindefschulen vor einigen Monaten durch Umfrage festgestellt, welche Schüler bei einem Verein turnen und welche Vereine das sind. Wer den Turnverein „Fichte“ nannte, dem wurde aufgegeben, schleunigst auszutreten. Auch dieses Mittel hat einwirkende nicht die Wirkung gehabt, die Schülerabteilungen des Vereins „Fichte“ totzufrieden. Zahlreiche Eltern haben sich gelobt, daß die Schule hier nicht mitzureden habe und haben ihre Kinder angewiesen, weiter beim Verein „Fichte“ zu turnen. Ein erster Versuch zu Zwangsmahregeln hiergegen wird uns bekannt aus der 228. Gemeindefschule (Pantauer Straße). Ein Schüler S., der seit Ostern 1907 in der zweiten Klasse dieser Schule sitzt und im November 1907 sein 14. Lebensjahr vollendet hat, so daß er zu Ostern 1908 seine Schulpflicht erfüllt haben wird, hatte auf Anweisung seines Vaters beim Verein „Fichte“ weiter geturnt. Durch Zufall kam das heraus und Rektor Wull nahm sich den Jungen vor; der aber wies auf das Gebot des Vaters hin. Als der Rektor fragte: „Du mußt also, daß dein Vater in dieser Sache mehr zu sagen habe als die Schule?“, antwortete der Junge seiner Überzeugung gemäß mit einem offenen „Ja“. Darauf stellte Herr Wull ihm in Aussicht, wenn er nicht der Schule gehorche, werde er über die Schulpflicht hinaus zu noch längerem Schulbesuch gezwungen werden, wie es beim Posener Schulstreik Kindern ergangen sei.

Mit demselben Mittel hat dieser Rektor Wull auch auf die Eltern einen Druck auszuüben versucht. Er lud den Vater durch Karte zu einem Besuche ein, statt des Vaters kam aber die Mutter. Auch ihr sagte Herr Wull, der Junge sehe sich der Gefahr aus, länger die Schule besuchen zu müssen. Frau S. antwortete, da sei der Herr Rektor wohl im Irrtum. Hier handele es sich ja nicht darum, daß ihr Junge die ihm von der Schule gestellten Aufgaben nicht leiste. Ob etwa der Junge um des Turnens willen schon mal seine Arbeiten nicht gemacht oder gar die Schule nicht regelmäßig besucht habe. Und ob der Herr Rektor vergessen habe, daß nach dem vierten Gebot, das er selber lernen lasse, die Kinder ihren Vater und ihre Mutter ehren sollen. Der übereifrige Herr Rektor blieb jetzt die Antwort schuldig. Die Eltern aber sehen den von ihm angedrohten „Folgen“ mit Ruhe entgegen.

Die patriotische Begeisterung am gestrigen Tage anlässlich der im Schlosse stattfindenden Feierlichkeiten trat äußerlich weniger in Erscheinung als das sonst der Fall war. Die Zahl der Gaffer, die die Bürgersteige unter den Linden füllte, um einige Hofmarschall zu bewundern und mit Federbüschen ausgestattete Soldaten zu sehen, schien uns erheblich geringer als früher, den Hauptteil der Zuschauer bildeten Schulknaben, die nach den Feierlichkeiten ihre freie Zeit zu einem Gang nach den Linden benutzt hatten. Wahrscheinlich haben die letzten Sabelkriegen gegen ruhig ihres Weges gehende Arbeiter auch manche Patrioten dazu veranlaßt, die Orte zu meiden, wo Polizei in größerem Umfange vertreten ist. Vielleicht fürchtet man schon in diesen Kreisen, daß der Polizeifeldzug jetzt etwas lockerer in der Sabelschleife steht und schließlich auch auf Patriotenköpfe leichter niederlaufen kann. An Polizei fehlte es nicht, und über Abpfeifungen war auch diesmal nichts zu sagen. Im allgemeinen schien uns, daß die Schymannschenschaft einen höflichen Ton anschlagend am 12. Januar; trotzdem beobachteten wir, daß herrliche Schulknaben sich nichts daraus machten, sich mit ihren Säulen zwischen die Menschen zu zwängen. Als am Spätnachmittage ein leiser Regen einsetzte, boten die Linden das gewöhnliche Straßenbild. Nach Eintritt der Dunkelheit mehrte sich in den Geschäftstrassen das Publikum, um sich die Illumination anzusehen; wird doch heute von kindigen Geschäftleuten jede Gelegenheit benützt, um Reklame zu machen.

Ränge hervorragender lokalen Renaristiken wenden zu diesem höheren Zweck viele Tausende an — denn „der Segen kommt von oben“ und wer viel fäet, wird auch viel ernten. Wir fanden aus Lamengrün und Wappn, Keonen und Schriftzüge aus bunten Glühlämpchen zusammengesetzt, sollen der Ausdehnung der unumwandelbaren Kreise und Hingebung dieser alleruntertänigsten Untertanen gegenüber ihrem durchlauchtesten, allerhochwürdigsten Landesherren sein und der leiste Zweifel an deren lauteeren Gesinnung könne einem Hochverrat gleich. Und doch gibt es nichtswürdige Leistungen, welche in strahlendem Frevel behaupten, die Geschäftskreise während bei dem Geburtstage des Sultans genau so in schwärmerische Verzückung geraten und ihr Haus bekränzen wie bei dem Siegenfeste irgend eines anderen Potentaten, sofern sie sich irgendwelchen Nutzen hiervon versprechen.

Wir hatten aber derartige Neuerungen für weiter nichts, als für den Ausfluß böswilliger, vaterländischer Gesinnung, und es wäre gut, wenn man diese respektlosen Spötter einmal auf kurze Zeit der Liebe und Obhut der Berliner Schymannschenschaft anvertrauen würde, die ja nicht mit Unrecht den Ruf genießt, es in vorzüglicher

Weise zu verstehen, vaterländische Gefühle und Patriotismus nachdrücklich und unauslöschlich dem Bürgerturn einzupauken.

Werkhöchste Volkskunst. „Und wieder mußte das Volk, daß es sich jetzt erheben müsse“, schreibt der byzantinische „Vol.-Anz.“ in seinem schmerzvollen Bericht über die „auf allerhöchsten Befehl“ für die Berliner Arbeiterschaft bei Kroll veranstaltete erste Vorstellung. „Herr v. Hülsen klopfte dreimal mit seinem Stabe.“ Und wieder mußte das Volk, daß es sich jetzt erheben müsse.

Als vor einigen Wochen angekündigt wurde, daß die königliche Schauspielbühne sich zu der besonderen Gnade herablassen wollte, auch einige Arbeitervorstellungen zu geben, haben wir das nötige zu dieser Volksbegeisterung gesagt. Daß das Volk eine Gnade braucht, daß es Rechte beansprucht, daß die Steuerzahler letzten Endes die königlichen Theater unterhalten, daß diese Institute dafür aber dem Volke so gut wie nichts bieten, sondern ein Luxusinstitut sind. Wir haben weiter betont, daß das Institut für Arbeiterwohlfahrt, das die Visette zu vergeben hat, für die selbstbewußte Arbeiterschaft nicht das geeignete Organ ist, daß diese vielmehr selber berufen werden müßte, wenn es sich um wirkliche Volksvorstellungen handeln sollte.

Daß es sich bei dem ganzen Unternehmen weniger um Popularisierung der Kunst denn um die Beschaffung von „mehr Volk“ zu Staffagezwecken handelt, beweist der Verlauf dieser ersten Vorstellung. „Wiedere Leute aus dem Volk“, wie der „Volks-Anzeiger“ so schön sagt, waren also da, und dann hatte sich „die Gosstoge plötzlich gefüllt“. Und der Kaiser, der Großherzog von Hessen und andere Hofgastbesucher waren mit einem Mal auch da. Das war der Knalleffekt und dann kam „Der Prinz von Homburg“ von Kleist zu Worte. Zu Beginn des dritten Aktes aber klopfte Herr v. Hülsen und wieder mußte das Volk...

Gerührt wird die musterghällige Haltung des Publikums. Wir wissen nicht, ob und in welchem Maße organisierte Parteigenossen unter dem Publikum waren. (Wohl nicht viele, denn sonst hätte man doch wohl den Ruf: „Es lebe das freie Wahlrecht!“ vernommen.) Aber wenn diese musterghällige Haltung dem „Vol.-Anz.“ so bemerkenswert und womöglich als besondere Ovation für den Kaiser erscheint, so täuscht er sich: die Berliner Arbeiter bezeichnen sich in ihren eigenen und in fremden Veranstaltungen immer gleich musterghällig. Warum nicht auch in denen des Königs von Preußen? Wenn man das an betreffender Stelle noch nicht wissen sollte, so brauchte man ja bloß einen Demonstrationszug fürs Wahlrecht zu gestalten. Der Wunsch nach „mehr Volk“ würde dann in ungeahnter Fülle verwirklicht werden, und wenn die Polizei sich ebenso musterghällig auführte wie die Berliner Arbeiterschaft, würde eine halbe Million Rentieren den allerhöchsten Grad von Musterghälligkeit betätigen und doch auf das nachdrücklichste, unzweideutigste ihren Willen bekunden. Ihren unerschütterlichen Willen, daß die Schmach der Rechtslosigkeit ein Ende nehmen soll.

Und wenn die Musterghälligkeit des Publikums bei Kroll noch nicht genügend überzeugt hat, so kann ja vielleicht der Großherzog von Hessen mit den vom Genossen Ulrich erhaltenen Aufklärungen über den Charakter der Berliner Demonstration vom 12. Januar nachhelfen. Ja warum denn nicht? Der König von Preußen will „mehr Volk“ sehen und das mehrere Volk will für sein Wahlrecht demonstrieren...

Blanes Blut auf dem Brett.

Die Herrschaften mit dem mehrfach gezackten Kränlein, die Säulen von Thron und Altar, steigen jetzt massenhaft zum Plebs herab. Hinter den Kulissen laus Edelste vom Schlosse derer von Linnar und Hohenau, bis der Vorhang gewollig in die Höhe gerissen wird. Aber auch schon vor den Kulissen machen sie sich immer mehr zu schaffen, um Fühlung mit dem Volke und mit dem Geldbeutel des Volkes zu erhalten. Sobald blaues Blut kein Geld imbeutel hat, ist jaft das Volk der rechte Anziehungspunkt, um die Tasche zu füllen. Das Volk wird lachendes Publikum, und der Vlautübige macht ihm keine mehr oder minder schalen Wächchen vor. Ach mein, der Name ist heutzutage noch lange nicht Schall und Rauch. Früher erborgten sich Künstler von Gottes Gnaden die ominösen drei Buchstaben und streuten damit dem Volke eitel Sand in die Augen. Heute sind leibhaftige Edelste der Nation, die auf die weltbedeutenenden Bretter hüpfen. An den Berliner Anschlagpfeilen finden wir augenblicklich mal wieder eine ganze Stala solcher hochwürdigen Namen — Gräfinnen, Barone und simple Adelige. Selbst der trotz seiner Schurken aus dem Soldatenleben sonst doch ernst zu nehmende Freiherr v. Schildt ist auf das Brett geklettert und gibt seine Bestesblüte da zum besten, wo gewöhnlich nur die leichtgeschürzte Nase paradiert. Den Mittelpunkt dieser gegen alle Tradition verstoßenden Goldhögerei werden die Berliner allerdings nicht zu sehen bekommen. Es wäre ja auch zu schön gewesen, die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen als Vankel-sängerin oder dergleichen betwundern zu können. Familie Tokelli hat einen Wink bekommen, einen sehr deutlichen Wink, sich die Fäße nicht erst mit Berliner Staub zu beschmieren. Und so kommen die guten Berliner leider um das Kapitalvergnügen, zu sehen, wie furchtbar schnell und dramatisch oft der Weg von Thronen nach den untersten Tiefen führt.

Zu den Wahlen zum Kaufmannsgericht.

Zu dem in Nr. 21 des „Vorwärts“ veröffentlichten Versammlungsbericht über eine vom „Verein der Deutschen Kaufleute“ einberufene Versammlung erhalten wir folgende Zuschrift: „1. Es ist unwohr, daß ich als Versammlungsleiter dem Redakteur Paul Tröger in der Diskussion plötzlich das Wort erteile, nachdem sich schon vorher ein Anhänger der Liste III zum Wort gemeldet hatte, wahr ist dagegen, daß Tröger als 4. Redner, Herr Horn, Vertreter der Liste III, erst als 5. Redner gemeldet war, also auch erst nach Tröger zum Wort kommen konnte. 2. Es ist unwohr, daß mich in der Versammlung der Vorwurf der Mogelei gemacht worden ist, wahr ist dagegen, daß ich erst, nachdem die Zentralverbandsmitglieder den Saal verlassen hatten, erfuhr, welche Gründe sie dazu veranlaßt hatten. Stogried Kaufhäuser, Kaiser-Wilhelm-Straße 27.“

Wir haben diese Zuschrift dem Verfasser des erwähnten Berichts vorgelegt, der daraufhin folgendes erklärt: „Zu 1. Es ist von derschiedenen durchaus glaubwürdigen Personen erklärt worden, daß Herr Tröger erst erschien, nachdem sich ein Redner der Liste III (Zentralverband) zum Wort gemeldet hatte, was Abweigen auch in der Berichtung nicht bestritten wird. Des weiteren steht fest, daß Herr Tröger, kurz nachdem sich der erste Redner der Liste III zum Wort gemeldet hatte, von einem Mitgliede des Vereins deutscher Kaufleute aufgefordert wurde, zu reden. Darauf sagte dieser Herr: „Lassen Sie mich heute nur aufstehen; ich komme eben von einer Sitzung. Reden können Müller und alle anderen, nur verzeihen Sie mich.“

Zu 2. Beim Verlassen des Saales haben verschiedene Mitglieder des Zentralverbandes in sehr energischer Weise lungesat, daß der Vorliegende ihre Meinung nach gemogelt hat. Dies wird ja auch durch den Herrn selbst bestätigt, da er schreibt, daß er nach Verlassen des Saales durch die Zentralverbandsmitglieder davon erfährt. Ist das aber der Fall, so müssen es denn doch andere gehört haben. Für einen Gebühler des Herrn können doch wir keine Verantwortung übernehmen.

Aus dem Verwaltungsbericht der städtischen Heimstätten für 1906, den wir bereits vor einiger Zeit besprochen haben, ist im Hinblick auf unseren Sonntagsartikel: „Heimstätten für Gensende“ die Tatsache nachzutragen, daß in dem Berichtsjahre von den 18 387 M., die sachungsgemäß durch den Freistellensfonds und die Zinsen verschiedener Stiftungen zur Verfügung stehen, 4188 M. überhaupt nicht verbraucht worden sind, durch Reste aus dem Vor-

jahre erhöht sich diese Summe auf 4122 M. Während sich im Jahre 1905 285 Personen auf Kosten des Freistellensfonds usw. aufnehmen ließen, ging die Zahl dieser Personen 1906 auf 205 zurück. Soll es ermöglicht werden, die Zahl der Freibetten zu erhöhen, so müssen natürlich erst die Mittel, die zur Verfügung stehen, aufgebraucht werden. Es heißt, daß bisher noch nie ein Kranker zurückgewiesen worden sei, weil etwa die Mittel für Freibetten verbraucht waren. Es muß aufpassen, daß bei den traurigen Erwerbsverhältnissen diese Einrichtungen nicht mehr in Anspruch genommen werden. Wir können das nur darauf zurückführen, daß weite Kreise der Bevölkerung keine Kenntnis von diesen Dingen haben. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Erwerbung dieser Kenntnis bei.

Ein neuer Mord.

In geradezu erschreckender Weise häufen sich in der letzten Zeit die Mordtaten in Berlin. Ein Kapitalverbrechen folgt jetzt dem anderen, und es sind in den vergangenen Wochen in der Reichshauptstadt mehr Mordtaten verübt worden als in den letzten Jahren. Während die Kriminalpolizei noch auf der Suche nach dem Mörder der Produktenhändlerin Kiehl ist, die am Sonnabend vor acht Tagen dahingemordet wurde, erhalten wir schon wieder die Nachricht von einem Kapitalverbrechen, das im Norden der Stadt auf dem Wedding ausgeführt worden ist. In der Gerichtstraße 8 wurde gestern abend in der sechsten Stunde die 88 Jahre alte Witwe Anna Wiesner mit gekanntem Schadel in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Frau W. ist das Opfer eines Lustmordes geworden. Das Verbrechen ist bereits vor 14 Tagen verübt worden. Es wird uns hierüber folgendes berichtet:

In dem vierten Stockwerk des Quergebäudes des Hauses Gerichtstraße 8 wohnte seit 2 Jahren die 88 Jahre alte Witwe Anna Wiesner in einer bescheidenen Behausung. Die Wohnung bestand nur aus Stube und Küche. Von der Küche führt ein kleiner Korridor nach der Stube. Frau W. ist schon seit einer Reihe von Jahren Witwe. Nach dem Tode ihres Mannes ernährte sie sich anfangs mit Nähen und außerdem vermietete sie an Schlafburischen. Zumeist hielten sich drei Schlafburischen in ihrer Wohnung auf. Sie selbst schlief in der Küche auf einem notdürftig hergerichteten Lager, während die Schlafburischen, zumeist junge Arbeiter, ihre Betten in dem Zimmer, das gleichzeitig auch als Wohnstube diente, strehen hatten. Frau W. unterhielt auch Verkehr mit Männern. Nach den Angaben von Nachbarn erhielt sie öfter den Besuch fremder Personen. Dieser Verkehr sollte ihr jetzt zum Verhängnis werden.

Die Entdeckung des Verbrechens.

Der Mord ist bereits vor 14 Tagen verübt worden. Gestern vor 14 Tagen fand der Schlafburische, der augenblicklich allein in der W.schen Behausung wohnte, bei seiner Rückkehr in dem Zimmer einen Fettel vor, auf dem mit einem Messer folgendes aufgeschrieben war: „Ich bin vier Tage verrestet wegen Todesfall meiner Schwester!“ Der Schlafburische vermutete nichts Verdächtiges unter dem Fettel und er machte sich nun an den folgenden Tagen seine Sachen selbst zurecht. Die Küchentür war von außen verschlossen, und so war der Schlafburische gezwungen, sein Waschwasser usw. bei den Nachbarn zu holen. Die vier Tage verstrichen, doch von Frau W. war nichts zu sehen. Auch die ganze vorige Woche verrann, ohne daß die angeblich Verrestete zurückkehrte. Die Sache kam den Nachbarn nun doch bald verdächtig vor. Allmählich machte sich auf dem Flur ein intensiver Geruch bemerkbar, der aus der Küche herauszudringen schien. Aber man ließ vorläufig noch nichts unternehmen. Gestern abend erschien nun eine Verwandte der W., um die letztere zu besuchen. Als sie den Fettel mit der Nachricht von dem Todesfall las, war sie außerordentlich erstaunt darüber, daß sie nichts von dem angeblichen Todesfall der Schwester erfahren hatte. Man machte sie nun auf den seltsamen Geruch aufmerksam und jetzt schöpfte die Verwandte Verdacht. Man benachrichtigte den Hausbesitzer und dieser ließ die Küchentür durch einen Schlosser öffnen. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick. Im Bett lag die W. als Leiche. Die Leiche war vollständig in eine Decke eingewickelt. Der Schadel war der Formisten von oben bis unten gespalten worden und das Bettzeug sowie die Leiche selbst waren stark mit Blut besudelt. Die ganze Lage der Leiche deutete darauf hin, daß sie zuerst von dem Mörder wegfes gemacht worden ist und dann den tödlichen Streich erhalten hat. Das Verbrechen ist mit einer kleinen Hausarbeit verübt worden. Diese wurde in der Todenuhüllung an der Leiche aufgefunden. Sie ist Eigentum der Ermordeten. Die ganze Situation des Leichensundes läßt erkennen, daß es sich hier um einen Lustmord handelt. In welcher Weise sich das Verbrechen abspielte hat, bedarf noch der Aufklärung. Von den Nachbarn und auch von dem Schlafburischen ist von dem ganzen Vorfall nicht das geringste bemerkt worden und es muß daher angenommen werden, daß der Mörder sein Opfer überrascht und bevor es um Hilfe rufen konnte, hingemordet hat. Auf dem Küchentisch wurde ein vier Seiten langer, mit Blut besudelter Liebesbrief vorgefunden. Es war darin zu lesen, daß der Schreiber die Absicht gehabt hatte, die W. geschlechtlich zu gebrauchen. Wenn sie ihm nicht zu Willen sein werde, so werde er sie, die W., bei der Sittenpolizei zur Anzeige bringen. Auch andere Drohungen waren in dem Schreiben enthalten. Der Brief ist von dem Mörder nach Verübung der Tat mit den blutigen Händen berührt worden. Daß sich der Mordbube bei Begehung des Verbrechens stark mit Blut besudelt hat, geht auch aus dem Umstande hervor, daß in der Küche ein Tuch vorgefunden wurde, an dem er sich die Blutflecke und die blutbespritzten Hände gereinigt hat. Nachdem er dies bewerkstelligt hatte, suchte er das Wohnzimmer auf und schrieb dort den bereits erwähnten Fettel. Dies tat er zweifellos nur aus dem Grunde, um die Entdeckung der Tat so weit als möglich in die Länge zu schieben.

Eine amtliche Bekanntmachung erschien noch gestern abend an den Anschlagpfeilen. Es werden darin für die Ermittlung die üblichen tausend Mark Belohnung ausgesetzt. Die Polizei verfolgt seit der zehnten Abendstunde eine bestimmte Spur.

Der Hausverwalter als „Selbstpolizist“. Aus dem Hause Tilsiter Straße 25a hatten wir berichtet (in Nr. 17), daß der Verwalter Jannusch mit der Familie des Hausreinigers Ganske in Streit geraten sei, und daß hierbei Herr Jannusch die alte Frau Ganske mit einem dicken Knüttel über Schulter und Kopf geschlagen habe. Herr Jannusch hat uns inzwischen einen langen Brief geschickt, der von wütenden Schimpfereien auf die Familie Ganske strahlt und ihr vorwirft, daß sie selber den Streit verschuldet habe. Zu seiner eigenen Entschuldigung führt Jannusch an, die Familie habe doch nicht sofort bei ihrem Einzug von den 30 M. Miete die 15 M. als Hausreinigerlohn abrechnen dürfen, die Miete müsse ja vorausbezahlt werden, den Lohn gebe es aber erst nach gelanter Arbeit. Dieser Hinweis beleuchtet in lehrreicher Weise die Lage der Hausreiniger und ihre Ohnmacht gegenüber den Hauswirten bzw. den Verwaltern. Jannusch erzählt, bei dem Streit sei er selber zuerst von der Familie Ganske angegriffen worden. Speziell von der alten Frau Ganske behauptete er, daß sie ihn mit Wefen und Schrubber bedroht habe. Er vergiht nur, hinzuzufügen, ob sie ihm, dem Herrn Jannusch, ein Härchen gekräumt hat. Leider hat er es auch unterlassen, sich klar darüber auszusprechen, was denn nun der alten Frau Ganske geschehen sei. Wir hatten mitgeteilt, daß er der im 65. Lebensjahre stehenden Frau unier anderem eine star-

Blutende Wunde auf dem Kopf beigebracht habe. Jetzt will Herr Jannusch uns glauben machen, daß die Sache nicht so schlimm verlaufen ist, wie sie aufgebaut wurde. Seinen genau zehn Seiten langen Brief, der vollgepfropft ist mit allen möglichen Beleidigungen der Familie Gansse, schließt er mit der Bitte an uns, unsere Darstellung zu berichtigen. Geschehe das nicht, dann werde er die Angelegenheit, so droht er, der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Mann tut sehr zurecht. Er soll aber froh sein, wenn die Staatsanwaltschaft nicht ihn selber beim Biele nimmt.

Ausnahmsweise in Bäckereien und Konditoreien. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsanwalters über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 werden der 8. Februar, der 3., 14. und 28. März, der 16. und 18. April, der 9. und 23. Mai, sowie der 5. und 6. Juni d. J. als solche Tage festgesetzt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Gefäße und Verklänge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete am Freitag einen Vortragsabend für weibliche Angestellte unter Ausschluß männlicher Zuhörer. In einem Saale des Westens, der voll besetzt war von einem Publikum, das zu zwei Dritteln aus Dienstmädchen und Verkäuferinnen bestand, sprach die hiesige Ärztin Fel. Dr. Gader. Ueber die Gefahren der Unwissenheit auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten. Die Rednerin schilderte die Gefahren des unehelichen Geschlechtsverkehrs für das Mädchen, zumal mit dem gesellschaftlich höher stehenden Manne. Ein solches Verhältnis führe naturgemäß in den seltensten Fällen zur Ehe, da der Mann es eben gerade eingehe, weil er aus irgendwelchen Gründen nicht heiraten kann oder will. Um so häufiger führe es zur Schwangerschaft oder zur Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten, welche in der mittelbürgerlichen männlichen Bevölkerung der Großstädte, wie statistisch nachgewiesen, besonders verbreitet sind. Deshalb müsse man, so traurig es sei, die Töchter des Volkes vor den jungen Männern der bürgerlichen Gesellschaft warnen.

Nach einer Beschreibung der Symptome und der traurigen Folgen der Geschlechtskrankheiten besprach Rednerin die Wichtigkeit der Aufklärung weite Kreise und die Notwendigkeit größter Offenheit und wahrheitsgetreuen Berichtes an den Arzt im Falle einer Erkrankung. Das Leitmotiv der weiteren Ausführungen war der Rat an die jungen Mädchen: Halte Euch für zu gut für flüchtige Liebesabenteuer, die Euer Lebensglück mit schweren Gefahren bedrohen! Der Geschlechtstrieb ist von der Natur in uns gepflanzt, an sich also nichts böses, dessen man sich zu schämen hätte. Um ihn in vernünftigen Schranken zu halten, muß eine Selbsterziehung einsehen. Rednerin empfiehlt die Vermeidung fernw. aufregender Lektüre und Schaulustungen, Enthaltung von Alkohol, besonders in Gesellschaft von Männern, zur Beförderung der Ruhe sportliche Betätigung, Beschäftigung mit den Interessen des Standes und Zusammenschluß mit Berufsgenossinnen zur Hebung desselben; dabei größte mögliche Pflichterfüllung im Beruf, eine Herabminderung der Ansprüche an das Luxusleben, dagegen eine Erhöhung der Anforderungen an höhere Genüsse. Daraus wird sich eine Verfeinerung der Sexualbeziehungen ergeben, und wenn auch das Ideal: eine Frau zeitlich für einen Mann, ein Mann zeitlich für eine Frau! so bald nicht erreicht werden kann, so wird doch durch die Abnahme aller der Prostitution ähnlichen Verhältnisse die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten auf das wirksamste bekämpft werden.

Die Anwesenden folgten dem Vortrage mit gespanntester Aufmerksamkeit und lauten in der Diskussion um Aufklärung über verschiedene Fragen, wie ärztliches Berufsgeheimnis, Verachtung zur Schadenersatzklage usw.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beabsichtigt nach dem vollen Erfolge dieses ersten Versuches auch in anderen Teilen Berlins ebensolche Vortragsabende zu veranstalten.

Drei Kinder beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Zwei schwere Unglücksfälle haben sich am Sonnabend und Sonntag auf dem Tegeler See ereignet. Obwohl die Bahn auf dem Tegeler See bisher nicht freigegeben ist, tummelten sich auf dem Eise des ausgebeuteten Gewässers in den letzten Tagen zahlreiche Erwachsene und Kinder. Gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr geriet der 11jährige Schüler Gustav Schütt, Sohn eines Arbeiters aus Berlin, zwischen Valentinswerder und dem Benschitten in eine offene Stelle und verschwand sofort in den eisigen Fluten. Abends um Zuschauer des Unglücksfalls angestellte Rettungsversuche waren ohne Erfolg.

Am Sonnabendabend wurden die Leichen zweier Knaben geborgen, die am Tage vorher im Tegeler See ertrunken sind. Es sind dies der am 30. Dezember 1893 geborene Schüler Walter Leder und dessen am 10. April 1900 geborener Bruder Wilhelm, die sich, obwohl ihnen dies von ihren Eltern ausdrücklich verboten worden war, auf dem Eise des Tegeler Sees mit einem Schlitten vergnügt hatten. In der Nähe der Siewerthens Badeanstalt gerieten die beiden Kinder auf eine dünne Stelle und brachen ein. Dem älteren Knaben gelang es zwar, sich an dem Eise festzuklammern, doch reichten seine Kräfte nicht aus, sich solange zu halten, bis Hilfe zur Stelle war. Die beiden Brüder fanden ihren Tod vor den Augen zahlreicher Zuschauer.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag gegen 6 Uhr abends an der Ecke der Dreißigwälder und Elbinger Straße. Dort versuchte ein etwa 25jähriger Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, etwa 60 Meter hinter der Haltestelle den Vorderperron des Anhängewagens eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnzuges der Linie 63 zu besteigen, glitt dabei vom Treppentritt ab und geriet unter den Wagen. Die Räder desselben glangen dem Unglücklichen über den Leib hinweg, so daß ihm der Bauch aufgerissen und die Eingeweide freigelegt wurden. Der Schwerverletzte versah auf dem Transport nach dem Krankenhaus Friedrichshagen.

Der Hofsekretär Willi Schwarzenstein ist gestern mittag wegen schwerer Erkundungsfälschung und unter dem dringenden Verdacht des Vatersmordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Zwei Kriminalbeamte brachten ihn in einer Droschke nach dem Untersuchungsgefängnis. Die Ermittlungen sind damit noch keineswegs abgeschlossen. Ein Staatsanwalt und Kriminalbeamte besaßen sich gestern wieder in Rahndorfer Mühle, um dort und im Hofshaus weitere Nachforschungen anzustellen.

Als eine blinde Erfindung hat sich der angebliche Nordversuch an einem Kinde in der Reibstockstraße herausgestellt. Die Kinder haben geschwindelt, um sich vor Strafe zu schützen. Sie geben das jetzt auch zu. Die siebenjährige Elise H. war mit ihrer Schwester Anna und ihrem Bruder Werner zum Rollen ausgehört worden und sollte gleich wiederkommen. Als aber die Kleinigkeit Wäsche gerollt war, bemeyten die Kinder die Gelegenheit, mit anderen noch zu spielen. Nachdem sie so die Zeit verträdelten hatten, belamen sie Angst vor der Mutter und suchten nun eine Ausrede. Dabei kamen sie mit der fünfzehnjährigen Jda Gader auf den Einfall, der Mutter einen Nordversuch vorzuspielen. Die durch die weissen Verbrechen angetriebene Phantasie kam ihnen dabei zu Hilfe, ging aber auch so mit ihnen durch, daß ihre Darstellung von Anfang an nicht glaubhaft erschien. Längere Zeit blieben sie noch bei ihren Auslagen, die sie vorher verabredet hatten. Dabei aber bewirkten sie sich nach und nach in Widersprüche und gesten gefanden sie endlich, daß und weshalb sie die ganze Geschichte erfunden hatten.

Geschlossene Kasse. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß das Liquidationsverfahren über die Allgemeine Deutsche Krankenversicherungsanstalt zu Berlin (Eingeschriebene Gesellschaft Nr. 144), die durch den hiesigen Bezirksauswärtigen, Abteilung II, am 1. Oktober 1907 geschlossen worden ist, wegen Mangel an Mitteln eingestellt und der Liquidator Bethge von seinem Amte als Liquidator ent-

bunden worden ist. Unterstützungsansprüche gegen die Kasse können daher bei der Aufsichtsbehörde keine Berücksichtigung mehr finden.

Feuerwehrbericht. Der Brand eines Kinematographentheaters alarmierte in der Nacht zum Sonntag den 16. Zug nach der Reinindorfer Straße 15. Brandmeister Steiner ließ sofort mit einer Schlauchleitung kräftig Wasser geben, wodurch es gelang, um 12 1/2 Uhr das Feuer zu löschen. Vormittags um 9 Uhr kam in der Risolaitische, wo der 20. Zug in der letzten Zeit schon zweimal zu tun hatte, Feuer aus. Es brannten Sitzbänke. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Der 1. Zug hatte längere Zeit in der Gollnowstr. 12 mit der Beseitigung eines Brandes zu tun, der in einem Lagerraum durch Unvorsichtigkeit ausgebrochen war. Einmal wurde der 9. Zug nach der Hofstraße beordert. Zuerst brannte im Hause Nr. 82 eine Doppelwand mit Holzwohle usw. und dann Nr. 44 der Fußboden, die Walleinlage usw. in einem Emailgeschäße. In einem Verschlage unter der Treppe des Hauses Rudower Straße 3 brannten vorgestern Papierabfälle u. a. und auf dem Reubau Uebungsstr. 47 Küchretter usw. Fingerringe usw. wurden in einem Geschäfte in der Köpenicker Straße 176 ein Raub der Flammen. Wegen eines Wohnungsbrandes rückte ein Zug nach der Mirbachstr. 22 aus. Betten, Möbel usw. brannten dort. In der Lindenstr. 26 hatte sich Gas aus einem Gasometer entzündet. Auf dem Ostbahnhof war ein Wagon mit Kohlen in Brand geraten und Lintenstr. 242 ein Schornstein usw.

In der letzten Nacht gegen 12 Uhr kam aus noch nicht aufgekärter Ursache in der Zeughostr. 9 Feuer aus. Dort stand im 3. und 4. Stock auf dem Hofe das Zwischengebiß einer Tischlerei in Flammen. Diese hatten Breiter usw. erlosch, so daß der 5. Zug kräftig Wasser geben mußte, um den Brand zu löschen. Wegen der Verqualung der Treppen wurde der erste Angriff über einen Hofenleitgang von außen ausgeführt. Der 18. Zug wurde nach der Hofstr. 29 alarmiert. Dasselbe waren Plüschstreifen von einem Kinematographen, der als Spielzeug diente, in Brand geraten. Vorgestern nachmittag um 6 Uhr brannte ein Schornstein des Hauses Gleditschstr. 33 und gleichzeitig hatte dort ein Mann versucht, sich durch Einatmen von Gas zu töten. Die Feuerwehr stieg dem Lebensmüden mittelst eines Wratzischen Apparates Sauerstoff ein und es gelang den Mann zu retten. Ferner liefen noch Alarme aus der Pappelallee 23 und Stoglitzer Straße 60 sowie einigen anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Das Krankentransportwesen in Schöneberg soll am 1. Oktober dieses Jahres in städtische Verwaltung genommen werden. Eine diesbezügliche Vorlage ist der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat vorgelegt. Das Krankentransportwesen soll der Feuerwehr angegliedert werden und unter der Leitung des Branddirektors stehen, unter Aufsicht der Deputation für das Feuerlöschwesen. Zu diesem Zweck wird eine Sanitätsabteilung der Feuerwehr eingerichtet, die in einem eigenen, noch zu errichtenden Gebäude auf dem Hofe der Hauptfeuerwache untergebracht wird. In diesem Gebäude soll gleichzeitig eine öffentliche Wärmehalle angelegt werden. Der Betrieb wird zunächst mit zwei Krankenwagen eröffnet, von denen einer mit Pferden bespannt wird, der andere ein Elektro-Automobil ist. An Kosten für den Transport eines Kranken sollen erhoben werden: für Privatpersonen innerhalb der ersten Zone 8 M., zweite Zone 10 M. Für den Transport eines Mitgliedes einer Krankenkasse soll besondere Vereinbarung mit den hiesigen Krankenkassen bzw. der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte getroffen werden. — Die Kosten der Einrichtung dieses Unternehmens sind auf 55 000 M. veranschlagt.

Steglitz.

Ein üblicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag nachmittag in der Schloßstraße. Ein unbekannter, etwa 50jähriger Mann suchte vor dem Hause 118 den Fahrdamm zu überschreiten, als ein Straßenbahnwagen der Linie D der Westlichen Vorortsbahn herannah. Der Wagenführer gab das Warnungssignal und der Mann blieb daraufhin einen Augenblick stehen. Er glaubte aber doch wohl noch vor dem Straßenbahnzug über die Schienen hinwegzukommen, stand kaum einen Meter von dem Wagen entfernt auf dem Gleis, wurde niedergedrückt und geriet unter den Schuttrahmen. Um den Verunglückten zu befreien, mußte der Wagen angehoben werden, doch konnte der Mann nur als Leiche hervorgezogen werden. Ihm war der Brustkorb eingedrückt und so sein augenblicklicher Tod herbeigeführt.

Ober-Schöneweide.

Die gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins tagte am Sonntag im „Wilhelminenhof“. Der Vorsitzende Genosse R. H. gedachte in kurzen Worten der im verflochtenen Jahre verstorbenen Genossen: Velle, G. Karl, Grätner und Großmann; zu Ehren der Bestorbenen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Der Vorsitzende berichtete dann eingehend über das vergangene Jahr und bemerkte, daß der Vorstand es für seine Pflicht hielt, für den inneren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1906: 587 und stieg bis zum Schluß des Jahres 1907 auf 701, ein schöner Erfolg für die Tätigkeit der Genossen. Stattgefunden haben 10 Vereins- und 9 Volksversammlungen. Die Einnahmen betragen 5842,00 M. und die Ausgaben 5087,17 M. Die Bibliothek enthält 428 Bände, dieselbe wurde von 147 Lesern 93mal benutzt. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten ist von 699 im Januar 1907 auf 1027 im Dezember des verflochtenen Jahres gestiegen. Die Reuewahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: Ruth; Kassierer: Burgschat; Schriftführer: Rodenbusch; Beisitzer: Henjes, Pfeifer, Berger; Revisoren: Reinhold, Kaufhold, Jakobien; Expedient: Grunow; Expeditionskommission: Galatsch, Schneider, Fried. — Bibliothekar: Buge; Lokalkommission: Galatsch, Bielow, Weder; Bezirksführer: 1. Begler Krone, 2. Bremner, 3. Bornitz, 4. Heitel, 5. Feinle, 6. Kamp, 7. Schneider. Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden Schneider, Grunow, Galatsch, Jöbel, Kamp, Buge, Kaufhold und Henjes, Rodenbusch und Reinhold als Stellvertreter, zur Verhandlungsversammlung von Groß-Berlin: Grunow, Seiwilow, Ruth, als Stellvertreter Schneider gewählt.

Teltow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstatteten der Vorsitzende und der Kassierer den Jahresbericht. Danach ist leider ein allenthalten wahrnehmbarer Fortschritt nicht zu vermerken. Sowohl Organisation als auch Presse haben einen kleinen Rückschritt zu verzeichnen. Das muß für die Genossen ein Anlaß sein, mit verstärktem Eifer an die Agitation zu gehen. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß im letzten Reichstagswahlkampf die Behörde unserer Genossen ganz besonders ihr wachames Auge zuwenden hat. Dem Wahlverein sind eine ganze Reihe Strafanträge zugegangen, die weit über 100 M. Kosten verursachten. Die Reuewahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Erster Vorsitzender: Wilhelm Bonow, zweiter Vorsitzender: August Sager, erster Kassierer: Gustav Marx, erster Schriftführer: Karl Dieberstein, Beisitzer: Karl Junker, Revisoren: Franke, Gäwert und Bielow. Lokalkommission: W. Kehler und W. Haupt. Bibliothekar: W. Krape. — Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Franz Bielow und August Sager gewählt. Eine lebhafteste Debatte rief noch der Verlauf der letzten Stadtverordnetenversammlung hervor. Genosse Röder kennzeichnete das Gebahren der Bürgerlichen, die es einem unserer Genossen unmöglich machten, der Tiefbaukommission anzugehören. Auch die Aufnahme einer Nachtragsliste in Höhe von 100 000 M. war Gegenstand eingehender Kritik.

Rudow.

Die Jurist vor dem roten Gespenst.

Die bevorstehenden Gemeindevahlen haben bereits die Bürgerlichen auf den Plan gelockt. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie immer mehr bemächtigt ist, wenn auch unter den elenden Bedingungen und Perspektiven des Dreiklassenwahlrechts, Kommunalpolitik zu treiben, bringt die bürgerlichen Hausbesitzer außer Rand und Band. Namentlich dort, wo es bisher den bürgerlichen Parteien gelang, auch die dritte Wählerklasse zu bestimnen, werden alle Mittel angewendet, um das Eindringen der Sozialdemokratie auch in Zukunft zu verhindern. Und der Mittel gibt es nach unserer Landgemeindevorstellung noch vorzüglich namentlich in solchen Orten, deren Grund und Boden der Bebauung nur zum geringen Teil erschlossen ist. Da können die Grundstücksbesitzer, selbst wenn dieselben nicht am Orte wohnen, wählen. Und daß diese ihre Stimmen nicht einem Sozialdemokraten geben, liegt auf der Hand, denn dieser vertritt die Interessen nicht der Grundstücksbesitzer, daher die Angst vor der Wahl eines solchen. Vor uns liegt ein Jurist, das beredete Zeugnis dafür ablegt, mit welchen Mitteln die Gegner bereits arbeiten. Das Formular ist gerichtet an eine Rudower Grundstücksbesitzerin, wohnhaft in Berlin W. und hat folgenden Wortlaut:

In der nächsten Zeit finden in Rudow Wahlen zur Gemeindevorstellung statt. Die Unterzeichneten erlauben sich daher, im Einverständnis mit Herrn Gemeindevorsteher Kassante, Ihnen als Grundstücksbesitzerin und Wahlberechtigter der 3. Klasse eine Vollmacht zu übersenden mit der Bitte, um Rückgabe nach Vollziehung derselben. Ein Zusammenhalten der bürgerlichen Eigentümer ist erforderlich, um die dritte Abteilung nicht den Sozialdemokraten auszuliefern. Wir bemerken höflich, daß der Bevollmächtigte der Administrator des früheren Rittergutes Rudow ist, der im oben angegebenen Sinne die Vollmachten verwenden wird.

Es wird gebeten, das Datum der Vollmacht nicht auszufüllen, daselbe wird diesseits nachträglich gefüllt, um Schwierigkeiten bei der Versteigerung zu vermeiden. Alle Kosten der Vollmacht tragen die Unterzeichneten.

Für baldige Rücksendung der Vollmacht sind wir zu besonderem Danke verpflichtet.

Dachstuhlsvoll

Vernhard Schwarz, Paul Dobrinowicz, Gerichtsassessor a. D., Dr. jur. Direktor.

Das originellste an diesem Schriftstück ist, daß es im Einverständnis mit dem Gemeindevorsteher übersandt ist. Das läßt eine Beeinflussung der Wahl gleich und wäre ein Grund der Ungültigkeitserklärung derselben. Vielleicht äußert sich der Gemeindevorsteher einmal hierzu. Immerhin zeigt das Beispiel unseren Genossen klar, daß auch sie ihre Vorbereitungen danach einzurichten haben.

Alt-Ollendide.

Der Bau eines neuen Knabenschulhauses war in der letzten Gemeindevorsteherwahl Gegenstand längerer Beratungen. Die gesamte Lehrerschaft und Schullektoren sowie der Bauinspektor und andere Sachkundige wählten den Verhandlungen bei. Das neue Schulhaus soll hinter dem früheren Knabenschulhaus, auf den jetzt der Gemeinde gehörenden zwei Grundstücken, errichtet werden, und zwar mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen, wie Bad, Turnhalle usw. Es soll Erdgeschos und drei Stockwerke mit 16 Klassenzimmern sowie Rektorwohnung, Schuldienerwohnung, Aula usw. erhalten. Das größere Grundstück soll nur für das Schulhaus benutzt werden, während auf dem kleineren die Turnhalle errichtet werden soll. Diese Trennung ist deshalb gedacht, damit die Turnhalle allen Sportfreunden zur Verfügung gestellt werden kann, und zwar ohne Unterschied der Partei. Einigen Bürgerlichen schien dieser Plan nicht zu passen, weil sie meinten, es solle versucht werden, ein anderes Grundstück für diese beiden einzutauschen, um somit Turnhalle und Schule in einem Gebäude unterbringen zu können. Unsere Genossen haben daher alle Ursache, dafür einzutreten, daß an dem ersten Projekt festgehalten wird.

Zossen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstatteten der erste Vorsitzende, Genosse R. Schulz, sowie der Kassierer, Genosse Fröh Saupé, ihren Jahresbericht. Es fanden statt: 8 öffentliche, 12 Mitgliederversammlungen und 2 Flugblattverteilungen. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 96. Der Kassenbericht weist eine Jahreseinnahme von 344,52 M. und eine Ausgabe von 340,60 M. auf. Die Reuewahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Willi Gieske, erster Vorsitzender; Hermann Wilmann, zweiter Vorsitzender; Fröh Saupé, Kassierer; W. Sandmann, Schriftführer; Bernhard Schulz, Beisitzer. Als Revisoren wurden die Genossen Dornbusch und Schersch, in die Lokalkommission die Genossen Ernst Körnbeck und Lorenz Voigt gewählt. Von dem Vorsitzenden wurde aufgefordert, sich an allen Parteiarbeiten lebhaft zu beteiligen. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über die Berliner Polizeialten anläßlich der Wahlrechtsdemonstration am 12. Januar. Zum Schluß wurde durch die Annahme einer Resolution den Genossen Berlins für ihr tatloses Verhalten volle Anerkennung ausgesprochen und das gefasste widerwärtige und unbedachtigte Vorgehen der Polizei scharf verurteilt.

Spandan.

Am Sonnabend, den 25. Januar ist unser Parteigenosse Maurer Karl Gospodar im Alter von 58 Jahren verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Pichelsdorferstr. 61 aus statt. Die Parteigenossen sammeln sich 2 1/2 Uhr im Lokal von Jagle, Pichelsdorferstr. 61. Es wird um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Briefkasten der Redaktion.

Die fünfte Ausgabe des Rudow Anzeigers Nr. 3, zweiter Hof, zweites Eingangs, vier Erdben, 1897, Jahrgang 1897, wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends hat. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Ausgabe um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Ausgabe vor.

N. 3. 83. Sie würden Ihren Anspruch innerhalb eines Jahres durch einen Anwalt beim Gericht geltend machen können. Zweck Selbsterhaltung Ihres Anspruchs lassen Sie sich das Armenrecht vom Gericht geben. — N. 3. 23. Es könnte auf Gefängnisstrafe erkannt werden. Wenn Sie aber beweisen, daß der Sachverhalt so war, wie Sie dargelegt haben, werden Sie wahrscheinlich mit Geldstrafe davonkommen. — N. 3. 121. Machen Sie einen Versuch mit dem von Ihnen genannten Gewerbe. — G. 11. 36. 1. Beratung muß innerhalb einer Woche von der im Anwesenheit des Angeklagten erfolgten Verurteilung des Urteils ab dem Gericht einlegt werden. 2. Kein. 3. Für eine Verurteilung genügt es zu schreiben: An das Amtsgericht (oder wie sonst das Gericht heißt, das die Verurteilung ausspricht). Wegen das Urteil vom so und so vielen Tage ist Verurteilung ein. Diese Schrift ist zu unterschreiben. — J. 29. 2. 2. Die Steuer wird extra erhoben. — G. 11. 1885. 1 und 2 Ja. 3. Kein. — N. 3. 33. Ja, zum mindesten ist eine Verurteilung wahrscheinlicher als eine Abweisung. — N. 3. 1. Sie müßten eine Aufforderung erhalten. 2. Amtsgericht Wedding. — Werte 200. Von dem Augenblick der Verurteilung ab; eine Altersrente besteht nicht. — W. 11. 1908. Wenden Sie sich an den Magistrat. — N. 3. 113. 1. Nur mit Zustimmung des Fürsorgeberechtigten. 2. Es müßte dargelegt werden, daß der Grund für die Härtevergeßung ist 3. und 4. Ja. — W. 11. 46. 1. Kein. 2. Ja. — G. 25. 1. Ja. 2. Sie müßten beim Amtsgericht klagen. 3. Die Inflation ist nicht plausibel. Die Sachen einzubringen wäre zwecklos, da sie, sobald sie unrentabel sind, nicht eingehalten werden können und auf dem Wege, sie zu Geben zu machen, mehr Kosten verlieren gehen, als die Forderung beträgt. — J. 100. Kein. — C. 23. 100. Sie müßten mit dem Vormund des Kindes einen Abnahmevertrag schließen. Dieser Abnahmevertrag ist notariell oder gerichtlich zu schließen, aber nur möglich, wenn Sie selbst keine ehegenen Kinder haben.

Dann ist die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nachzuführen und gleichzeitig um Dispens von dem Alterserfordernis. — R. 3. 30.
 1. Wenden Sie sich an einen Notar, der die Vormundschaft über Sie zu übernehmen bereit ist. — R. 3. 30.
 2. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 3. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 4. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 5. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 6. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 7. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 8. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 9. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.
 10. Wenden Sie sich an die „Premer Bürgerkammer“. — R. 3. 666.

wenden, wenn der Vormund nicht ohne weiteres die Zustimmung zur Herausgabe erteilt. — R. 3. 56. Der Chef hat durchaus dem Gesetz entsprechend gehandelt. Ihre Frau hätte seinen Rat befolgen sollen. — R. 3. 1. Der Grund kann nicht mehr als Eheverbotungsgrund geltend gemacht werden, weil er länger als sechs Monate zurückreicht. Wenn Sie einen anderen Grund haben, insbesondere Ehebruch, so wählen Sie zunächst Sühnetermin bei dem Amtsgericht stellen, in dessen Bezirk der Ehemann wohnt. Zu dem Sühnetermin müssen Sie erscheinen, sodann erwirken Sie das Armenrecht und lassen die eigentliche Eheverbotungsklage durch einen Anwalt anstellen. — R. 3. 1. **Abonnement 500.** Wenden Sie sich direkt an den Magistrat. — R. 40. Soweit aus Ihrer Darlegung ersichtlich, sind die Erben zu

einer Abgabe nicht verpflichtet. Wiederholen Sie eventuell die Frage unter Darlegung, wer Erbe geworden ist, was dieselben in Empfang genommen haben, ob eine gerichtliche Erteilung stattgefunden hat, oder irgend eine Auseinandersetzung. — R. 3. 85. Ja, aber es dürfen durch keine Kläuber benachteiligt werden. Kläuber sind auch diejenigen, die noch nicht gelagert haben, denen aber eine Forderung zusteht. — R. 3. 100. Sie sind im Irrtum. Die Kammerjagd mittels Fretzens dürfen Sie nur ausüben, wenn Sie die Zustimmung des Grundeigentümers und des Jagdberechtigten haben. — R. 3. 33. Das Angezogene eventuell noch ein Teil mehr bleibt dem Anwalt. — R. 3. 20. 1. Unzulässig; Zustimmung von Polizei und Bezirkskommando ist erforderlich. 2. Ja.

Sozialdemokrat. Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
 (Frankfurter Viertel),
 Bezirk Nr. 300.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Schuhmacher
Wilhelm Band
 Bahlsenstr. 9
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 28. Januar, nach-
 mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Marien-Kirchhofes
 in Wilhelmshagen aus statt.
 216/11 Der Vorstand.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege, Tischler
Otto Steinmann
 am 24. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 28. Januar, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des neuen Jakob-Kirchhofes
 in Niddorf, Hermannstraße, aus
 statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
**Mittwoch, den 29. Januar 1908, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof,
 Rosenthaler Straße 11/12:**
Versammlung
 der chirurgischen und technischen Hartgummi-
 Drechsler.
Tages-Ordnung:
 1. Die Lage in der technischen Hartgummi-Branchen. 2. Bericht von der
 Drechsler-Konferenz. 3. Diskussion.
 Die Kollegen der technischen Branchen werden auf den ersten Punkt der
 Tages-Ordnung besonders aufmerksam gemacht, es ist deshalb das Erscheinen
 sämtlicher Kollegen notwendig.
**Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Meyers Bekkafen,
 Sebastianstraße 39:**
Versammlung
 der Gold- und Silberarbeiter und verwandten
 Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Kubig über: „Soziale Gegensätze“. 2. Dis-
 kussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Die Kollegen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung zu
 sorgen.
 111/6 **Die Ortsverwaltung.**
 Unser diesjähriges Winterfest findet am 22. Februar statt.
 Billets sind in der Versammlung zu haben.

Stabliß. Pharus-Säle
 Berlin N. 65.
 Inhaber: **Wernau.**
 Sebenswertes
Wihl. Busch-Restaur.
 Züglin:
**erst-
 klassiges Künstler-
 Frei-Konzert**
 Säle, 1200—1500 Berl.
 an Vereine Sonnabds,
 u. Sonntags zu vergeb.

Nur einmal jährlich!
Inventur-Extrapreise
Gardinen
 abgepaßte Fenster,
 weiß und creme
 Schallänge pro M. 2 85
 2,75 Mtr. pr. M. 2 85
 Schallänge pro M. 4 85
 3,20 Mtr. pr. M. 4 85
 Eleg. Point-lace-
 Gardinen, pr. M. 5 85
 Eleg. Sezessions-
 Tüll-Stores M. 1 75
 Gestickte echte
 Spachtel-Stores M. 7 85
 Goldfarb. reich-
 gestickte
 Band-Stores M. 3 85
 Tüllbett-Gr. 180/220
 decken cm M. 2 35
 Reichgest. Erbs-
 tüllbettdecken M. 6 25
 Elegante Tüll-
 Bettrückwände M. 5 85
 Brise, Bisse (Scheibenschleier)
 Stück 0,22 Pf. (Wert 0,50 Pf.)
Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
 Unter- nirgends Filialen!
 halte Nach auswirts per Nachnahme
Inventur-Extralistie
 billiger Sonderangebote
 gratis und franko.

Verband der Kupferschmiede
 Deutschlands. Filiale Berlin 1.
 Allen Kollegen zur Nachricht,
 daß am 25. Januar der Kollege
August Birr
 im Alter von 47 Jahren an Brust-
 krebserkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mit-
 twoch, den 29. Januar, nach-
 mittags um 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Marien-Kirchhofes
 in der Schornweber-
 straße aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
 100/1 Die Filialverwaltung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen und Kolleginnen
 zur Nachricht, daß unser Mitglied,
 die Metallarbeiterin
Anna Schimke
 gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 28. Januar, nach-
 mittags 1 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Marien-Kirchhofes
 in der Schornweber-
 straße, aus statt.
 Rege Beteiligung erwünscht
 111/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowki, Andreasstr. 26:
Versammlung
 aller in der Näh- und Damenschreibstiftbranche be-
 schäftigten Kollegen.
 Sämtliche Kollegen dieser Branche haben zu erscheinen. Die
 Kollegen der Firma Knapp, Rüdersdorferstraße 11, werden hierdurch
 besonders eingeladen.
 78/24 **J. U.: Die Kommission.**

Neuer Vorteil
 für Berlin u. Vororte.
 Wegen getrossener Disposition
 fürs Frühjahr 1908 hält das
 Versandhaus Stralauerstraße 28,
 hochparterre, a. Molkenmarkt,
Ausverkauf
 sämtlich Winterpaletots
 und Anzüge, die aus Maß-
 stoffen aufgearbeitet, zu Kläu-
 mungspreisen, auch gegen
 wöchentliche Teilzahlung von
 1 Mark an.
 Zwecks Maßanfertigung be-
 such Sie auf Wunsch unser
 Stadtreisender mit Mustern.
Kein Waren-Kredithaus.
 Reelle Bedienung.
Auch Sonntags geöffnet.

Fabrikräume
 180 qm, Reinholdsdorfer Str. 105,
 im ganzen oder geteilt, auch für
 Lagerzwecke, feiner Lagerkeller der
 1. April 1908 oder früher mit Kraft-
 anschluss billig zu vermieten.
 Verwalter **Sandmann, Garten-
 16992*** streße 85.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
 Am 24. Januar starb nach
 längerem Krankenlager im Alter
 von 67 Jahren unser Mitglied,
 der Zimmerer
H. Mücke.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 28. d. M., nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Emmaus-Friedhofes
 in Britz aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 27695 Der Vorstand.

Allen lieben Freunden und Be-
 kannten die traurige Nachricht, daß
 meine liebe Frau
Albertine Höfler
 geb. **Kunspol**
 am 25. Januar um 2 1/2 Uhr ge-
 storben ist.
 Der trauernde Gatte
Wilhelm Höfler,
 Waldstraße 50.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 28. d. M., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Helland-Kirchhofes im
 Wilmersdorf aus statt. 27615

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowki, Andreasstr. 26:
Versammlung
 aller in der Näh- und Damenschreibstiftbranche be-
 schäftigten Kollegen.
 Sämtliche Kollegen dieser Branche haben zu erscheinen. Die
 Kollegen der Firma Knapp, Rüdersdorferstraße 11, werden hierdurch
 besonders eingeladen.
 78/24 **J. U.: Die Kommission.**

Flumen- und Franzbinderri
 von **Robert Meyer,**
 nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neues Katalog
 m. Empfehlung viel Aorte u. Prof. grat. u. f.
 H. Unger, Gummivarwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.
Bege-Hühner
 garantiert junge beste Lege, a 2,50
 und 3,00 M., verkauft **Wegner,**
 Berlin SO., Mariannenstr. 34.
 Empfehle den weiten **Restaurant.**
 Genossen mein **Restaurant.**
 Vereinszimmer, 50 Berl. fassend.
 Bürgerlicher Mittagstisch.
Karl Stephan, Straße 60.

Vereinigung der Fliesenleger
 und Hilfsarbeiter Berlins.
Abteilung I.
Nachruf!
 Sterblich den Kollegen zur
 Kenntnis, daß unser treues Mitglied
Johann Hanigk
 am 24. Januar an der Prostatier-
 krankheit im Alter von 19 Jahren
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 28. Januar, vor-
 mittags 10 Uhr, vom Gedwigs-
 Krankenhaus aus auf dem
 Sebastian-Friedhof in Reinhold-
 dorfer-West, Humboldtstraße, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 282/9 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Sage hiermit allen Freunden und
 Bekannten, insbesondere den Genossen
 des Wahlvereins und dem Arbeiter-
 Gesangsverein zu Britz für die rege
 Beteiligung bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes **August Ringe**
 und für die vielen Kranzsenden und
 Beileidsbezeugungen meinen tief-
 gefühltesten Dank. 27629
Wwe. Wilhelmine Ringe.
Danksagung.
 Für die bei der Beerdigung meines
 Mannes bewiesene Teilnahme sage ich
 allen, insbesondere der Abteilung des
 Meisters **Schumann,** meinen Dank.
Frau Dobbrick.

Achtung! Steinscher Achtung!
Groß-Berlins Unterbezirk Norden.
**Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, bei Frisch,
 Badstraße 12:**
Unterbezirks-Versammlung
Tages-Ordnung:
 Besprechung des Arbeitsnachweises.
 Das Erscheinen jedes Kollegen ist dringend erforderlich.
 175/1 **Der Vorstand. J. U.: W. Schwab.**

Berliner Eisenmöbel Fabrik
CARL SEIFFERT
 Patent-Matratzen
 Chaiselongues
 etc.
Grosse Frankfurterstr. 135
 Kein Laden.
 Verkauf Hof-Quer-
 gebäude 1. Trepp

Hygienische
 Bedarfsartikel,
 Gummivarware, 1000e Anerk.
 V. Prof. u. Aort. empf. bill.
 Apoth. S. Schweitzer's Fab.
 hyg. Präp., Berlin O., Holz-
 marktstr. 69-70. Off. verl. ang.

Zentralverband
deutscher Brauerei-Arbeiter.
 Zweigverein Berlin. Sektion II.
 Am 26. Januar starb nach langer
 schwerer Krankheit der Mitarbeiter
 (Brauerei Schweiggarten)
Robert Hoffmann
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donner-
 stag, den 30. Januar, nachmittags
 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Georgen-Kirchhofes in Westensee,
 Köllnische Straße, aus statt. 42/6
 Rege Beteiligung erwünscht
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung unseres
 lieben Leichenführers **Marlechen**
 sagen wir allen Beteiligten unseren
 innigsten Dank.
 Berlin **Julius Sobotta**
 nebst Frau geb. **Witte**
 und Tochter.
 27635

Achtung! Tapezierer! Achtung!
**Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Wendt, Beuthstraße 21 (Industriefesthalle):**
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Neuwahl des Geschäftsausschusses.
 2. Ersatzwahl der Beisitzer zum Zunungsschiedsgericht.
 Zahlreiches Erscheinen erbitet **Der Geschäftsausschuss.**
 Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß ich das
Restaurant Rieb, Danziger Straße 93,
Adolf Buhl.
 künftlich erworden habe.
 Um geneigten Zuspruch bitte!
 NB. Vereinszimmer (50 Personen) einige Tage in der Woche noch frei.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
 Engel-Ufer 5.
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1532L*
 Amt 4, 3014.

Paul Obiglio's Festsäle
 Schwedterstr. 23/24.
 Jeden Dienstag: Gr. humoristische Soiree
 der **Otto Steidels Hamburger Sängers.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. 17472*
 Kleiner Saal mit Bühne noch einige Sonn-
 abende frei. 3 Vereinszimmer mit Pianino für Gesang-
 vereine usw. einige Tage noch zu vergeben.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Schmied
Richard Gung
 gestorben ist. 111/6
Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 14752*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2. 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Gummivarware jeder Art
 billigste Bezugsquelle
Drogerie Weinberg's Weg 1
 direkt am Rosenthaler Tor.

Achtung! Vereine!
 Arbeitervereine aller Art, die in hiesigen Theatern für ihre Mit-
 glieder Vorstellungen veranstalten oder eine größere Anzahl Billets
 kaufen wollen, wird dies billigt besorgt durch
 104/1 **Aug. Liebisch, Holzmarktstraße 48.**

Leih-Haus Friedrich-Karl-Platz 12
 Reichl. v. Brillant, Gold- u. Silberfach.
 Uhren, Büch., Wäsche, Kleidungsst. etc.

Carré-System.
Berliner Schneider-Akademie
 von
Rudolf Maurer (Inhaber Alfred Maurer)
nur W., Friedrichstr. 65 a
 Ecke Mohrenstraße. 1564L*
 Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue Tages- und
 Abendkurse.
 Bitte die Firma und Straße genau zu beachten. Es
 gibt nur eine Akademie von Rudolf Maurer hier am Platze.

Engelhardt-Malzbier das beliebteste,
 überall käuflich.
 Preis 10 Pi. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
 Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Der Wahlrechtskampf und die Frauen.

Genossin Zetlins Referat in den drei Versammlungen lag im wesentlichen folgender Gedankengang zugrunde.

Die Rednerin erinnerte einleitend daran, daß drei Jahre verfloßen sind seit dem Beginn der glorreichen russischen Revolution. Im Januar 1905 stand in Rußland, dem letzten Ort des Absolutismus in Europa, das Volk auf, um in einem langen, heldenhaften Kampfe seine Ketten zu brechen. Später als in den Ländern Westeuropas hat kein Kampf um politisches Recht begonnen, weil in Rußland die wirtschaftliche Entwicklung später eingesetzt hat, die mit Notwendigkeit zum Sturz des Absolutismus und zu modernem politischen Leben führt. Es bezieht sich auf die Zustände in Preußen, daß in dieser weltgeschichtlich bedeutsamen Zeit die wertvolle Masse noch für ihre politische Gleichberechtigung kämpfen muß. Preußen gehört zu den industriell entwickeltesten Ländern der ganzen Welt, sein Proletariat ist aber trotzdem noch dank der Dreiklassenwahlrecht ein politischer Gelot, ist ausgeschlossen von dem ihm gebührenden Einfluß auf die Gestaltung des politischen Lebens, ausgeschlossen durch ein Wahlrecht, das nicht ist als ein politischer Schutzwall der herrschenden Klassen, ohne Unterschied, ob sie von Geburts- oder von Geldadignitäten sind. Das proletarische Rechtsbegehren hat Wilton im preussischen Abgeordnetenhaus mit einem brutal offenen Nein beantwortet. Die konservativen Parteien dieses parlamentarischen Großreiches haben ihm zugejubelt und die verkappten Reaktionen des bürgerlichen Liberalismus haben das allgemeine Wahlrecht in einem lässlichen Scheingefecht erbärmlich in Stich gelassen. Und mehr noch. Im Reichstag hat sich in der Hauptsache der gleiche Vorgang wiederholt, verschärft noch durch die beispiellose Provokation des Proletariats und der Sozialdemokratie durch den Reichstagsführer. Wohl hat sich der Freisinn verschiedener Couleur mit den Lippen prinzipiell zum allgemeinen Wahlrecht bekennt. Aber sogar das mit einer gewissen Reserve. Herr Schröder, einer der „ganzen, vollen, unentwegten“ Wahlrechtsfreunde hat — sofern die Verträge richtig sind — von der Einführung eines Wahlrechts in Preußen gesprochen, das sich „dem Reichstagswahlrecht annähert“. Für die Praxis aber sind die freisinnigen Fraktionen dem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht in den Rücken gefallen. Sie haben auch in ihrem entschiedensten Flügel die Niederbittlung der Wahlrechtsdemonstranten durch den Polizeichef gebilligt, sie haben die Konfignierung des Militärs gutgeheißen. Nichts trüger daher und von bürgerlicher Verlehrung der Begriffe zeugend, als Wilton für den „Vater aller Hindernisse“ gegen die Einführung des Wahlrechts zu halten. Es heißt dies einen historischen Hergang überschauen, der nicht ist als das Sprachrohr einer Regierung, die ihrerseits die Geschäftsführerin der besitzenden und ausbeutenden Klassen ist. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht für Preußen reicht in seiner Bedeutung weit über das Land hinaus. Er ist in Wirklichkeit ein Kampf aller revolutionären Kräfte gegen alle reaktionären Mächte in ganz Deutschland. Das klassenbewußte preussische Proletariat steht im Vordertreffen des Kampfes, dieser wird aber je länger je mehr zu einem Kampfe der Ausgebeuteten im ganzen Reiche für politisches Recht, für politische Macht werden. Es trägt sich nun, soll in einem so bedeutamen Kampfe das Proletariat das Banner des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms entfalten oder soll es sich mit dem bescheidenen, zerstückelten und besudelten Fahlein bürgerlicher Wahlrechtsforderungen begnügen?

Die Rednerin behauptet entschieden die erste Frage und beschäftigt sich besonders eingehend mit zwei Forderungen des sozialdemokratischen Wahlrechtsprogramms: der Herabsetzung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung auf die Großjährigkeit und dem Frauenwahlrecht. Sie begründete die Gewährung des Wahlrechts auf die Großjährigkeit mit dem Hinweis auf das frühe Alter, in dem nachweislich die jugendlichen Proletarier als Ausgebeutete den Kampf um die Existenz selbständig aufnehmen müssen und auf die statistisch erwiesene geringe durchschnittliche Lebensdauer im Proletariat. Das Verbot von der „mangelnden Reife“ des großjährigen Proletariats fertigte sie scharf ab, indem sie ihm die „Reife“ zur Militärpflicht mit 20 Jahren, die Reife der Prinzen zur Regierung mit 18 Jahren und die „Reife“ zum Verständnis kirchlicher Dogmas mit 14 Jahren gegenüberstellte. Zur Forderung des Frauenwahlrechts betonte sie, daß der eingeleitete Wahlrechtskampf selbst den Beweis für die Berechtigung dieser Forderung und die politische Reife großer Schichten des weiblichen Proletariats erbracht habe. Als Forderungen und Kampfbünde stehen die Frauen zu vielen Tausenden im Wahlrechtskampfe. Und das ist das Bedeutsame: nicht in einem Kampfe der Geschlechter streben sie nach Frauenrecht allein; nein, im Kampfe der Ausgebeuteten wider die Ausbeuter kämpfen sie für gleiches Recht für Mann und Weib. Die Beteiligung der Frauen ist eines der charakteristischsten Merkmale des Wahlrechtskampfes. Die Gegner behaupten, sie sei lediglich das Ergebnis der sozialdemokratischen „vergehenden“ Agitation. Wir geben mit freudigem Stolze zu, daß unsere Agitation das ihrige dazu getan hat, die Frauen als zielbare Kämpferinnen in Reih und Glied des proletarischen Emanzipationskampfes zu stellen. Aber hier konnte nur Erfolg haben, weil das wirtschaftliche und soziale Sein der Frauen und mit ihm das Bewußtsein derselben revolutioniert worden ist. Die Rednerin skizziert das Werk des größten Revolutionärs aller Zeiten, der wirtschaftlichen Entwicklung, das in dieser Beziehung sich vor unseren Augen in Gestalt der fortschreitenden Verwandlung der Frau aus einer Hausmutter in eine Berufstätige vollzieht. Sie erörtert die Faktoren, welche in der Industrie die technische Möglichkeit der Frauenarbeit schaffen, im Proletariat den Zwang dazu, in der Kapitalistenklasse das Streben nach Ausnützung weiblicher Arbeitskraft auf größter Skalenleiter. Sie weist die grundsätzliche Bedeutung der wirtschaftlichen Loslösung der Frau vom Haushalt und der Familie nach und ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Der Weg der Frau als Berufstätigen, der durch die Wästen der Hungerlöhne und die Stümpe der Prostitution führt, der mit Tränen und Blut besudelt ist, führt zur Anerkennung des Rechts der Frau als Persönlichkeit und zur sozialen Mündigkeitserklärung des weiblichen Geschlechts. Prinzipiell bedeutet das Wahlrecht diese soziale Mündigkeitserklärung, praktisch ist es ein Mittel zur Verteidigung der Interessen. Als Berufstätige wie als Mutter gebührt der Frau das Wahlrecht auf Grund ihrer sozialen Leistungen. Gerade das Proletariat muß richtig bewerten, was die Frau als Mutter für die Zukunft der Klasse, der Menschheit leistet. Es weiß, daß nicht Sklaven, welche die Ketten brechen, die sozialistische Zukunftsgesellschaft aufbauen, sondern körperlich, geistig und sittlich starke Menschen. Die Frau, die dem siegreichen Klassenkampfe des Proletariats ein Geschlecht höchster Kampfbereitschaft gebären und erziehen soll, Bürger im höchsten Sinne des Wortes, muß selbst Bürgerrecht besitzen und Bürgerpflicht üben. Aber auch die Bewirkung des demokratischen Grundgesetzes, daß alle erwachsenen Mitglieder der Gesellschaft gleich verpflichtet und gleich berechtigt seien, begründet die Einführung des Frauenwahlrechts. Alle Kräfte gilt es, dem Wohle der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Frau aber hat dank ihrer Eigenart im öffentlichen Leben ihre eigenen geistigen und sittlichen Werte zu betätigen. In dem die Rednerin diesen Gedankengang erläuterte, wendete sie sich gleichzeitig gegen die bürgerliche Auffassung, daß die Mitarbeit der Frauen in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften eine neue Ära durchgreifender Reformen einleiten werde. Die Betätigung der Frauen im öffentlichen Leben wird im Zeichen der Klassengegenseite und des Klassenkampfes stehen. Nicht im Wirken einzelner mehr oder minder begabter Frauen ruht der Schwerpunkt ihrer Bedeutung, sondern in der Entfesselung des politischen Lebens der weiblichen Klassen. Politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts belagt Klassenkampf auf höherer Stufenleiter. Nach der Erörterung der Auswirkung davon auf den proletarischen Klassen-

Kampf charakterisierte die Referentin den grundsätzlichen Unterschied in der Bedeutung des Wahlrechts für die bürgerlichen und die proletarischen Frauen: als Mittel, die kapitalistische Gesellschaft zu stützen und zu stützen für jene, als Waffe, sie zu stürzen und zu überwinden für diese. Im Anschluß an die betreffenden Ausführungen setzte sie sich unter Anführung von Tatsachen mit dem Verhalten der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zum allgemeinen Wahlrecht überhaupt und zum preussischen Wahlrechtskampf im besonderen auseinander. Sie bezeichnete es im Grunde als einen Reflex des Verhaltens des Liberalismus zur Wahlrechtsfrage. Während die liberalen Parteien heute — von einzelnen Politikern abgesehen — das Frauenwahlrecht ablehnen, sind Tendenzen am Werk, welche, wie alle bürgerlichen Parteien bestimmen, früher oder später unter dem Druck des Klassenkampfes für das beschränkte Frauenwahlrecht eintreten, dessen reaktionäres Wesen von der Rednerin klar beleuchtet wurde. Diese begründete darauf, daß die zunehmende Verhärtung des Klassenkampfes der Beteiligung der Proletarierinnen am proletarischen Emanzipationskriege eine wachsende Bedeutung beilege, sie zur Lebensnotwendigkeit werden lasse. Der weitere Verlauf des preussischen Wahlrechtskampfes, der sich voranschreitend nicht schnell mit einem einzigen großen Schläge entscheiden werde, werde diese bestätigen. Das proletarische Klasseninteresse verlangt, daß im preussischen Wahlrechtskampfe die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, aller politisch Entschlossenen verfehlt. Je größer das Heer Rechtloser, das an dem Kampfe interessiert ist, um so breiter und fester die Basis, auf der sie steht, um so größer die Macht, mit der sie zum Schläge ausfallen kann. Auf der anderen Seite trägt die Forderung des Frauenwahlrechts wie kaum ein anderer Punkt unseres Wahlprogramms Zwietracht und Verwirrung in die Reihen der Gegner, denn sie berührt den sozialen Gegensatz zwischen Mann und Frau der besitzenden Klassen. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Konflikte in der bürgerlichen Welt auf die Spitze zu treiben und auszunutzen. Am erhebt sich aber eine Frage: Wird durch das Aufrollen des sozialen Konfliktes, der für die bürgerlichen Klassen mit dem Frauenwahlrecht verbunden ist, nicht die Kraft der liberalen Elemente geschwächt, die unter Umständen Kampfgesossen der Sozialdemokratie im Ringen um das allgemeine Wahlrecht sein könnten? Soll daher die Sozialdemokratie nicht aus Rücksicht auf bürgerliche Wahlrechtsfreunde die Forderung aus dem Kampfe zurückstellen? Die Rednerin verneinte diese Frage energisch. Sie führte aus, daß die betreffende Taktik darauf hinauslaufen würde, starke Quellen der proletarischen Kraft zu verflüchten wegen einer Bundesgenossenschaft mit der Schwäche oder dem Verrat, vielleicht mit Schwäche und Verrat gleichzeitiger. Die Bourgeoisie bedarf zu ihrer Herrschaft wohl des Parlamentarismus, aber keineswegs des allgemeinen Wahlrechts. Sie will nur die Befestigung der politischen Monopole und Gegenstände, die nicht auf dem Beisig beruhen. Ihr Ideal ist allezeit überall das Genuswahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht braucht sie als Programmforderung, solange sie der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen zur Niederzwingung des Absolutismus und der Aristokratie bedarf. Sobald sie zur Herrschaft oder auch nur zur Mitbestimmung neben diesen Mächten gekommen ist, wird ihr das allgemeine Wahlrecht gleichgültig. Sobald das Proletariat beginnt, sich seiner als Waffe in seinem Befreiungskampfe zu bedienen, wird es ihr verhaßt. In den kapitalistischen Ländern haben die kleinbürgerlichen und proletarischen Massen der Bourgeoisie das allgemeine Wahlrecht abtrotzen müssen, oft in blutigen Kämpfen. Der Liberalismus ist daher nirgends ein zuverlässiger und energischer Kämpfer für das allgemeine Wahlrecht gewesen. Mit dem Aufmarsch und Vornarsch des klassenbewußten Proletariats vollzieht sich daher die von Träumern gekante „regenerierende Einigung aller liberalen Elemente“ je länger, je mehr nicht zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht, sondern zum Kampfe gegen das allgemeine Wahlrecht. Die Geschichte der preussischen Dreiklassenwahlrecht bestätigt das. Das geltende Wahlrecht ist mutatis mutandis die erste Frucht jungerlich „bürgerlicher“ Paarung. Es ist ebenso sehr der Ausdruck bürgerlicher als jungerlicher Klassenherrschaft. Es trat ins Leben als Produkt jungerlich, halbabsolutistischer Reaktion und bürgerlicher Abtänkung vor der Revolution. 58 Jahre besteht es nun nicht bloß dank der Macht des Junkertums, sondern auch dank dem Willen der Bourgeoisie, mit dem Segen des Liberalismus. In den 58 Jahren ist die wirtschaftliche und soziale Struktur Preußens revolutioniert worden. Aus einem überwiegend agrarischen Staate ist es zu einem der industriellsten Länder der Welt geworden. Mit der Entwicklung der Industrie ist ein Proletariat entstanden, dessen Leistungen für das materielle und kulturelle Wohl der Gesamtheit von ausschlaggebender Bedeutung sind. Dieses Proletariat hat seine politische Reife bekundet, nicht zum mindesten auch bei den Reichstagswahlen. Der Liberalismus hat ungeachtet dieser Tatsachen den Kampf um das allgemeine Wahlrecht nicht aufgenommen. Jahrelang war im preussischen Abgeordnetenhaus die Fortschrittspartei die mächtigste. Sie hat ihre Wachstumsleistung nicht ein einziges Mal für das allgemeine Wahlrecht ausgenutzt. Die Wahlrechtsfrage war es, die mit einem Schrit in reinlicher Scheidung die junge klassenbewußte Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Demokratie trennte. Und was wir seitdem von den liberalen Parteien jeder Couleur erlebt haben, ist nichts als ein weiteres und weiteres Abwenden vom allgemeinen Wahlrecht. Die verbotenen freisinnigen Fraktionen haben sich angesichts der proletarischen Wahlrechtsforderungen nur zu den schäblichen Scheinmanövern aufgeschwungen.

Die Rednerin skizziert knapp die betreffenden Vorgänge. Es fehlt nicht an Leuten, die mit sorgengeführter Stirn von der Ohnmacht des Proletariats im Wahlrechtskampfe sprechen, deren Züge sich aber staatsmännisch verklären, wenn sie der Macht gedenken, welche aus einer Bundesgenossenschaft mit den „entschieden“ liberalen Elementen erwachsen könnte. Mit wenn und mit aber bemühen sie sich, aus dem freisinnigen Häckerling das Gold einer starken bürgerlichen Demokratie zu machen. Zugabende, daß einige führende Freisinnige als Eingänger Freunde des allgemeinen Wahlrechts sind und mit Energie dafür zu wirken bestrbt sind. Ein Teil bürgerlicher Elemente sammelt sich hinter ihnen. Aber keine Macht. Das „honnete Bürgerium“ steht hinter den Nationalliberalen. Das Kleinbürgertum hat seinem wirtschaftlichen Verfall entsprechend nicht mehr die alte politische Bedeutung, und es sammelt sich weit weniger um den Freisinn als um die sogenannten Mittelstandsparteien. Hinter den Freisinnigen stehen — von noch nicht klassenbewußten Arbeitern abgesehen — die Träger des großen Handels- und Bankkapitals, die bürgerliche Intelligenz oder weiter gefaßt, der sogenannte neue Mittelstand. Aber dieser, mitamt der bürgerlichen Intelligenz, bildet keine homogene Klasse, deren Glieder ein soziales Lebensinteresse am allgemeinen Wahlrecht haben. Er repräsentiert eine ganze Stufenleiter sozialer Lebensbedingungen, von großkapitalistischen bis zu proletarischen. Die betreffenden Schichten werden sich weit mehr für ein Pluralvotum für „Wahl und Bildung“ begeistern, als für das allgemeine Wahlrecht. Diese Lage der Dinge läßt die freisinnigen Fraktionen die Aufforderungen der „Apfalsliberalen“ zum Wahlrechtskampfe, die Proteste einzelner Organisationen gegen ihre Haltung ohne Beachtung beiseite schieben. So werden die freisinnigen Wahlrechtsfreunde Offiziere bleiben, um die sich keine Fahnen von Aufrechten, aber keine ausschlaggebenden Heere bürgerlicher Kampftruppen sammeln. Nicht durch Lob, nur durch Fußtritte kann der Freisinn vorwärts getrieben werden. Was aber die proletarische Gesellschaft des Freisinn anbelangt, so hat die Sozialdemokratie kein Interesse daran, daß sie durch eine Galvanisierung des Liberalismus noch tiefer im Banne bürgerlicher Auffassung gefangen bleiben. Je schneller und klarer der bürgerliche Freisinn keine Anhängigkeit und Ohnmacht offenbart, umso mehr

proletarische Interessen zu vertreten, um so besser. Es gilt ihnen die Augen zu öffnen, damit sie als proletarische Massenkämpfer das Wahlrecht erobert helfen. Außerdem: so erblich es die bürgerlichen Wahlrechtsfreunde noch unzweifelhaft mit dem allgemeinen Wahlrecht meinen, sie haben noch ein anderes Ziel als seine Bewirkung im Auge: das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht soll den Liberalismus regenerieren und ihn dadurch in den Augen der Massen wieder rehabilitieren. Im letzten Grunde zur Erhaltung der kapitalistischen Ordnung. Der Liberalismus soll stark genug werden, der Sozialdemokratie die Stange halten zu können, oder aber befähigt, sie zu spalten oder von innen heraus zu korrumpieren. Die Herren träumen davon, den feurigen Kenner des revolutionären Proletariats, der dem Endziel der sozialistischen Gesellschaft zutreibt, in einen wohlbedrängten Zirkuslauf zu verwandeln, der in der Range der bürgerlichen Gesellschaft trotzt und politische Arabaten und Clowns geduldet auf seinem Rücken trägt. Dr. Breitscheid hat in seiner Broschüre die Anschauung vertreten, daß der regenerierte Liberalismus berufen sei, der Lehmeister der Sozialdemokratie zu werden. Offenbar in der Kunst, grundtätig die Politik der Grundlosigkeit zu treiben und Opposition mit der Hinterseite zu machen. Nicht als einfache Mitschläger, als Schulmeister wollen die Herren sich zur Sozialdemokratie herabneigen. Diese kann ihnen eblich besten Erfolg zu ihrem Bemühen wünschen, den Liberalismus zu reformieren und bürgerliche Elemente in den Wahlrechtskampf zu führen. Sie wird anerkennen, was sie in dieser Hinsicht leisten. Sie verneint es ihnen gewiß nicht, sich mit ihnen Fährlein neben oder hinter das proletarische Massenaufgebot zu stellen. Sie heißt alle willkommen, die Schlächten des Wahlrechtskampfes mit schlagen helfen. Aber sie kann es nicht als ihre Aufgabe betrachten, eine bürgerliche Demokratie großzupöppeln zu helfen, die aus eigener Kraft sich nicht zu entwickeln, nicht zu leben vermag, einen Liberalismus zu stärken, der, wie die Volkspolitiker beweisen, nicht mehr der Buffer zwischen Reaktion und Proletariat sein kann, sondern nur noch der Helfershelfer der Reaktion. Sie kann auch keinen Pakt mit den freisinnigen Wahlrechtsfreunden eingehen und ihr Kampfesziel wie ihre Kampfmittel aus Rücksicht auf sie begrenzen. Ihre Kraft im Wahlrechtskampfe besteht in den proletarischen Massen, und das dauernde proletarische Klasseninteresse muß ihr Leitstern sein. Wer ernstlich das Kampfesziel will, der muß auch die Kampfmittel wollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Kampfmittel, die im Rahmen der bisherigen parlamentarischen Taktik liegen, allein für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts nicht ausreichend sind. Die herrschenden Klassen und ihre Regierung haben die Wahlrechtsbewegung mit Hohn und Provokationen beantwortet. Das klassenbewußte Proletariat muß daher den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen, die sich aus seiner Klassenlage ergeben und Erfolg versprechen. Kaum daß es aber auf dem vorgezeichneten Wege in Gestalt der Strahndemonstrationen den ersten, äußerst bescheidenen Schritt getan hat, fällt ihm nicht nur der Fraktionsfreisinn mit seiner Billigung der politischen Sabelschlifferei in den Rücken, sondern auch die „entschiedenen“ Wahlrechtsfreunde rücken mit trauhaftem Gefäch von den Demonstranten ab. Im Namen der sozialdemokratischen Disziplin! Als ob diese nur dem erhabenen Zweck dienen dürfe, eine Faust in der Tasche zu halten und sich geduldig ins Gesicht schlagen zu lassen! Um die ängstlichen Wahlrechtsfreunde nicht zu erschrecken! Seit wann sind es die Feiglinge, die Lauen und Hauern, die die Marschroute diktiert und die Schlachtenpläne bestimmen? Um das kostbare Arbeiterblut zu schonen! Wo ist die zarte Fürsorge für Arbeiterblut angesichts der widerstehlichen Verwundung, deren die kapitalistische Ausbeutung am Proletariat sich schuldig macht? Die Referentin zeigt an der Hand der Unfallsstatistik, daß die Ausgebeuteten den allerwenigsten Grund dazu haben, um der Prüfung ihrer nackten Existenz halber die Quellen ihres geschichtlichen Lebens zu verflüchten. Der letzte Grund des „Warnenden“ Verwehens bürgerlicher Wahlrechtsfreunde ist die Furcht vor dem drohenden Schritt der Arbeiterdemonstration. Auch Wilton hat gegen die Demonstrationen den Schulmeisterfinger erhoben. Wie konnte der Mann als „wohlmeinender“ Arbeiterfreund sprechen, der sich die goldene Kette für sich umhängen ließ, daß er dem Proletariat die eiserne Hungerkette der Hungerzölle anlegte? Der Reichstagsführer hat seiner „wohlgemeinten“ Warnung eine unerhört dreiste Provokation und eine Drohung hinzugefügt. Das kämpfende Proletariat nimmt die Herausforderung an und läßt sich durch die Drohung nicht schrecken. Im Bewußtsein seiner Macht antwortet es Wilton: Geschichte miserabel. Friedrich Wilhelm IV., der gelobt hatte, kein Blatt Papier solle sich zwischen ihn und sein Volk drängen, mußte vor der Revolution kapitulieren, vor den gefallenen Vorkämpfern den Hut ziehen, der Prinz von Preußen mußte als Lehmann über den Kanal flüchten. Der Kampf um das Wahlrecht bringt Gefahren und heißt die höchsten Opfer, er wird vielleicht ein langer sein. Es gibt kein Jurid auf der beschrittenen Bahn. In ihrem Anfang steht die Demonstration, weiterhin wird jedenfalls der Massenstreik unvermeidlich! Die Referentin verweist auf die Geschichte des Wahlrechtskampfes in Österreich, der mehr als 10 Jahre gedauert hat, und in dem erst die entscheidende Schlacht geschlagen wurde, nachdem das Proletariat an der Blut der russischen Revolution seine Begeisterung entzündend die Lehren dieses weltgeschichtlichen Ereignisses beherzigte und in männlichem Vertrauen auf seine eigene Kraft zum revolutionären Massenstreik bereit stand. Nicht der schwächliche bürgerliche Liberalismus, die russische Revolution muß unsere Lehmeisterin im preussischen Wahlrechtskampfe sein. Die Rednerin charakterisierte das Wesen und die Bedeutung der russischen Revolution als der ersten proletarischen Revolution und bezeichnet sie als eine Grundprobe der Erkenntnis für das kämpfende Proletariat. Von ihren Lehren hebt sie zwei besonders hervor. Die russische Revolution hat gezeigt, daß in dem erreichten Stadium der geschichtlichen Entwicklung der Liberalismus aus Furcht vor dem Proletariat, vor der Revolution weder den Willen, noch die Kraft hat, auch nur die Ziele der politischen Demokratie durchzusetzen. Sie hat des weiteren die Antwort erbracht auf die Fragen nach dem Wie, dem Um und Auf der Möglichkeit, der praktischen Durchführbarkeit des Massenstreiks. Lernen wir von ihr. Die Rednerin empfiehlt Genossin Luxemburgs Broschüre über den Massenstreik zum Studium. Der Massenstreik ist ein revolutionäres Kampfmittel. Er läßt sich so wenig wie die Revolution anfechten, als auch von oben her abzumandieren. Er kann nicht „gemacht“, aber er muß im Bewußtsein der Massen vorbereitet werden. Wir müssen damit rechnen, daß der Weg zur Eroberung des Wahlrechts nicht nur über Siege führt. Er kann zeitweilig Niederlagen bringen, aber solche, die fruchtbar sind und neue Siege vorbereiten. Von ihnen gilt das Wort des kommunistischen Manifestes, daß die eigentliche Resultat nicht der positive Erfolg ist, sondern die innere größere Vereinigung der Arbeiter. Aus dieser Vereinigung erwacht die siegesichere Macht der Zukunft. Vielen wir alles auf, um das läbliche Proletariat Ostiens zum Kampfe zu sammeln. Gehen wir nach Schlefien, nach Rheinland, Westfalen, überall dorthin, wo große Arbeitermassen noch im Schlaftrau des Zentrums lauern, das ein ebenso tüchtiger, unzuverlässiger „Freund“ des allgemeinen Wahlrechts ist wie der Liberalismus. Rufen wir die Situation, um die proletarischen Massen aus dem Banne des Zentrums zu lösen. Nicht im „Wohlwollen“ bürgerlicher Elemente, in den proletarischen Massen liegt unsere Stärke und die Würde des ersten und einzigen Sieges. Erwachen wir die Massen. Schulen wir ihr klassenbewußte zur klaren Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe. Erfüllen wir sie mit Vertrauen in ihre eigene Kraft. Kräftigen wir die Organisationen. Sorgen wir dafür, daß in ihnen das revolutionäre proletarische Klassenbewußtsein und der höchste Idealismus lebendig bleiben, ein Idealismus, der vor keinem Opfer zurückweicht. Arbeiten wir in jeder Weise, daß der heranziehende große Moment ein großes Geschlecht finde.

Ein Geschlecht, stark genug, zu brechen, was sich nicht biegen will. Für das Proletariat gilt die Lösung: „Sei in der Nacht und Du wohnst im Reich!“ Wirken wir dieser Erkenntnis getreu, so können wir gelassen abwarten, was die Feinde innerhalb des Parlaments reden und beschließen, was sie außerhalb des Parlaments tun. Wir antworten ihnen mit den stolzen Versen unseres revolutionären Dichters Freiligrath:

Und ob der Reichstag sich biamert,
Professorstuhl, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagiert
Mit Auf und Horn und alledem —
Trotz alledem und alledem!

Nur was zerfällt, vertrittet Ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wie sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr demüt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!
Unser die Welt trotz alledem!

Gerichts-Zeitung.

Die Verformungsverordnung gegen Salatpflanzen.

Die bekannte Verformungsverordnung vom 27. Oktober 1905, auf Grund der man nach dem roten Sonntag und später unsere Parteigenossen bei dem Flugblättervertrieb an den Kragen ging, erhielt am Sonnabend vom Landgericht Halle einen Stoß. Und das kam so. Da jene Verordnung jede öffentlich bemerkbare Arbeit während der Kirchzeit verbietet, rüsten die scharf-gemachten Polizisten nicht bloß Sozialdemokraten, sondern auch „friedliebenden“ Bürgern auf den Leib. Was man nicht definieren konnte, sah man als öffentlich bemerkbare Arbeit an. So kam es unter anderem, daß eine alte Frau, die sich während der Kirchzeit einen Topf voll Wasser vom Brunnen holte, ein Strafmandat erhielt. Als der Polizist Knautsch von Schleich auf 13. Oktober vorigen Jahres während des Vormittagsgottesdienstes an der ganz außerhalb der Stadt gelegenen Handelsgärtnerei der Witwe Zolender vorbei ging, bemerkte er, wie zwei Gärtner junge in Willbeeten umgesetzte Salatpflanzen begossen. Die im Sonnenschein verriechende Besprengung war nach Sachverständigenurteilen gerade zur Zeit absolut notwendig, um die jungen Pflänzchen nicht verkümmern zu lassen. Der Polizist nahm aber die Geschichte zu Papier und verurteilte wegen der Sabbatschändung pflichtgemäß Anzeige. Der Kaufmannszwischen-Gottesdienst und außerhalb der Stadt wachsenden Salatpflänzchen ist nicht ganz klar. Das Schöffengericht verurteilte aber Frau Zolender auf Grund „unserer Verordnung“ zu 3 M. Geldstrafe. Auf eingelegte Berufung hob die Strafkammer das Urteil auf und sprach die Frau frei. In der Urteilsbegründung hieß es, es handele sich in vorliegenden Falle nicht bloß um eine Rotarbeit, sondern jene Verordnung kollidiere auch mit den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, nach denen niemand ohne Entschädigung in seinem Vermögen beeinträchtigt werden könne. Erst diese Begründung zur Freistellung der Salatpflanzen von dem Vorwurf, durch ihr Dasein und ihre Abgabe den Sonntag nicht verschimpft zu haben, mußte herangezogen werden. Wie weitab von wahrer Religiosität mußten Leute sein, deren Andachtsgefühl durch „öffentlich bemerkbare Arbeit“ der erwähnten Art geküßt wird.

Kautionschwindel.

Ein in größerem Maßstabe betriebener Kautionschwindel beschäftigte gestern die 5. Strafkammer in der Berufungsinstanz. Der Angeklagte, Kaufmann Wilhelm Meyer, was früher Direktor und Geschäftsführer der in Konkurs geratenen „Türkischen Zigaretten-Compagnie“ und einer anderen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, des „Hamburger Zigarettenhaus, G. m. b. H.“. Im Jahre 1904 geriet er sich als Direktor und Geschäftsführer der „Türkischen Zigaretten- und Tabak-Compagnie G. m. b. H.“ Das Stammkapital dieser Gesellschaft besteht im wesentlichen aus dem auf 50 000 M. bewerteten Ausnahmsrecht eines Zigarettenpatents, welches ursprünglich als Geschäftsanteil des Vaters des Angeklagten eingetragen war und durch Heirat auf die Ehefrau des Angeklagten übergegangen ist. Eine Barzahlung ist nicht erfolgt und die Gesellschaft hat somit ohne bares Kapital ihren Betrieb begonnen. Als die erste der oben genannten Gesellschaften ihre Scheidung mit der Konkursöffnung beendet hatte, gründete der Angeklagte die letzterwähnte „Compagnie“ und beging die ihm zur Last gelegten Kautionschwindel. Er errichtete in verschiedenen Stadtteilen „Filialen“ und suchte durch Zeitungsinserate Verkäuferinnen, die Kautions stellen konnten, für eine „Lebensversicherung“. Die „Compagnie“ war nach dreijährigem Bestehen völlig insolvent, wie sie nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen einen Gewinn nie abgeworfen, sondern stets mit Verlust gearbeitet hatte. Durch unlautere Mittel, nämlich durch das Kautionsgeld der Verkäuferinnen, suchte er die zur Weiterführung der Geschäfte erforderlichen Gelder zu gewinnen. Das Hauptgeschäft war in der Lüneburger Straße, die Filialen befanden sich in der Chaussee 105 und Bahnhof Börse. Für diese beiden Filialen wurden kurz hintereinander Damen als Verkäuferinnen, Werbeposterinnen, Kantoristinnen und dergl. engagiert und ihnen Kautionen in Höhe von 150 bis 500 M. abgenommen. Schon nach wenigen Tagen waren sie zu der Einsicht gekommen, daß das Geschäft ein ganz unrentables war. Wenn sie ihre Kautionen zurückverlangten, wurde ihnen entgegnet, daß sie einen Vertrag unterzeichnet hätten, wonach das Geld „im Geschäft verzinslich mit 5 Proz. arbeiten solle“. Wenn junge Damen in dieser Weise um ihre Kautionen gebracht wurden. Das Schöffengericht verurteilte seinerzeit den Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte dabei, daß es sich nach seiner Meinung um einen jahrelang betriebenen raffinierten Schwindel handelte und daß das Treiben des Angeklagten um so gefährlicher sei, als die Betroffenen fast sämtlich ganz unbemittelte arme Dienstmädchen und Witwen waren, die teilweise um die Ersparnisse langer Jahre gebracht sind oder die Geldmittel ihrer Angehörigen in Anspruch genommen haben, um die erhoffte Lebensversicherung zu gewinnen und nun gänzlich mittellos dastehen. — Die Berufungsinstanz nahm an, daß der Angeklagte nicht von vornherein sich bewußt gewesen sei, die Gelder nicht zurückzahlen zu können, meinte aber, daß er eventuell damit gerechnet habe. Wenn auch in den Betroffenen vermerkt sei, daß das Geld „in dem Geschäft mit 5 Proz. verzinslich arbeiten solle“, so hätten die einfachen Mädchen diese Klausel doch sicher nicht verstanden und seien überzeugt gewesen, daß ihr Geld als Kautions ganz sicher gestellt werden würde. Die Strafe setzte das Gericht auf ein Jahr drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten auf die Untersuchungshaft bezug.

Dem liegt die Pflicht ob, die Straßen schneefrei zu halten?

Im die Gültigkeit von Bestimmungen der Berliner Straßenpolizeiordnung handelte es sich in einem Strafverfahren gegen den Berliner Hausbesitzer Wg aus der Cadiner Straße. Er sollte die §§ 98, 127 und 133 dadurch übertreten haben, daß er es unterlassen habe, dafür zu sorgen, daß an einigen Wintertagen der Bürgersteig vor seinem Hause von Schnee und Eis befreit und mit abkumpfendem Material befreit wurde. Für gewöhnlich machte das eine von ihm beauftragte Frau. Im Laufe des Strafverfahrens wandte nun Wg Ungültigkeit der entsprechenden Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung ein, weil sie weder durch ein Ortsstatut noch durch Oberverordnungen gestützt würden. — Das

Landgericht verurteilte ihn und nahm eine Obervanz an. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch dieser Tage das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Wenn nur von einer entsprechenden Obervanz die Rede wäre, ließe sich das Urteil halten. Das Landgericht nehme aber auf Entscheidungen Bezug, die sich um die Pflicht zur Unterhaltung von Bürgersteigen drehten. Das habe aber mit jener Reinigungspflicht nichts zu tun. So komme das Bedenken, daß das Landgericht von einer Verkenntung des Begriffs der Straßenreinigung ausgehe. Darum müsse das Landgericht nochmals prüfen, auf welchen Rechtsatz sich die fraglichen Bestimmungen der Polizeiordnung stützen. Ohne einen solchen grundlegenden Rechtsatz (Oberverordnungen, Ortsstatut, Gesetz) würden sie nach der Judikatur Gültigkeit nicht haben.

Wieder einer.

Der katholische Pfarrer Hermann Oelshafen in Reichertsbosen (Schwaben) hat sich nicht, wie mancher andere Gegner des Jökibais unter seinen Amtsbrüdern, mit seiner Haushälterin begnügt, sondern er wurde zum Verbrecher an unschuldigen Kindern. Im Jahre 1890 kam er deshalb auf zwei Jahre ins Zuchthaus. Nach seiner Entlassung nahm er seine Seelsorgerei wieder auf, machte ähnliche Schwoineereien und kam nun neuerdings auf sieben Monate ins Gefängnis.

Noch einer.

Der Hauslehrer Wehler wurde wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, das er an einem Schulfädchen begangen hatte, von der Strafkammer in Bromberg zu einem Jahre Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kreis.

Preußen darf sich rühmen, die vornehmste Sippe der Welt sein zu nennen. Schon die Vorfahren der Edelsten zeigten sich durch einen besonderen Stolz ins Vornehme aus. Nicht achtend der Gefahren lagerten sie hinter Luch und Strauch. Und zog vorbei der Pfeffersee, ging mit Hussa drauf; wenn nicht zufällig mit Weulen, dann mit Beute beladen ritt nach heißer Arbeit Junker Greif und Rimm den Burghof hinan. So qualte er sich ab; sein ehrsam Handwerk ließ ihn mit eigener Person für den Erfolg einsteilen. Und als Bedachter seiner Sitten und strengster Höflichkeit schauwagelten die Junker vor fremden Eroberern, öffneten ihnen bereitwillig die Tore der Festungen und luden sie ein, ihren Töchtern huldreichst Gnade und Liebe zu erweisen. Eine wirklich erzuilte Sippe, die nichts gemein hat mit der graden Verbheit des niederen Volkes, das nicht zu unterscheiden vermag zwischen gemeinem Mundraub und ritterlicher Selbstbeiderung, zwischen schamloser Zivilehe und hochedler Wairstrennwirtschaft. Anstatt sich glücklich zu preisen, von den Nachfahren der Rimm und Greif beherrscht zu werden, lehnt das undankbare Volk sich sogar nun auf gegen die gottgewollte Ordnung des Junkerregiments. Und doch sind die Edlen noch edler geworden. Nicht mehr gehen sie einzeln dem Erwerb nach, fremde Taschen zu plündern; nicht mehr machen sie einzeln Weg und Sieg unsicher. Als Sippe bewegen sie jetzt gemeinsam die Staatsmaschine. Nicht mehr wird der einzelne seiner Habe beraubt, das ganze Volk muß den Junken Beute lassen. So sind diese emporgestiegen auf der Leiter der Vornehmheit. Und nicht mehr geht der einzelne das Leben ein bei den Raub- und Plünderzügen. Wehrt das Volk sich, zieht der Junker sich vornehm zurück und setzt den bewaffneten, ihm untertänigen, ihm gehorchenden Volksteil auf den ungewaffneten. Und der Kreis hält tapfere Reden und schimpft auf die Sozialdemokraten. Aus Feigheit sollen diese, damit nicht der von Proletariatsöhnen geschwungene Säbel Proletariatsblut fließen mache, Frauen und Kinder an die Spitze der Demonstrationen stellen wollen. Bei einer Gesellschaft, die die Tore öffnet und dem Feinde seine Töchter und Frauen als Beute anbietet, kann man solche Gedankengänge verstehen. Die Frauen waren da und werden immer dort sein, wo es gilt, die Rechte des durch Junkerherrschaft entwürdigten Volkes zu vertreten. Gewiß, sie standen unter einem unentrichtbaren Zwange. Es ist der Zwang des Herzens, der glühenden, lohenden Begeisterung, des heißen, nicht zu dämpfenden Verlangens, im Kampfe für die Befreiung des Proletariats mit den männlichen Klassenbrüdern Schulter an Schulter zu kämpfen. Nicht nur gebildet wünschen sie zu sein an diesem Platze, sie reklamieren ihn als ihr heiliges Recht, das sie von niemand sich streitig machen lassen. Wer in den Versammlungen war, in denen Genossin Klara Jellin über das Wahlrecht sprach, wer Zeuge war der hier bei den Frauen aufflammenden, kampfbereiten Begeisterung, wer das Hohngelächter vernahm, mit dem die Proletarinnen die Hinweise auf Wütows Drohung und die Dreistigkeiten eines Kreis beantworteten, der weiß; unsere proletarischen Klassenkämpferinnen lassen sich durch kein Gebot der Junker und selbst nicht durch ein dringliches Verlangen der Genossen von der Anteilnahme an den Wahlrechtskämpfen abhalten. Nicht bringen sie damit Opfer. Stolz sind sie, die Anerkennung als gleichberechtigte Kämpfer errungen zu haben. Und dieser Anerkennung werden sie Ehre machen. Mit diesem Recht trotz der Entschelten der lächerlichen Drohung des Reichskanzlers und der Kreishgenossen.

Isländische Frauen als Stadverordnete. In Reykjavik, der Hauptstadt Islands, fanden am 24. Januar Gemeinderatswahlen statt, und zwar nach einem neuen demokratischen Kommunalgesetz, das den Frauen das gleiche Wahlrecht wie den Männern sichert. Unter den 15 Stadverordneten, die gewählt wurden, sind vier Frauen.

Verammlungen.

Kaufmannsgerichtswahlen Liste III.

Große weithin leuchtende Plakate riefen Freitag, den 24. d. M., nach den Armnhallen. Der Jentcolverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, um der Handlungsgehülfenschaft wieder mal zu beweisen, wie sie ihre eigenen Interessen vertritt, wenn sie dem deutschnationalen, antisemitischen Verbands weiter nachläßt, oder der antisemitischen Kandidatenliste zu den Kaufmannsgerichtswahlen ihre Stimme gibt. Martin Meyer referierte über das Thema: „Warum sprechen die Deutschnationalen gegen und stimmen für die Konkurrenzklausel.“ — In großen Scharen waren sie angetreten, die Herden antisemitischen Handlungsgehülfen, waren sie doch extra per Karte zum Zutreten aufgefordert worden. Und ihre bekannte Manier hatte sie auch ohne ihre Verbandsnadeln sehr bald tennlich gemacht. Ihr Heil, hell rufen, ihr bloßes Wabwollstücken und die Kabaustrimmung, die bei ihnen stets an allen Enden und Ecken zum Ausdruck kommt, ist ganz unkenntlich von ihnen und erweist bei jedem objektiv und ruhig denkenden Menschen nur Abscheu und Verwunderung darüber, daß ein solch argerroher Verband derartiger Mittel bedarf, um sich zur Geltung zu bringen. Aber dieses Loben gebührt eben mit zur Erziehung. Andererseits ist die Erziehung der Mitglieder keine bezweckend, daß die Mitglieder dann, wenn es sich darum handelt, die Interessen der Handlungsgehülfen wahrzunehmen, den Mut der eigenen Ueberzeugung hätten. Der Referent wies

nach, daß den Prinzipalen gegenüber die eigene Ueberzeugung eines deutschnationalen Kaufmannsgerichtsbekämpfers nicht Stand hält. Vor einigen Monaten war das Kaufmannsgericht in Straßburg i. E. aufgeföhrt worden, ein Gutachten über die Konkurrenzklausel abzugeben. Man sollte es nun als ganz selbstverständlich betrachten, daß sämtliche Gehülfenbeisitzer sich nur für Aufhebung der Klausel in jeder Form ausprechen könnten. Aber im Kaufmannsgericht und im Gutachterauschuß sitzen Chef und Angestellte zusammen und man hatte die Rechnung ohne die antisemitischen Beisitzer gemacht, wenn man glaubte, daß sie auch vor diesem Forum den Mut haben würden, ihre Ueberzeugung zu vertreten. Es kam infolgedessen mit den Stimmen der Deutschnationalen ein Gutachten zustande, das sich gegen die vollständige Verwerfung der Konkurrenzklausel aus dem Handelsgesetzbuch aussprach. Nun sollte man meinen, daß die Verhandlung nach dieser Leistung eingeschritten wäre, irgendwie Stellung dagegen genommen hätte. Die deutschnationale Zeitung hat gar nicht daran gedacht. Im Gegenteil! Sie suchte diesen Verrat in ihrem Organ, der „Handelsnachricht“, zu verdrängen und zu bemänteln. Die ganze Praxis läuft auf eine bewußte Irreführung der Mitglieder hinaus; der deutschnationale Verband vertritt die Handlungsgehülfen nur scheinbar. Seitdem man zur Kerntruppe der antisemitischen Partei avancierte, hat man Rücksichten zu nehmen auf den sogenannten Mittelstand, die Kleinhandl. Früher hat der Führer Herr Schaack erklärt, nur die Reformpartei und die Sozialdemokratie vertrete die Interessen der Angestellten. Längst aber sehen nur die Interessen der antisemitischen Parteien im Vordergrund. Bei der Reichstagswahl 1903 unterstützten die deutschnationalen Handlungsgehülfen auf die Order von Hamburg hin in Leipzig den alldutschen Professor Dasse, der ausdrücklich erklärt hatte, daß die soziale Gesetzgebung endlich Halt machen müsse. Zwei Beamte und Führer des sächsischen Gaues, die es wagten, für den Liberalen einzutreten, der versprochen hatte, die Handlungsgehülfeninteressen wahrzunehmen, wurden deswegen und weil ihre Entwicklung und Erkenntnis sie nötigte, in bezug auf die Frauenfrage im Handel eine andere Stellung einzunehmen, gemahregelt. In Rülhausen i. E. ist es der Ortsgruppe des deutschnationalen Verbandes „Asfalia“ zu danken, daß dort noch keine ausreichendere Sonntagsruhe eingeführt ist. Im Interesse der Chef haben die Gehülfen gegen eine Beschränkung der Sonntagsarbeit petitioniert.

Nun, der Führer der Deutschnationalen, Herr Wilhelm Schaack, ist ja gleichzeitig Mitglied des Reichstages. Was hat er dort für die Interessen der Handlungsgehülfen getan?

Beim Pensionsversicherungsgesetz, wo man ein energisches Einwirken des Herrn Schaack für die Forderungen der Angestellten hätte erwarten dürfen, trat Herr Amtsdirektor Dattmann als Redner auf, und zwar so, daß man eher von einer Rede gegen als für die Handlungsgehülfeninteressen sprechen kann. Zweimal stand der Paragraf zur Beratung und beide Male war Schaack abwesend. Beim Sonntagsruhegesetz vertrat der Antisemit Kaab die eingebrachte Resolution und nicht Herr Schaack. Man hat eben auf die antisemitische Partei gewisse Rücksichten zu nehmen, da kommt man nicht drum herum. Beim § 63 hat auch Herr Schaack im Reichstage gesprochen; das war aber ganz ungefährlich, stimmten doch sämtliche Parteien im Reichstage gegen die Regierungsvorlage.

Ein Verband, der den Klassenhaß predigt und die Frauen ausschließt, wird nie instand sein, eine wirkliche Interessendvertretung der Handlungsgehülfen zu werden.

In der Diskussion drehte der Beamte der Deutschnationalen, Herr Walz, seine sämtlichen von Hamburg erhaltenen Wägen herunter, sprach von dem unbedeutenden Anfang des Krankenversicherungsgesetzes und erklärte: Wir haben die Frauenarbeit im Handel nur, weil sie billiger ist; wäre sie nicht billiger, so wäre sie im Handel überhaupt nicht vorhanden. Auf denselben Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage basierten auch die übrigen Ausführungen dieses Herren. In der Diskussion sprach auch Frau Friedländer vom Zentralverband und dann hielt der deutschnationale Herr Blöbel mit dem teutschen Bart noch eine teutsche Rede. Im Schlußwort widerlegte Martin Meyer die Ausführungen der Gegner und forderte auf, am 9. Februar nur für die Liste III, auf welcher die Kandidaten der Klassenbewußten Handlungsgehülfenschaft, die unter jeden und allen Umständen nur für die Interessen der Angestellten entschieden eintreten, aufgestellt sind, zu wählen. Zur Liste III lautet die Parole,

Vermischtes.

Sturm auf See. Die eine Meldung aus Kugaban besagt, herrschte in der vorklehen Nacht dort ein schwerer Wolksturm, Windstärke 9. In der Westert-Lil ist ein bisher unbekannter Dreimastschoner gestrandet. Nordnordwestlich vom ersten Feuerlöcher liegt ein Viermaster vor Anker. Zwei Schlepper befinden sich bei ihm.

Strafen. Die Londoner „Tribune“ meldet aus Shanghai: Zwei Schaluppen, in denen einer sich Passagiere befanden, während die zweite wertvolle Waren an Bord hatte, sind von 200 Seeräubern zwischen Handlow und Shanghai angegriffen worden. Der erleren gelang es, nach heftigem Kampfe zu entkommen, wobei zwei Personen getötet und mehrere verwundet wurden. Die zweite wurde ausgeplündert und Waren im Werte von 25 000 Dollars entwendet. Militär ist zur Verstrafung der Räuber abgegangen.

Verhafteter Bürgermeister. In Krefeld wurde gestern der Bürgermeister Horler aus Anrath bei Essen verhaftet. Er wird beschuldigt 20 000 M. Hypothekengelder unterschlagen zu haben.

Witterungsbericht vom 27. Januar 1906.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stettin	751	SW	3	bedeckt	3	Haparanda	737	SW	3	Schnee	-3
Hamburg	754	SW	3	bedeckt	3	Petersburg	750	SW	3	bedeckt	-2
Berlin	756	SW	3	bedeckt	3	St. Petersburg	753	SW	3	bedeckt	10
Königsberg	763	SW	3	bedeckt	3	Artemis	746	SW	3	bedeckt	5
München	767	SW	3	bedeckt	3	Warsz	768	SW	3	bedeckt	7
Wien	760	SW	3	bedeckt	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 28. Januar 1906. Etwas kühler, teilweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen, Schne- oder Graupelstürmen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand		Wasserstand	
am 26. 1.	am 25. 1.	am 26. 1.	am 25. 1.
cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	361 ⁹ +1	Saale, Groditz	102 -16
Regel, Jüterburg	243 ⁹ +5	Saale, Spanbau	109 -1
Weißel, Dora	222 ⁹ -4	Elbe, Ratzenau	150 -2
Oder, Rastow	122 ⁹ +14	Spree, Spremberg	110 -2
• Arosen	157 +2	• Breslau	150 -2
• Frankfurt	352 ⁹ -6	Weser, Minden	68 +15
Wartje, Schrimm	202 0	• Minden	27 ⁹ +1
• Landberg	125 ⁹ +5	Rhein, Marginalkanal	371 -
• Rethen, Nordhamm	68 +1	• Röh	86 ⁹ -2
• Elbe, Reitmerz	23 -2	• Röh	73 ⁹ -5
• Trossen	142 ⁹ -4	• Redar, Heilbronn	10 -5
• Torby	144 ⁹ +2	• Rahn, Berthelm	112 -2
• Ragdeburg	128 ⁹ +1	• Rohl, Trier	54 +4

¹) + bedeutet Hoch, - Fall. - ²) Unterpegel. - ³) Ufstand. - ⁴) schwaches Treiben. - ⁵) schwaches Grundbeistreiben. ⁶) Treiben.